

# KoBra Brasilicum

Ausgabe 253/254 | Juni 2019

Brasilicum ISSN 2199-7594

## Brasil para onde?

Gestaltungsräume politisch, sozial, ökonomisch, ökologisch

In die Enge getrieben. Zivilgesellschaft unter Bolsonaro  
*Uta Grunert und Fabian Kern*

Eine Krise namens Brasilien  
*Romi Márcia Bencke*

Brasilien 2019: Bildung in Zeiten der Finsternis  
*Maria Aparecida da Silva Fernandes*

Militarisierung der Regierung?  
*Interview mit Christoph Harig*

Das Rätsel um die Bolsonaro-Familie  
*Fabiana Kuriki*

Die katholische Kirche in Brasilien  
*Regina Reinart*

Indigene in Alagoas  
*Dieter Gawora*

Schulische Bildung für Ciganos in Rio Grande do Norte  
*Flávio José de Oliveira Silva*

Große Pläne – Wenig Geld  
*Thomas Fatheuer*

Die Krenak, die Anacé und was die Welt mit ihnen zu tun hat  
*Fernando Sousa*

Bedroht, aber optimistisch  
*Moritz Krawinkel*

Hass und Drohungen jetzt von offizieller Seite  
*Wendy König*

Die unbequeme Wahrheit – Journalismus unter Druck  
*Viktoria Wöfl*

„Wir leben in einer Post-Demokratie“  
*Christian Russau*



## **KoBra-Kooperation Brasilien e.V.**

ist ein **Netzwerk** an der Schnittstelle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Akteur\*innen der sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum und Brasilien, wissenschaftlicher Organisationen und interessierter Öffentlichkeit.

Unser Ziel ist es, soziale Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu stärken. Dabei verdeutlicht KoBra globale Zusammenhänge im brasilianischen Kontext.

### **Konkret heißt das:**

Wir bieten ein **kritisches Austauschforum** für unsere Mitglieder und intensivieren den Dialog zwischen Organisationen im deutschsprachigen Raum und Brasilien.

Jährlich organisieren wir den **Runden Tisches Brasilien**, die größte Fachtagung zu Brasilien im deutschsprachigen Raum.

Die **Frühjahrstagung** ist Ort der Diskussion, Begegnung und Planung neuer Projekte.

Unsere Publikation **Brasilicum** berichtet über Politik, Soziales, Wirtschaft und Umwelt und bietet Hintergrundanalysen.

Die **Website [www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org)** informiert über unsere Schwerpunkte, Seminare, Veranstaltungen und vieles mehr. Außerdem haben unsere Mitglieder Raum, sich dort zu präsentieren.

Über unseren **Eilaktionsverteiler** verbreiten wir Aktionen zu Brasilien und versenden alle zwei Monate den **KoBra-Newsletter**.

**Unterstützen Sie KoBra durch eine Mitgliedschaft oder ein Abonnement der Quartalszeitschrift Brasilicum!**



**Herausgeberin** KoBra - Kooperation Brasilien e.V.

**V.i.S.d.P.** Fabian Kern

Brasilicum ISSN 2199-7594

**Redaktion** Wendy König, Viktoria Wölfl, Uta Grunert, Jan Erler, Fabian Kern und Peter Zorn.

**Übersetzungen** Monika Ottermann, Tina Kleiber, Dieter Gawora, Fabian Kern und Uta Grunert.

**Druck/Design** printed auf Recycling Papier, Druckwerkstatt im Grün, Freiburg. Designkonzept: rainerjooss@hotmail.com, Artwork mit Scribus, Opensource Software unter GNU Lizenz: Fabiana Cenzi-Filder.

**Titelbild** T-Shirts Stand beim Marcha da Maconha - Rio de Janeiro - 04/05/19 | Midia Ninja @ flickr (CC BY-NC-SA 2.0).

**Bezug/Kontakt** KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg  
Telefon 0049 (0)761 600 69-26 | Mail: [info@kooperation-brasilien.org](mailto:info@kooperation-brasilien.org) | [www.kooperation-brasilien.org](http://www.kooperation-brasilien.org)

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor\*innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

## Editorial

Lateinamerika befindet sich mal wieder in einer Umbruchphase. Auf die Militärdiktaturen während des Kalten Krieges folgte eine durch die Weltbank verordnete neoliberale Phase, welche dann wiederum von einem Aufstieg linker Regierungen kurz nach der Jahrtausendwende abgelöst wurde. Seit einigen Jahren ist sowohl in Brasilien als auch in den Nachbarländern wieder ein Erstarren reaktionärer Tendenzen erkennbar.

Die traditionellen Eliten verteidigten ihre Privilegien wie Großgrundbesitz und Medienmacht während der Amtszeit der linken Regierungen erfolgreich gegen die neuen politischen Kräfte. Unter der Agenda der Korruptionsbekämpfung schlugen die konservativen Kräfte zurück und eroberten in vielen Ländern Lateinamerikas die Regierung zurück. Allerdings öffneten sie mit dieser Kampagne die Büchse der Pandora.

Wie die geleakten Gespräche zwischen Putsch-Präsident Temer und seinem damaligen Planungsminister Juca belegen, versetzten die Lava Jato Ermittlungen die politische Elite in Panik. Über die ausufernden Netzwerke des Odebrecht Konzerns schwappten die Lava Jato Ermittlungen in zahlreiche andere Länder und brachten auch dort hochrangige Politiker\*innen zu Fall. Auch vor Wirtschaftsbossen machte die Justiz nicht halt und verurteilte mehrere Millionäre.

Der mysteriöse Tod des Verfassungsrichters Teori Zavascki bei einem Flugzeugabsturz am 19. Januar 2017 war eine Zäsur in den Lava Jato Ermittlungen. Seinen Sitz im Verfassungsgericht übernahm der von Temer ernannte Justizminister Alexandre de Moraes. Die umstrittene Inhaftierung des aussichtsreichsten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2018 Lula da Silva spaltet die Meinungen nicht erst seit *The Intercept* Absprachen zwischen dem ermittelnden Staatsanwalt Dallagnol und dem zuständigen Richter Sergio Moro veröffentlichte.

Das größte Opfer der Lava Jato Ermittlungen ist das Vertrauen in die politischen und juristischen Institutionen. Dieses mangelnde Vertrauen nutzte Bolsonaro im Wahlkampf aus, indem er sich mit der einzigen staatlichen Institution verbündete, die bei vielen noch Vertrauen genießt: das Militär.

In Chile und Guatemala sind aus den unruhigen Zeiten der Korruptionsskandale neue Bewegungen entstanden, die sich einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung erfreuen. In Brasilien verharren die sozialen Bewegungen noch bei der Frage, ob sie zuerst Lula aus dem Gefängnis holen sollen oder ob es doch eine komplett neue Bewegung braucht, um sich klar von der nicht nur ruhmreichen Vergangenheit abzugrenzen.

In diesem Spannungsfeld regiert nun ein polemischer Egomane in Brasilia gemeinsam mit zahlreichen Ex-Generälen. Das erste große Ziel ist der Abbau des staatlichen Rentensystems. Dieses politische Projekt wird zur Bewährungsprobe des neuen Präsidenten. Im Umweltbereich und in Bezug auf Amazonien gibt es alarmierende Entwicklungen. Bolsonaro und Teile seiner Regierungsmannschaft tun den Klimawandel als eine intellektuelle Spinnerei ab und haben kein Konzept für den Schutz der Wälder Amazoniens. Indigene und andere traditionelle Völker und Gemeinschaften sollen sich nach Ansicht der neuen Regierung als „normale Brasilianer\*innen ohne explizite (Land-)ansprüche“ anpassen und die wirtschaftliche Öffnung des Amazonasraums nicht weiter verweigern.

Auf deutscher Seite macht sich an vielen Stellen eine sonderbare Erleichterung breit. Sowohl der deutsche Außenminister als auch das Ministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit wiegeln die Bedenken der Zivilgesellschaft ab und fordern eine stärkere Kooperation mit dem strategischen Partner Brasilien. Diese allgemeine Entwarnung können wir gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Brasilien nicht teilen und werfen daher mit diesem Heft einige Schlaglichter auf Veränderungen und Zielsetzungen, die Sorge bereiten..

die Redaktion



**Das** Entsetzen über den Wahlsieg von Jair Bolsonaro war groß am 28. Oktober 2018.

## In die Enge getrieben Zivilgesellschaft unter Bolsonaro

von Uta Grunert und Fabian Kern\*

Nachdem er einen Sieg im ersten Wahlgang nur knapp verpasst hatte, war dieser Wahlsieg für viele bereits absehbar. Deshalb engagierte das renommierte feministische Institut SOS Corpo für den Tag des zweiten Wahlgangs Sicherheitskräfte, weil die Mitarbeiterinnen fürchteten, dass ihr Büro in Recife von Anhänger\*innen Bolsonaros zerstört werden könnte.<sup>1</sup> Diese Angst war alles andere als unbegründet. Während des Wahlkampfes fanden zahlreiche Angriffe auf politische Gegner\*innen statt. So wurde am Tag nach dem ersten Wahlgang Mestre Moa do Katendê in Salvador von einem Anhänger Bolsonaros nach einer politischen Diskussion mit 12 Messerstichen ermordet.<sup>2</sup> Schon Monate vor dem eigentlichen Wahlgang wurde die Karawane des Ex-Präsidenten Lula in Paraná von politischen Gegner\*innen beschossen.<sup>3</sup> Wenige Tage nach dem Wahlsieg Bolsonaros wurde die casa dos ventos in Dourados, Mato Grosso do Sul mit sieben Hakenkreuzen beschmiert. Eine Bewohnerin erhielt eine Mail mit der Drohung: „Entweder ihr schließt euch bis Januar der Bolsonaro-Bewegung an oder ihr seid zum Abschuss freigegeben.“<sup>4</sup>

Als sich der Wahlsieg Bolsonaros abzeichnete, lancierte die Kooperation Brasilien ein Formular in den sozialen Medien, in das sich Soli-Aktivist\*innen eintragen konnten, um eventuelle Flüchtlinge aus Brasilien in Deutschland zu unterstützen. Die Rückmeldungen waren überwältigend! Innerhalb weniger Tage hatten sich über 500 Menschen bereit erklärt, Brasilianer\*innen zu helfen, wenn diese das Land verlassen müssen und in Deutschland, der Schweiz oder Österreich ankommen.

Einige verließen auch wirklich das Land, weil sich das politische Klima zunehmend radikalisierte, der Präsident in den sozialen Medien weiter gegen politische Gegner\*innen agitierte und damit Gewaltakte durch seine Unterstützer\*innen legitimierte.

Schon während der Zeremonie der Amtseinführung haben Sicherheitskräfte im Kongress – unbefugt, aber ungehindert und ungestraft – die Büros mehrerer Abgeordneter aufgebrochen und durchwühlt – alles unter dem Vorwand,

den Präsidenten gegen Anschläge von Scharfschützen aus den (linken) Abgeordnetenbüros schützen zu müssen.

Mit politischem Aktivismus will der Präsident „ein für alle Mal aufräumen“. „Die Säuberung wird nun noch umfassender sein“, erklärte Bolsonaro in klarer historischer Anspielung auf die Vergangenheit Brasiliens, das Kolonialismus, Sklaverei und Militärdiktatur erlebte. Implizit deutet er also an, dass diese Verbrechen gegen die Menschheit im Vergleich zu dem, was er plant, nicht umfassend genug waren. Linke sollten im Gefängnis verrotten oder ins Exil gedrängt werden, wobei vom Präsidenten auch gerne die Anspielung auf die sogenannte „ponta da praia“, die „Spitze des Strandes“ erwähnt wurde, wo er sie hintreiben werde, die Linken.

Eine Richterin am Landgericht von Rio de Janeiro erklärte öffentlich über die sozialen Medien, „wer dem prophylaktischen Erschießen nicht entrinnen werde, (...) das sei Jean Wyllys.“ Davor hatte sie bereits öffentlich Aufmerksamkeit erregt, als sie unter ein Foto von Guilherme Boulos von der Obdachlosenbewegung MTST (siehe Artikel in diesem Heft) schrieb, „nach dem Dekret von Bolsonaro“ werde dieser „mit Kugeln empfangen werden“. Diese Richterin ist noch immer im Amt, es liegen mittlerweile Anzeigen gegen sie vor, aber offenkundig gibt es in Brasilien keine Mechanismen, die – wie in anderen Ländern üblich – ihre zumindest vorläufige Suspendierung aus dem öffentlichen Amt vorsieht, um zumindest die Vorwürfe zu klären und weitere Schäden abzuwenden.<sup>5</sup>

Trotz dieser besorgniserregenden Entwicklungen kam es nicht zu dem befürchteten Massenexodus von politisch aktiven Brasilianer\*innen. Das liegt vor allem daran, dass die „Nacht der langen Messer“ bisher ausgeblieben ist. Im Wahlkampf hatte Bolsonaro noch gedroht: „Diese roten Verbrecher werden aus unserem Heimatland verbannt. Es wird eine Säuberung werden, wie sie in Brasiliens Geschichte noch nie vorgekommen ist. Entweder gehen sie nach Übersee oder sie gehen ins Gefängnis.“<sup>6</sup>

Zwar hält die Regierung ihren Konfrontationskurs mit den sozialen Bewegungen aufrecht, aber es kam bisher nicht zu einem massiven Anstieg direkter Repression gegen NROs oder soziale Bewegungen durch staatliche Akteure. Bolsonaros Lösung von gesellschaftlichen Konflikten folgt jedoch einer allgemeinen Gewaltlogik, die den Einsatz von Gewalt legitimiert und zivile Opfer z.B. in Favelas in Kauf nimmt (siehe Artikel von Romi Bencke). Bolsonaro muss Erfolge liefern, denn sein Mandat ist eng an das Versprechen vom Rückgang der Gewalt gekoppelt. Die offiziellen Gewaltparameter (ISP<sup>7</sup>) künden bereits von einem Rückgang der

Mordrate in Rio de Janeiro, im April zuletzt um 25% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Unerwähnt lässt diese Statistik die deutliche Zunahme von Polizeigewalt<sup>B</sup> (die bereits 2018 mit 1.534 Ermordeten einen traurigen Höchstwert erreichte und mit 430 Opfern im ersten Quartal weiter steigt), wobei die Militärintervention in Rio de Janeiro bereits unter Ex-Präsident Temer und federführend von Gouverneur von Rio de Janeiro Witzel eingefädelt wurde (siehe Interview mit Christoph Harig). Voraussichtlich wird um die Deutungshoheit sowie um die Frage nach verlässlichen Daten in der Beurteilung der Gewaltfrage ein weiterer Kampf entbrennen.

### Strukturelle Veränderungen

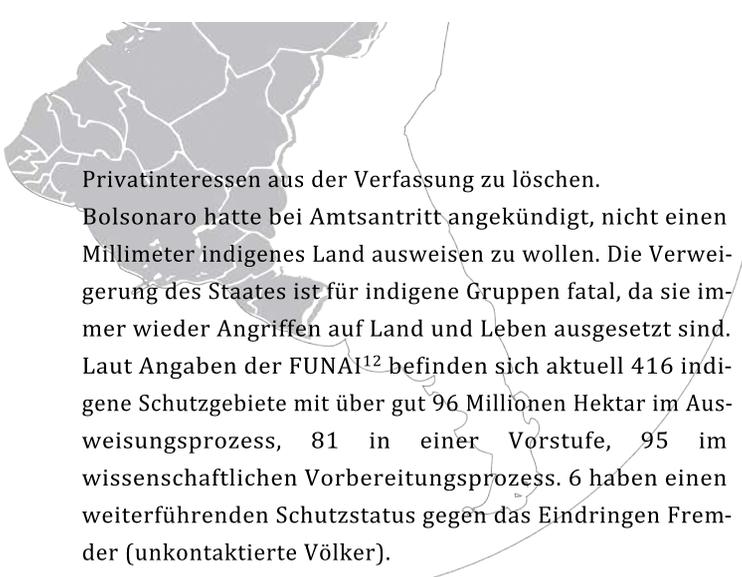
Die Regierung hat in den ersten Monaten viele Umstrukturierungen der Regierungsinstitutionen vorgenommen. Die Umsetzung der Agrarreform wurde in das Landwirtschaftsministerium verlegt, das von der Agroindustrie dominiert wird. Erstmals seit 1988 gibt es keine ministerielle Vertretung des Nordosten Brasiliens in der Regierung. Nach Angaben lokaler NROs fehlt im semiariden Gebiet für 1,5 Millionen Menschen eine Trinkwasserbevorratung. Das erfolgreiche Zisternenprojekt wurde gestrichen, 300.000 Zisternen fehlen. Anfang Mai wurde Fida<sup>9</sup> (Fonds für ländliche Entwicklung der Vereinten Nationen) als alternative Finanzierungsmöglichkeit für die fehlenden 45 Millionen Reals aufgetan. Die Bundesstaaten Ceará und Maranhão sollten finanziell entlastet werden. Jedoch untersagte die zuständige Regierungskommission des Wirtschaftsministeriums dem Projekt die Unterstützung. Die Zusammenarbeit kam nicht zustande.

Die Finanzierung der Indigenenbehörde FUNAI wurde bereits am ersten Regierungstag auf 10% gekappt. Zur Erinnerung: Die Behörde ist für die Ausweisung indigener Schutzgebiete zuständig, in letzter Instanz zeichnet der Präsident. Ihre Eingliederung in das Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte der evangelikalen Ministerin Alves kam einem politischen Abstellgleis gleich, Fragen der Flächenausweisung sollten im Agrarministerium behandelt werden. Nach landesweiten Protesten wie beim 15. Acampamento Terra Livre Ende April in Brasilia und internationalen Auftritten u.a. von Sonia Guajajara

(Koordinatorin des indigenen Dachverbands ABIP) vor dem interamerikanischen Gerichtshof, wurde diese Entscheidung revidiert. 4.000 Indigene von über 170 Völkern waren für friedlichen Protest nach Brasilia gereist und wurden dort vom Militär empfangen. Die neue Einordnung der FUNAI<sup>10</sup> inklusive Gebietsausweisungskompetenz in das Justizministerium unter Minister Moro ändert nichts an der Tatsache, dass indigene Schutzgebiete in Zukunft für Ressourcenabbau durch internationale Konzerne und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes geöffnet werden sollen. Sogar die Wiederaufnahme von abgeschlossenen Landausweisungsverfahren ist vorgesehen. Bislang berufen sich Indigene in Brasilien auf das Recht auf eigenes Land. Die juristische Absicherung indigener Minderheitenrechte in Brasilien (z.B. durch die Verfassung von 1988, ILO 169 und Vorgaben innerhalb von Umweltverträglichkeitsprüfungen) steht jedoch seit der Amtsenthebung Dilma Rousseffs unter Beschuss.<sup>11</sup> So soll beispielsweise in Zukunft die Nutzung von Ressourcen im Boden trotz Schutzstatus möglich sein, da der Staat sich hier die Entscheidungshoheit vorbehält. Illegaler Holzeinschlag und Landnahme, der Einsatz von immer mehr Agrargiften, Raubbau an Bodenschätzen durch Minertätigkeit sowie Infrastrukturprojekte bedrohen Lebensräume wie den Amazonasregenwald und die lokale Bevölkerung. Obwohl Untersuchungen der FAO nachgewiesen haben, dass kollektive Landnutzung traditioneller Völker und Gemeinschaften einen wirksamen Schutz gegen Entwaldung, Umweltzerstörung und Klimawandel bietet, drängt die brasilianische Agrar- und Wirtschaftspolitik darauf, diese soziale Funktion von Land zu Gunsten von

Marcha da Maconha - Rio de Janeiro - 04/05/19  
Foto: Mídia NINJA - <https://www.flickr.com/> (CC BY-NC-SA 2.0)





Privatinteressen aus der Verfassung zu löschen.

Bolsonaro hatte bei Amtsantritt angekündigt, nicht einen Millimeter indigenes Land ausweisen zu wollen. Die Verweigerung des Staates ist für indigene Gruppen fatal, da sie immer wieder Angriffen auf Land und Leben ausgesetzt sind. Laut Angaben der FUNAI<sup>12</sup> befinden sich aktuell 416 indigene Schutzgebiete mit über gut 96 Millionen Hektar im Ausweisungsprozess, 81 in einer Vorstufe, 95 im wissenschaftlichen Vorbereitungsprozess. 6 haben einen weiterführenden Schutzstatus gegen das Eindringen Fremder (unkontaktierte Völker).

Neben der Territorialfrage beziehen sich die Forderungen der Indigenen auf die staatliche Gesundheitsversorgung sowie ein angepasstes Bildungsangebot (Sprache, Rechte, Kultur). Zuletzt hatte der brasilianische Staat den Rotstift bei der indigenen Gesundheitsversorgung angesetzt. Auch das von der PT-Regierung initiierte Programm „Mais Medico“ in Kooperation mit der kubanischen Regierung wurde nach dem Wahlsieg Bolsonaros beendet. Insbesondere in ländlichen Regionen fehlen nun weitestgehend gut ausgebildete Ärzte und Krankenhauspersonal, die Krankheitsvorbeugung und -versorgung wird den einzelnen Gemeinden überlassen.

Auch die internationale Unterstützung spürt den Gegenwind der neuen Regierung. So wurden bei etlichen NGOs die Namen und persönlichen Daten von Mitarbeitenden von der Website genommen, um diese zu schützen. Datensicherheit spielt eine neue Rolle, die Angst, abgehört zu werden, ist im Alltag angekommen. In seinem persönlichen Feldzug gegen politisch Andersdenkende hatte Bolsonaro zu Jahresbeginn erklärt, keine weitere Indoktrinierung (z.B. in Richtung Indigene und Menschenrechte) durch internationale NGOs zuzulassen. Ein Vorschlag im Kongress verfolgt die Absicht, einen Untersuchungsausschuss für zivilgesellschaftliche Organisationen ins Leben zu rufen. Da Bolsonaro auch das Thema Klimawandel für eine Inszenierung von außen hält, hat seine Regierung die für August in Salvador angesetzte UN-Konferenz zu Klimafragen abgesagt.

Am 15. Januar unterschrieb Bolsonaro ein Gesetz, das den Waffenbesitz vereinfacht. Diese Liberalisierung der Waffengesetze vertiefte er Anfang Mai durch ein weiteres Dekret, nach dem Waffenbesitzer\*innen künftig bis zu 5.000 Schuss Munition pro Waffe und Jahr erwerben dürfen. Bisher war die Menge auf 50 Schuss begrenzt. Außerdem werden Import und Vertrieb von Waffen vereinfacht. Militärs dürfen nach zehn Jahren im Dienst auch privat Waffen tragen. Sportschützen, Jäger und Sammler soll es künftig erlaubt sein, mit ihren Waffen zu reisen.<sup>13</sup>

Außerdem löste die neue Regierung fast alle Dialogräume (z.B. den Ernährungsrat CONSEA) zwischen den staatlichen Behörden und der Zivilgesellschaft auf. Die Wirksamkeit des Dialogs wurden jedoch schon zu PT-Zeiten von Teilen der sozialen Bewegungen kritisiert, weil die dort vorgebrachten Argumente zu selten in die Realpolitik Einzug hielten.<sup>14</sup> Spätestens seit der Amtsübernahme von Michel Temer waren die Gremien praktisch wertlos. Teilweise wurden diese auch von der Zivilgesellschaft boykottiert, weil sie sich nicht mit einer illegitimen Regierung einlassen wollte.

Scheinbar mussten der Bolsonaro Clan und seine Anhänger\*innen erkennen, dass es sehr viel einfacher ist, polarisierende Reden zu schwingen als reale Politik zu machen. Eine Erkenntnis, die Bolsonaro nicht neu sein kann. Schließlich hat er es in 26 Jahren als Kongressabgeordneter gerade einmal geschafft, zwei Gesetzesprojekte durchzubringen.<sup>15</sup> Allerdings gibt es nicht viel Grund für Optimismus. Obwohl die Regierung noch keine Mehrheiten für all ihre Vorhaben organisieren konnte, sind viele gefährliche Gesetzesvorschläge auf dem Weg. Die Direktorin des Brasilien Büros von Human Rights Watch, Maria Laura Canineu zeigt sich besorgt über die vorläufige Maßnahme, mit der Bolsonaro gleich an seinem ersten Amtstag die Überwachung der Nicht-Regierungsorganisationen durch den Reservegeneral Carlos Alberto dos Santos Cruz anordnete.<sup>16</sup>

Soziale Bewegungen wie die Landlosenbewegung MST haben erkannt, dass sie im Oktober 2018 nicht nur eine Wahlniederlage erlitten haben, sondern dass die Linke den Kampf um Ideen wieder aufnehmen muss. Die vielen Korruptionsfälle, in die auch Abgeordnete der Arbeiterpartei involviert waren, haben das Vertrauen in ein linkes Gesellschaftsprojekt ebenso hart erschüttert wie die Propaganda der großen Medienkonzerne. Für die Bewegungen ist es deshalb umso wichtiger, in ihrem realen Alltag den Austausch sowohl mit den Mitbürger\*innen in Brasilien zu suchen als auch die internationalen Beziehungen und Netzwerke zu stärken, wie Miguel Enrique Stedile bei einem Treffen der Amigos do MST in Paris Anfang April berichtete. Trotz der vielfältigen Drohungen seitens des Präsidenten will die Bewegung nicht den Kopf in den Sand stecken und sich verstecken, sondern durch ihre Organisation Präsenz zeigen. Es bleibt ihr Anliegen, den Mitmenschen einen solidarischen Lebensentwurf praktisch näherzubringen.

Natürlich muss auch die Linke hinterfragen wie sie den Diskurs in den sozialen Medien wieder mitbestimmen kann. Gerade dort hat der Wahlkampf der Rechten unglaublich gut funktioniert. Die Linke hat es sehr viel schwerer, ihre Ideen und Vorschläge zu verbreiten, als die rechten Netzwerke.

Eine der Hauptforderungen der Landlosenbewegung ist die Freiheit für den inhaftierten Ex-Präsidenten Lula da Silva. Für Miguel Enrique Stedile kann es nicht sein, dass die wichtigste Figur der brasilianischen Linken ohne stichhaltige Beweise verurteilt wurde. „Wenn sie das sogar mit Lula machen können, dann gibt es auch für uns alle keine Gerechtigkeit in diesem System.“

Die Rückmeldungen, die wir aus der brasilianischen NRO-Szene erhalten, sind mittlerweile eher kämpferisch. Die lähmende Ungewissheit über die neue Regierung weicht und gibt Raum für Initiativen. Die landesweiten Proteste gegen die Kürzungen im Bildungsbereich vom 15. Mai waren die größten regierungskritischen Proteste seit dem Amtsantritt der rechtsradikalen Regierung und wurden von vielen Beobachter\*innen als ein erster Vorgeschmack auf den kommende Widerstand wahrgenommen. ■

\* Uta Grunert und Fabian Kern sind beide in der Geschäftsstelle der Kooperation Brasilien in Freiburg tätig.

*"Wir machen uns kaum klar, wie wenig wir einander kennen in unserem eigenen Land. Außerhalb der Vororte unserer Städte, jenseits der Herrschaftsdominanz Brasiliens. Wir leben in einem Land der ungewissen Existenz, mit einem fantastischen Potential aus vor-kolumbianischer Vielfalt. (Lima Barreto<sup>1</sup>)*

## Eine Krise namens Brasilien

von Romi Márcia Bencke\*

Zahlreiche Analysen zur brasilianischen Politik und Wirtschaftslage besagen, dass sich Brasilien derzeit in der schwersten Krise seit der Militärdiktatur befindet. Andere sind sogar noch drastischer und stufen die aktuelle Situation schlimmer ein als 1964-1985. Gründe für dieses Urteil gibt es viele, die wichtigsten stehen in Zusammenhang mit den schrittweisen Auflösungserscheinungen der Demokratie und den Änderungsplänen gegenüber der bundesstaatlichen Verfassung von 1988, die in den letzten Jahren nach und nach vorangetrieben wurden.

Die Auflösungserscheinungen der Demokratie zeigen sich in der Legitimitätskrise der politischen Institutionen. Das Bundesverfassungsgericht STF beispielsweise wird seiner Hauptaufgabe nicht gerecht, über das Verfassungsrecht zu wachen. Es hat sich zur Geisel der öffentlichen Meinung, der politischen Parteien und des Parlaments entwickelt. Den Auflösungsprozess der Demokratie merkt man an Bundesrichtern, die die Institution für private politische Ziele benutzt haben, anstatt die Umsetzung der Verfassung zu überwachen.

Ein weiterer Grund für eine derart drastische Einschätzung ist die politische Absicht, die wichtigsten staatlichen Betriebe des Landes zu privatisieren, wie die Petrobras. Die brasilianische Industrie ist ebenfalls vom Prozess der Auflösung des Landes betroffen. Noch vor kurzem haben wir die Stärke der brasilianischen Wirtschaft gefeiert (nach der internationalen Finanzkrise, Anmerkung der Redaktion), heute jedoch kann man die kontinuierliche Schwächung des industriellen Sektors verfolgen. Sie zeigt sich an sinkenden Darlehen für bewilligte Investitionsvorhaben durch die Bundesentwicklungsbank BNDES. Man könnte den Eindruck gewinnen, Brasilien traue sich eine eigene und kreative Industrieproduktion nicht zu. Das Land, das versuchte Reichtümer zu produzieren verfällt erneut in den Embryonalzustand, in dem eine kleine reiche Elite die Reichtümer abbaut und ausbeutet, ohne dabei in Entwicklung zu investieren.

- 1 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/brasilien-waehlt-bolsonaro>
- 2 <https://www.brasildefato.com.br/2018/10/08/referencia-da-capoeira-e-da-cultura-afro-e-assassinado-apos-discussao-politica-na-ba/>
- 3 <https://www1.folha.uol.com.br/poder/2018/03/onibus-da-caravana-de-lula-e-atingido-por-tres-tiros-segundo-organizadores.shtml>
- 4 [https://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/dossiers/dossiers-als-pdf/IndigeneundLandrechteNovember2018.pdf/at\\_download/file](https://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/dossiers/dossiers-als-pdf/IndigeneundLandrechteNovember2018.pdf/at_download/file)
- 5 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/sehr-dunkle-wolken>
- 6 <https://www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-bolsonaro-saeuberung-1.4181458>
- 7 <http://www.isp.rj.gov.br/Noticias.asp?ident=421>
- 8 <https://noticias.uol.com.br/cotidiano/ultimas-noticias/2019/04/18/policia-do-rj-tem-comeco-de-ano-mais-letal-dos-ultimos-16-anos.htm>
- 9 <https://www.extraclassa.org.br/politica/2019/05/ministerio-da-economia-inviabiliza-recursos-da-onu-para-estados-do-nordeste/>
- 10 <https://www.brasildefato.com.br/2019/05/22/artigo-or-a-funai-inteira-e-nao-pela-metade/>
- 11 Verfassungsänderungsvorschlag PEC 215/00 und Gesetzesvorlage PL 1610/96, PL 6818/13 sowie PL 490/17,
- 12 <http://www.funai.gov.br/index.php/indios-no-brasil/terras-indigenas>
- 13 <https://www.tagesschau.de/ausland/bolsonaro-waffen-101.html>
- 14 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/immer-mehr-von-was-eigentlich>
- 15 <https://politica.estadao.com.br/noticias/geral,bolsonaro-aprova-dois-projetos-em-26-anos-de-congresso,70001900653>
- 16 <https://www.hrw.org/pt/news/2019/04/05/328953>.

Der Zerfallsprozess des Landes wird verstärkt durch fehlende Investitionen in grundlegenden Bereichen wie Gesundheit und Bildung. Die Verfassungsänderung 95/2016 hat die Staatsausgaben für die kommenden 20 Jahre eingefroren und damit staatliche Investitionen in vorrangigen Bereichen wie öffentliche Gesundheitsversorgung und Bildungsangebote abgebaut.

Für ein Land mit 13 Millionen Arbeitslosen, in dem 80% der Bevölkerung von der staatlichen Gesundheitsversorgung (Sistema Único de Saúde) abhängen und in dem 73,5% über staatliche Bildungsangebote einen Ausweg aus der Armut gefunden haben, bedeutet die Verfassungsänderung 95/2016 einen bewussten Versuch, die sozialen Gräben wieder zu vertiefen.

Aktuell sieht Brasilien die Privatisierung der Sozialversicherungssysteme vor. Die *previdencia* war bislang Aufgabe des Staates, beruhte auf dem Solidaritäts- und Allgemeinheitsprinzip und wurde einstimmig in die Verfassung von 1988 aufgenommen. Es handelt sich um ein umfassendes System, das mit Renten-, Sozial- und Krankenversicherung Millionen Menschen erreicht.

Die gesamte brasilianische Gesellschaft hat zur sozialen Absi-

cherung beigetragen. Aktuelle Zahlen von 2005-2016 der Auditoria Cidadã (Schätzstelle der Staatsschuld) beziffern die Einnahmen der Beiträge in die Sozialkasse auf ein Plus von über einer Milliarde Reais (220.000.000 Euro).

Die Hauptargumente zur Rechtfertigung der Reform der Sozialversicherungssysteme beziehen sich auf die Altersprogression und die Notwendigkeit, auch zukünftigen Generationen eine Rente garantieren zu können. Die Rede ist von der Kürzung von Privilegien, als wäre der Zugang zum Sozialversicherungssystem ein Privileg und kein Recht. Immer kommt das Argument, die Reform schaffe eine „nicht aus Steuergeldern finanzierte“ (also private) Vorsorge, die gleichzeitig das Wirtschaftswachstum des Landes ankurble. Ursächlich für diese „nicht aus Steuergeldern finanzierte“ (private) Vorsorge sind die Ausgaben im Rahmen der Sozialversicherungssysteme und schließlich das Argument, mit den Ausgaben der Sozialversicherungssysteme stiegen die Staatsschuld und die zu zahlenden Zinsen. Um das Problem zu lösen, schlägt die Regierung vor, die Sozialversicherungssysteme in den Kapitalmarkt zu integrieren.

Diese Privatisierung der Sozialversicherungssysteme bedeutet für die Beschäftigten, dass sie ein Vorsorgekonto bei einer

Bank einrichten müssen, auf das regelmäßig ein vorher definierter Betrag einzuzahlen ist. Die Verantwortung für soziale Vorsorge würde allein und ausschließlich auf die Beschäftigten abgewälzt. Sie wäre nicht länger eine geteilte Verantwortung von Unternehmen bzw. Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen.

Die Banken, die diese neuen Vorsorgekonten verwalten, werden Steuern und Verwaltungsgebühren erheben. Ihre Vorsorgepakete erreichen jedoch nicht das gleiche Niveau wie das öffentliche System dies tat. Der gesamte Bereich wird zudem abhängig von der Befindlichkeit des Finanzmarkts.

Wenn man die Erfahrungen anderer Länder Lateinamerikas wie Argentinien und Kolumbien heranzieht, kann man vorherhersagen, dass ein Geldtransfer der Beitragszahlenden hin zum privaten Finanzsektor stattfinden wird.

Aktuelle Daten von der Abteilung Sozialschutz der ILO (internationale Arbeiterorganisation) zeigen, dass in Argentinien vor der Privatisierungswelle die Verwaltungskosten der Vorsorgesysteme bei 6,6% der Beiträge der Einzahlenden lagen. Mit der Privatisierung sind diese Kosten auf über 50,8% angestiegen. Im Fall von Kolumbien stiegen die Verwaltungskosten von 2,2% im Jahr 1993 auf 25,9%. Das bedeutet, dass ein großer Teil des Einkommens der Beschäftigten in Finanzvermitt-

Proteste gegen die Abschaffung des Ernährungsrats  
<https://blognooficial.files.wordpress.com/2019/02/bigbanquetaco-todos-pelo-consea.jpg>



lungsgebühren fließt. Die Studie zeigt, dass 30 Länder diesen Weg eingeschlagen und 18 die Entscheidung bereits wieder rückgängig gemacht haben.

Die Einnahmen, die heute die Grundlage für die Sozialversicherungssysteme bilden, werden zukünftig nicht mehr von den Beschäftigten bezahlt werden, die auf private Vorsorge umsteigen, was wiederum die nachhaltige Sicherung der aktuellen Rentenfinanzierung gefährdet.

Die Auswirkung der Reform auf das Leben der ärmsten Bevölkerungsgruppen wird immens sein. Dafür ein paar konkrete Beispiele: Die Kürzung der Mindestrente basierend auf dem Mindestlohn auf 400 Reais (88 Euro). Diese Leistung bedeutet, dass Rentner\*innen, die in extremer Armut leben, eine Mindestrente in dieser Höhe garantiert bekommen, unabhängig davon, ob sie in die Rentenkasse einzahlen konnten oder nicht.

Ebenfalls werden Personen betroffen sein, die Rente auf Grund einer Arbeitsunfähigkeit erhalten. Ihre Leistungen werden auf 60% gekürzt. Dieser Prozentsatz erhöht sich kaum für Beschäftigte, die erst nach 20-jähriger Beitragszahlung arbeitsunfähig wurden. 100% Rente erhalten nur Beschäftigte, bei denen die Arbeitsunfähigkeit auf Grund eines Arbeitsunfalls eingetreten ist.

Die Hinterbliebenenrenten werden ebenfalls auf 60% gekürzt. Im Falle von Abhängigen (Kindern) steigt sie um 10% je Kind. Auch hier werden 100% nur ausgezahlt, wenn der Tod am Arbeitsplatz eingetreten ist.

Daraus ergibt sich, dass speziell die Kürzung der Hinterbliebenenrente vor allem arme Frauen ohne Arbeit trifft, die durch diese Pensionen eine minimale finanzielle Absicherung hatten.

In vielen Fällen finanzieren diese Frauen mit Hilfe dieser staatlichen Grundsicherung Essen und Schulmaterial für ihre Enkelkinder.

Schätzungen zufolge werden 70% der kleinen Ortschaften von der Reform beeinträchtigt sein. In diesen Kommunen hängt die Haupteinnahmequelle für Konsum von der Rentenkasse ab.

Es stellt sich die Frage, ob derart restriktive ökonomische Maßnahmen wie die Deckelung der Staatsausgaben auf 20 Jahre und die Reform der Sozialen Sicherungssysteme wirklich notwendig sind.

Die Antwort auf diese Frage findet man in Daten der Zentralbank der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), die zeigen, dass zwischen 2013 und 2018 Subventionen und Zuschüsse den Staat 121 Milliarden Reais (26,62 Milliarden Euro) gekostet haben. Hier sind besonders große Unternehmen begünstigt, denen der Staat Sonderkonditionen einräumt und die nicht die allgemein üblichen

Steuerabgaben zahlen. Neben Unternehmen trifft dies auch auf Banken und den agrarindustriellen Bereich zu.

Die Daten der OECD zeigen, dass zwischen 1995 und 2016 in Brasilien die Steuern auf Einkommen, Besitz und Kapital 6,3% des BIP ausmachten. Im Mittel liegt dieser Wert innerhalb der OECD bei 11,3%. Daraus lässt sich ableiten, dass Kapitalerträge in Brasilien unterdurchschnittlich besteuert werden. Im Gegensatz dazu wurde im gleichen Zeitraum die Mehrwertsteuer auf Produkte und Dienstleistungen auf 13,1% des BIP angehoben (2017). Das bedeutet, dass Konsumsteuern einen großen Beitrag zu den Staatsfinanzen leisten, eine Steuer, die alle Menschen gleich betrifft, egal ob sie aus reichem oder armem Hintergrund kommen, während das Großkapital nur einen geringen Beitrag leistet. Brasilien hat also ein regressives Steuersystem, in dem Vielverdienende die niedrigsten Abgaben zahlen und Geringverdienende hohe Steuern zahlen.

Mit dieser Politik bittet der Staat laufend die armen Bevölkerungsgruppen zur Kasse, um den Wirtschaftseliten Märkte und Gewinne zu garantieren. Außerdem werden staatliche Grundsicherungsaufgaben privatisiert, sie verwandeln sich in Privilegien und Ausgaben, sind nicht länger soziale Rechte und staatliche Investitionen.

Heute begreifen wir uns nicht länger als Bewohner\*innen eines gemeinsamen Territoriums. Wir Brasilianer\*innen sind vielfältig und leben in einem einzigartigen Land, das Lima Barreto subtil als „Land der ungewissen Existenz“ beschreibt, deren Bewohner\*innen sich gegenseitig nicht kennen.

Die soziale und historische Schuld des Landes ist riesig, besonders gegenüber der afrobrasilianischen Bevölkerung, den indigenen Völkern und der traditionellen Landbevölkerung. Die Frauen leiden heute besonders darunter, in einem „Land mit ungewissen Existenz“ zu leben. Die Unterteilung der Gesellschaft in Schichten macht die Hauptidentität Brasiliens aus. Jeder Versuch, mit diesem historischen Erbe zu brechen, hat einen hohen Preis. Dafür sorgen die omnipräsenten Mächtigen, die immer neue Wege suchen. Gewalt, Unterdrückung und Vernichtung drohen allen, die es wagen, die geltende Ordnung in Frage zu stellen.

Obwohl die Instrumente zur Manipulation eigentlich schon alt sind, treten sie aktuell in Form von religiösem Theater neu in Erscheinung: Als Opium fürs Volk, als Brot und Spiele, während Kultur und Bildung vor die Hunde gehen.

Autoritätsglaube und der Ordnungsdiskurs von einem Staat, der wieder zu den „richtigen Männern“ zurückkehrt, treten an die Stelle der Hoffnung auf Veränderung. Die Apathie nimmt Form an und die Bevölkerung lebt wie Zombies, ohne zu verstehen oder ohne verstehen zu wollen, was gerade passiert. Begleitet wird diese gesellschaftliche Entwicklung von einem

Verlust an Menschlichkeit.

Die Morde an der Stadtparlamentarierin Marielle Franco und des Chauffeurs Anderson Gomes bleiben ohne Antwort. Die Frage danach, wer den Tod von Marielle in Auftrag gegeben hat, bleibt unbeantwortet.

Der Einsatz der Militärpolizei von Rio de Janeiro, bei dem 80 Schüsse abgegeben wurden und bei dem der Musiker Evaldo Rosa dos Santos und der Müllsammler Luciano Maceso getötet wurden, als dieser versuchte, Evaldo zu retten, wurde vom Präsidenten der Republik als Unfall bezeichnet.

Die Verbindungen zwischen gewählten Politiker\*innen und Milizionär\*innen ist wieder einmal offenbar geworden. Jegliches Schamgefühl ist verlorengegangen. Der Gouverneur von Rio de Janeiro Wilson Witzel, der die Spezialkräfte der zivilen Polizei koordiniert, überflog am 4. Mai im Hubschrauber die Stadt Angra dos Reis. Während des Flugs beschossen Schützen des Sonderkommandos Zivilisten. Sie haben „Banditen“ bekämpft, lautete die Erklärung, als ob Personen, die gegen Gesetze verstoßen kein Recht auf Rechtsstaatlichkeit hätten und gejagt gehörten. „Zu Beginn des Flugs kündigte der Gouverneur an, dass dieser Einsatz der Beginn einer Operation sei, um „mit Banditen“ aufzuräumen.

Am 6. Mai verursachten die gleichen Schützen der Sondereinheit, die den Gouverneur beim Einsatz am 4. Mai begleitet hatten, in der Favela Complexo da Maré den Tod von acht Personen. Die Bewohner\*innen sagen, dass der Polizeihubschrauber das Feuer eröffnete als die Kinder die Schulen verließen. Das Ziel des Einsatzes sei es gewesen, einen Drogenhändler festzunehmen. Der Gouverneur von Rio de Janeiro hatte der Polizei die Erlaubnis erteilt, aus weiter Entfernung zu schießen, ohne sich vorher zu vergewissern, ob die Schüsse wirklich einen Verdächtigen treffen.

Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 2019 tötete die Militärpolizei von Rio de Janeiro 434 Personen, was durchschnittlich 7 Tote am Tag bedeutet.

Trotz der hohen Gewaltrate traf Präsident Jair Bolsonaro die Entscheidung, nicht die Politik der öffentlichen Sicherheit zu verbessern, sondern über die gesetzliche Verfügung 9.785/2019 den Waffenzugang zu erleichtern. Damit erhalten Politiker\*innen die Erlaubnis, Waffen zu tragen, Rechtsanwält\*innen wie Verteidiger\*innen und Staatsanwält\*innen, die dem Staat dienen, Landbesitzer\*innen, Journalist\*innen beim Verfassen von Polizeireportagen, Vormundschaftsräte und Sozialarbeiter\*innen. Minderjährige dürfen unter Begleitung der Eltern den Schusswaffengebrauch an Sportgewehren üben.

Durchlebt Brasilien eine Krise? Ich würde behaupten wir leben in einer Krise namens Brasilien. Diese Krise namens Bra-

silien ist durch einen starken Prozess in Richtung sozialer Perversion gekennzeichnet. Solidarität wird kriminalisiert und Gewalt legitimiert. Menschen, Bewegungen und Gruppen, die sich für Menschenrechte einsetzen und diese verteidigen, leben in zunehmender Unsicherheit. Einige haben sich bereits entschieden, ins Exil zu gehen. Gleichzeitig besetzen diejenigen, die zum Angriff blasen und Menschenrechtsarbeit in einen kriminellen Zusammenhang stellen, Räume als Volksvertreter\*in der repräsentativen Politik.

Ich erinnere an zwei Personen, die gezwungen waren, sich ins Exil zu begeben. Der erste ist der Bundesabgeordnete Jean Wyllys, ein Fürsprecher für die Rechte von LGBTIQ+ Personen, sowie für Frauenrechte und das Recht auf religiöse Vielfalt.

Die zweite ist Camila Montovani, eine junge evangelische Frau aus Rio de Janeiro, die von Christen bedroht wurde, weil sie die Gruppe „Evangelische Christinnen für die Entkriminalisierung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch“ ins Leben gerufen hatte. Die Arbeit dieser jungen Frauen bestand darin, seelsorgerische Begleitung für Frauen anzubieten, die sich aus persönlichen Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden haben. Außerdem bieten die jungen Frauen gemeinsam mit jungen evangelischen Frauen aus der Peripherie Gesprächskreise über häusliche Gewalt an und klären über die Möglichkeiten auf, sexualisierte Gewalt zur Anzeige zu bringen.

Die Bedrohung und Verfolgung, die diese beiden Aktivist\*innen erlitten haben, erleben unzählige weitere ebenfalls.

Ihr Schicksal ist die Konsequenz der neuen Richtung, die der brasilianische Staat eingeschlagen hat. Die politischen Wege tragen kaum zu staatlicher Investitionen in die Bereiche Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge bei. Sie fördern aber einen religiösen und moralischen Konservatismus, mit dem Ziel gesellschaftliche Rechte zurückzubauen, besonders in Bezug auf Frauen und LGBTIQ+.

Nicht unerwähnt bleiben darf die PEC 29/15, deren Ziel es ist, den sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch zu verbieten bzw. zu erschweren, wie ihn das Gesetz bisher vorsieht: Wenn die Schwangerschaft das Leben der Frau bedroht, bei einer Schwangerschaft nach Vergewaltigung und bei Föten mit Gehirnschädigung. Neuerdings beruft man sich auf den Artikel 5 der Verfassung und das „Recht auf Leben vom Zeitpunkt der Empfängnis an“.

### **Gibt es Hoffnung für diese Krise namens Brasilien?**

Beim traurigen Ende der Geschichte von Policarpo Quaresma offenbart Lima Baretto in ihrer Beschreibung des brasiliani-

schen Volks dessen Götter: Autoritätshörigkeit, Gewalt und die Verweigerung der Debatte. Lima Baretto sagt<sup>2</sup>:

*„Weiße, Schwarze, Mulatten, Caboclos, - die Menschen sind vielfältig, in Bezug auf Hautfarben und Gefühlslagen. Die einen haben es sich zur Gewohnheit gemacht, zu gehorchen, um das Leben zu meistern. Andere vermissen schon seit Ewigkeiten die Möglichkeit der Auseinandersetzung. Wieder anderen hat man mit Gewalt ihr Zuhause genommen oder sie von der Straße vertrieben, manche schon als Kinder, und sie haben sich im Elend eingerichtet. Menschen können ignorant und einfältig sein, manchmal roh oder pervers wie gewissenlose Kinder. Sie können aber auch gut und willig wie Schäfchen sein – aber alle sind Menschen...“*

Wenn diese Menschen sich in ihrer Vielfalt als Subjekte wahrnehmen und sich zusammenschließen, wird dies Veränderungen bringen. Denn wir sind diese Menschen, die das Spiel wenden und die Krise namens Brasilien beenden können.

Einige Beispiele dafür haben wir heute schon: den Zusammenschluss von Indigenen, Quilombolas und traditionellen Gemeinschaften auf dem Land. Auch die Frauenbewegung wächst und der Widerstand gegen die Schließung der öffentlichen Universitäten.

Brasilien, dieses „Land mit der ungewissen Existenz“ kann ein neues Bewusstsein für die kulturelle und religiöse Vielfalt seines Volks entwickeln. Vielleicht muss es sich davor jedoch den Schatten seiner Vergangenheit stellen: Der Versklavung von Menschen afrikanischer und indigener Herkunft, der Gewalt und der sozialen Ungleichheit. ■

\* Romi Bencke ist Pfarrerin und Generalsekretärin des Nationalrats christlicher Kirchen Brasiliens

> Übersetzung aus dem Portugiesischen von Uta Grunert.

**Ich** beginne mit dem Schreiben dieses Artikels am 8. April, dem Tag, an dem Präsident Jair Bolsonaro den Bildungsminister Ricardo Vélez durch Abraham Weintraub ersetzt. Welche Bedeutung hat diese Änderung? Keine. Die Namen ändern sich, der Rückschritt bleibt derselbe.

## Brasilien 2019: Bildung in Zeiten der Finsternis

von Maria Aparecida da Silva Fernandes\*

Ricardo Vélez, ein in Brasilien eingebürgerter Kolumbianer, der Philosophie und Theologie studiert und an verschiedenen Universitäten gelehrt hat, war bis zu seiner Ernennung zum Bildungsminister ein illustrierter Unbekannter. Er stammt aus der Vorschlagsliste von Olavo de Carvalho, einem in den USA ansässigen Brasilianer, der sich als „konservativer Philosoph“ bezeichnet. In Carvalhos Lebenslauf zeigt er sich als Aktivist gegen die Diktatur der 1960er Jahre, als Astrologe in den 70er Jahren und als Mystiker in den 80er Jahren. In den 1990er Jahren und in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends konnte er eine gewisse Präsenz in der Presse verzeichnen, wo er Autor von Aussagen zu den verschiedensten Themen war. Viele von ihnen sind verschoben und für den heutigen Entwicklungsstand undenkbar – zum Beispiel, dass Öl kein fossiler Brennstoff sei oder dass sich die Erde nicht um die Sonne drehe. Ideologisch gehört er zur brasilianischen Rechten, und es ist kein Zufall, dass er sich den konservativeren Sektoren der katholischen Kirche annähert und neuerdings auch, im Gegensatz zu seiner Haltung in den 60er Jahren, die brasilianische Diktatur verteidigt hat. Vor kurzem nutzte er wieder einmal seine sozialen Netzwerke, um seinen Hass auf Lehrer\*innen zu verbreiten: „Wer Brasilien zerstört hat, das waren die Lehrer in Philosophie, Jura und Sozialwissenschaften“. Es ist wichtig, ihn in diesem Spektrum zu verorten, denn er ist schon länger der Referenzpunkt der Bolsonaroisten, der Guru des Bolsonaro-Clans selbst, und dieser Einfluss sagt viel über das tiefe Loch, in dem Brasilien heute steckt.

Aber zurück zu Ricardo Vélez, dem entlassenen Minister. Seine knapp hundert Tage an der Spitze des Bildungsministeriums waren von dem Versuch geprägt, den Abbau der Grundbildung zu betreiben. Seine erste Amtshandlung bestand in der Abschaffung des Vielfaltssekretariats und der Schaffung einer Alphabetisierungsbehörde, die er als vorrangig betrachtete. So befürwortete er die Rückkehr zur phoni-

1 Barreto, Lima – Carta a Assis Viana. In: SCHWARCZ, Lilia Moritz. Lima Barreto – Triste Visionário. São Paulo: Companhia das Letras. Versão Kindle, 2019.  
2 Barreto, Lima – Triste Fim de Policarpo Quaresma. In: SCHWARCZ, Lilia Moritz. Lima Barreto – Triste Visionário. São Paulo: Companhia das Letras. Versão Kindle, 2019.

schen Alphabetisierungsmethode, was die Kritik von vielen Fachleuten und Bildungssekretariaten in den Kommunen auslöste. Denn die Forschung zum methodischen Prozess der Alphabetisierung hat sich in Brasilien längst weiterentwickelt und geht weit über die Vorschläge des Ministers hinaus. Außerdem ist das Hauptproblem der Alphabetisierung nicht die Methode, sondern das Fehlen von Kinderkrippen und -gärten für Kinder aus einkommensschwachen Familien.

Vélez war in seinem Amt unproduktiv, aber seine Zerstörungswut schadete dem Bildungs- und Kultusministerium (Ministério de Educação e Cultura, MEC) durch Verdächtigungen sowie trügerische Thesen über die brasilianische Bildungsrealität und über das Ministerium selbst. Sie führten zu unsinnigen und verkürzten Schlussfolgerungen, zum Beispiel, dass der „Kulturmarxismus“ die brasilianische Bildung dominiere und dass Paulo Freire, einer unserer größten Denker, der aber beim Entwurf pädagogischer Projekte der meisten Schulen nie wirklich berücksichtigt wurde, schuld an der Rückständigkeit der brasilianischen Bildung sei.

Infolgedessen sah er im Enem – der wichtigsten nationalen Prüfung für den Universitätszugang, besonders für die benachteiligten Klassen – eine Brutstätte linker ideologischer Bildung. Diese Halluzination veranlasste ihn, eine Kommission zur „sorgfältigen Durchsicht“ der als ideologisch betrachteten Prüfungsfragen in Aussicht zu stellen. Das führte dazu, dass Präsident Bolsonaro selbst ankündigte, er wolle die Prüfungsthemen im Vorfeld überprüfen. So übersehen beide eine Grundvoraussetzung für den Erfolg der Prüfung: die der Gleichbehandlung.

In seinem Eifer, das zu bekämpfen, was er „Ideologisierung“ nennt, erklärte Vélez in einem Interview sogar, dass die Uni-

versität nicht für alle da sei: „Die Universitäten müssen einer intellektuellen Elite vorbehalten sein, die nicht identisch ist mit der Wirtschaftselite des Landes“. Darüber hinaus veröffentlichte er eine Ausschreibung zur Anschaffung von Büchern, in der Kriterien wie die Verpflichtung auf die Agenda zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Quilombolas, Ureinwohner und andere Minderheitengruppen ausgeschlossen, aber der Kauf von Werken ohne Literaturverweise und mit nachgewiesenen Fehlern erlaubt wurden. Nachdem die Gesellschaft über soziale Netzwerke und traditionelle oder alternative Medien darauf reagierte, zog er die Ausschreibung zurück.

In einer anderen peinlichen Aktion forderte er am 25. Februar die Schulleiter auf, die Schüler\*innen zum Singen der Nationalhymne aufzustellen, sie danach den Slogan von Bolsonaros Wahlkampagne rufen zu lassen und das Ganze zu filmen. Die Gesellschaft reagierte erneut und die Brasilianische Union der Schüler an Weiterführenden Schulen (UBES, União Brasileira de Estudantes Secundaristas) forderte die Schüler\*innen auf, Probleme in ihrer Schule zu filmen und die Filme an den Minister zu schicken. Die Gruppe um Olavo de Carvalho begann sich wegen einiger Ernennungen innerhalb des Ministeriums mit dem Minister zu entzweien, und die Krise verschärfte sich. Hinzu kam die Aussetzung der Evaluierung der Grundschulziehung, SAEB, die zum Rücktrittsgesuch der verantwortlichen Ministerialsekretärin führte, die dieser Maßnahme nicht zugestimmt hatte.

So wurde das Szenario der brasilianischen Bildung zu einem Possenspiel, mit einem Ministerium, das weder Ziel noch Projekt kennt und sich auf der Ideenebene in bizarre Thesen verannde – dass in den Schulen Indoktrination herrsche, dass die Linke das MEC dominiere, dass Brasilien vom Kommunismus bedroht sei, dass es 1964 weder einen Putsch noch danach eine Diktatur gegeben habe. Zu Letzterem schlug der frühere Minister übrigens eine Überarbeitung der Geschichtsbücher vor, da für ihn klar ist, dass es in Brasilien keine Diktatur gegeben hat und die Bücher ein „umfassenderes Geschichtsbild“ bieten müssten. Dieser Vorschlag ist eine offene Missachtung der Opfer der zivilen Militärdiktatur, die von 1964 bis 1985 in Brasilien herrschte. In Wirklichkeit wirkt er auf eine verfälschende Umschreibung der brasilianischen Geschichte hin.

Wer die Demokratie verteidigt, hat den Eindruck, dass eine Art Zeitreise begonnen hat, die uns in die Phase des Kalten Krieges zurückversetzt. Die Regierung Bolsonaro benutzt den Diskurs der Bekämpfung des Kommunismus und der Linken überall, und das in einem

Bildungsstreik im Mai. Mobilisierung der Bildungsgewerkschaft.  
Quelle: [sintepb.com.br/arquivos/noticia/20190509094343000008945.jpg](http://sintepb.com.br/arquivos/noticia/20190509094343000008945.jpg)



**GREVE NACIONAL  
DA EDUCAÇÃO!  
15 DE MAIO DE 2019**

**Concentração a partir das 08h00,  
no Lyceu Paraibano | Sessão Especial  
na Assembleia Legislativa, às 14h00**

Contra a Reforma da Previdência;  
Contra o corte de verbas da Educação;  
Pela Aprovação do PCCR Unificado;  
Por Eleições Diretas para Diretor.

**SINEP**  
CURTUME  
Sindicato dos Trabalhadores e Trabalhadoras em Educação do Estado da Paraíba

Kontext, in dem Brasilien es selbst nach den Fortschritten der Regierungen der Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores) nicht geschafft hat, das angezielte Niveau eines Sozial- und Wohlfahrtsstaates zu erreichen.

Im Hintergrund steht die Absicht, alle Fortschritte bei affirmativen bildungspolitischen Maßnahmen wieder abzubauen – obwohl diese angesichts des historischen Ausgrenzungsprozesses in Brasilien gar nicht ausreichend waren. Die Erhöhung der Anzahl von Studienplätzen; der Ausbau von Zweigstellen der staatlichen Universitäten und des Bundesnetzwerkes der Berufsfachschulen (Rede Federal de Educação Profissional), die sich unter den PT-Regierungen versechsfachten (von 109 Standorten auf 644); der Zugang für arme, schwarze und indigene Studierende zur Hochschul- und Berufsbildung durch die Quotenpolitik; die Maßnahmen gegen Schulabbruch (Nachhilfeprogramme usw.); die Implementierung der Bildung auf dem Land und vieles mehr – nichts von all dem gehört für die neue Regierung zu den bildungspolitischen Maßnahmen, die für einen Weg von sozialer Entwicklung und Integration notwendig wären. Im Gegenteil, für den Regierungskader sind sie bloße Zeichen linker Ideologie, die es zu beseitigen gilt. Und das zeigt sich in dem Kreuzzug zur Zerstörung der Bildungsräte und -foren, der Lehrer\*innen-, Schüler\*innen- und Studierendenbewegungen – alles Einrichtungen, die historisch gesehen Vorreiter in den Fragen der Bildungspolitik gewesen sind.

Es muss betont werden, dass die Regierung Bolsonaro die Eskalation der Rückschritte in der brasilianischen öffentlichen Bildung schon von dem unrechtmäßig regierenden Michel Temer geerbt hat, dem Vize[-präsidenten], der die Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rouseff betrieben hatte. Der Beschluss der Verfassungsänderung 95 (Emenda Constitucional, EC 95), welche die Finanzierung des Sozialbereichs einschließlich der Bildung für 20 Jahren einfriert; die zwangsweise Einführung der Gemeinsamen Nationalen Basis für Lehrpläne (Base Nacional Comum Curricular, BNCC) unter kompletter Missachtung dessen, was seit Jahren unter Mitarbeit von Pädagog\*innen und Fachleuten im Gebiet der Grundbildung aufgebaut worden war; die Reform der Sekundarbildung mit Einführung unterschiedlicher Bildungszweige; der Ausschluss verschiedener Fächer vom Lehrplan (Soziologie, Philosophie, Leibeserziehung, Kunst usw.); die Umwandlung von Pflichtfächern wie Geschichte und Geografie in Querschnittsthemen. Dennoch ist Bolsonaros MEC nicht in der Lage, etwas Konkretes zu erreichen und auch nur jene Maßnahmen umzusetzen, denen sein Vorgänger bereits den Weg geebnet hatte.

Die Reform der Sekundarbildung zum Beispiel ist ein Rück-

schritt und als solcher ein wichtiger Teil dieses Abbaus, weil nur die öffentlichen Schulen davon betroffen sind. Dabei muss man bedenken, dass dieser Bildungsabschnitt in Brasilien nach wie vor ein großes Problem darstellt, denn 1,5 Millionen Menschen im Alter von 15-17 Jahren gehen nicht zur Schule (Daten des IBGE, Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística, Brasilianisches Institut für Geografie und Statistik). Die Reform wird zur Verschlechterung der Situation beitragen, da die Schulen nicht alle Bildungszweige anbieten werden. So wird den Schüler\*innen die Bildung erschwert, weil sie in weiter entfernte Schulen wechseln müssen, und ihre Bildung wird prekärer, weil sie sich nur auf einen kleinen Ausschnitt des Wissens beschränkt. Folglich werden Schüler\*innen öffentlicher Schulen, die zur Universität wollen, niemals mit Schüler\*innen von Privatschulen konkurrieren können, denn diese werden weiterhin eine umfassende Bildung mitbringen. Das bedeutet die Rückkehr zu alten Zeiten, in denen die Studierenden der brasilianischen Universitäten hauptsächlich weiß waren, aus der Mittelklasse kamen und die Taschen voller Geld hatten, wodurch die Universitäten einen zutiefst elitären Charakter besaßen.

Hinzu kommt, dass das Konzept der Berufsausbildung, das durch die Reform der Sekundarbildung geschaffen wird, völlig jener Konzeption und Organisation widerspricht, die das Bundesnetz für Berufliche und Technologische Bildung (Rede Federal de Educação Profissional e Tecnológica) vertritt. Hier wird eine in die Berufsausbildung integrierte Sekundarbildung angeboten, wodurch die Schüler\*innen Wahlmöglichkeiten haben: Sie können als Techniker\*in in der Arbeitswelt tätig sein oder zu Universitätskursen übergehen. Das wird ihnen durch die Ausbildung an den Bundesinstituten garantiert. Mit der „neuen“ Sekundarbildung wird die Berufsausbildung zu einer rein technisierten Sache, die die Schüler\*innen der Arbeiterklassen dazu verdammt, den Zyklus ihrer Familien fortzusetzen, weil ihnen nur ein Leben als billige Arbeitskräfte bleibt, die sich auf einem ebenfalls prekären Arbeitsmarkt anbieten. Logischerweise wird so die soziale Ungleichheit vertieft, die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert und soziale Mobilität verhindert.

Trotz aller Rückschritte, die ihr Vorgänger hinterlassen hat, schafft es die Regierung Bolsonaro weder, einen eigenen Schritt zu tun, noch das umsetzen, was schon an praktischen und zu ihren Interessen passenden Dingen vorhanden ist. Ohne einen Plan für Brasilien zu haben, schlingert die gesamte Regierung im leeren Diskurs der „linken Ideologisierung“ umher und verzettelt sich in der Identifizierung ihrer politischen Gegner\*innen und deren Charakterisierung durch Attribute, die sie für moralisch verwerflich hält, wie „Verfechter der

Auch bei der Hochschulbildung ist ein Abbau im Gange. Er zeigt sich in verschiedenen Maßnahmen dieser ersten vier Monate der Regierung, zum Beispiel in einem schon im März veröffentlichten Erlass, der 21.000 bereits besetzte Stellen strich, davon 13.710 in Bildungseinrichtungen. Betroffen von den Kürzungen sind die Posten von Angestellten, zum Beispiel Kurskoordinatoren, aber nicht die Posten mit freier Ernennung. Berufsgenossenschaften interpretieren die Initiative als klare Absicht, die Autonomie der Universitäten zu torpedieren und die Koordinierungs- und Leitungspositionen mit Personen zu besetzen, die das Vertrauen der Regierung haben. Ein weiterer Erlass, der in einer Sonderausgabe des Bundesamtsblattes veröffentlicht wurde, sieht eine Ausgabensperre für 29,582 Mrd. Reais aus dem Bundeshaushalt 2019 vor (deren Aufhebung dann von bestimmten Bedingungen abhängt). So hat die Bildung 25% der vorgesehenen Mittel verloren, und das beeinträchtigt die notwendigen Ausgaben für Materialien, Unterhaltung von Laboren und Geräten, für Lehre und Forschung.

Gendertheorie“, „Kommunisten“, „Petralhas“<sup>1</sup> usw. Es ist eine intellektuell schwache und in der Praxis untätige Regierung. Mit der Krise, die sich im Bildungsministerium ausbreitete, wurde Ricardo Vélez aus dem Amt entfernt. An seiner Stelle kam, mit der ganzen Stärke der Gruppe von Olavo de Carvalho, Abraham Weintraub. Mit seiner Nominierung gab Bolsonaro wieder einmal dem Finanzmarkt einen Wink. Weintraub hat keine Karriere aufzuweisen, die auf größere Erfahrungen im Bildungswesen hinweisen würden. Seine Arbeit auf diesem Feld beschränkte sich auf die Lehrtätigkeit im Bereich des Sozialversicherungsrechts an der Bundesuniversität von São Paulo (Universidade Federal de São Paulo, Unifesp) und den Posten des Exekutivdirektors des Zentrums für Versicherungsstudien (Centro de Estudos da Seguridade) an derselben Universität. Er ist jedoch seit 20 Jahren leitender Angestellter im Finanzsystem und war in der Regierung Bolsonaro zuvor der Exekutivsekretär des Kabinetts.

Schon in der Übergangsphase von einem Posten zum anderen machte er einen Vorschlag zur Kapitalisierung der Sozialversicherung, ähnlich dem, der heute in Chile alte Menschen in den Selbstmord treibt. Nach Angaben der BBC nahm Abraham zusammen mit seinem Bruder Arthur Weintraub, der ebenfalls der Regierung Bolsonaro angehört, am „Konservativen Gipfeltreffen der Amerikas“ teil und hielt einen durch den Ex-Astrologen Olavo de Carvalho inspirierten Vortrag, in dem er Strategien zur „Überwindung des kulturellen Marxismus an Universitäten“ auflistete.

All das zeigt klar, dass wir uns keine Illusionen machen dürfen. Mit dem neuen Minister wird es keine wesentliche Änderung im Bereich Bildung geben, vor allem nicht zugunsten einer umfassenden und qualitätsorientierten öffentlichen Schule, um die sich diejenigen bemühen, die in Brasilien Bil-

dung gestalten.

Abraham Weintraub übernimmt das MEC mit Problemen, die dringend gelöst werden müssen, wie z. B. die Erneuerung des FUNDEB, des Fonds für die Aufrechterhaltung und Entwicklung der Grundbildung und für die Wertschätzung des Lehrpersonals (Fundo de Manutenção e Desenvolvimento da Educação Básica e de Valorização dos Profissionais da Educação), der 2020 ausläuft. Der FUNDEB finanziert 80% aller Ausschreibungen in Ländern und Kommunen, mit jährlich rund 150 Mrd. Reais. Was wird nach Ablauf dieser Frist aus dem FUNDEB? Es gibt in der Regierung keinerlei Andeutungen zu deren zukünftigen Handhabung. Woran orientiert sich die Grundbildung? Was wird aus der Ausbildung der Lehrkräfte?

Ein weiterer dringender Punkt ist, das diesjährige Enem (die nationale Prüfung für den Universitätszugang) tatsächlich fristgerecht durchführen zu können. Die Druckerei, in der die Prüfungshäfte hergestellt werden, hat Insolvenz angemeldet, und es wurde noch keine neue gefunden. Das MEC hat den Verantwortlichen für die Prüfung entlassen, und obwohl versichert wird, dass die Daten der Prüfung beibehalten werden, ist ihre Durchführung gefährdet. Möglicherweise müssen Tausende von Schüler\*innen, die 2020 an die Universitäten gehen wollen, diesen Traum verschieben. Was wird da getan? Bisher hat die Regierung zu diesem Thema noch nichts verlauten lassen.

Parallel zur Fehlinvestition in diesem Sektor wird auch noch auf allen Gebieten eine Art bolsonaristischer Kreuzzug zur Disqualifizierung der Bildungseinrichtungen und der dort arbeitenden Fachleute geführt. Die Regierung benutzt die Strategie, den Verdacht der Unterschlagung von öffentlichen Geldern zu schüren, bis hin zu der Absicht, eine „Bildungs-Lava-Jato“<sup>2</sup> zu eröffnen. Das kündigte sie in ihrem sozialen Netzwerk am 4. März mit der fadenscheinigen Begründung an, dass „die internationalistische Agenda auf die Klassenteilung abzielt“ und dass „die Änderung der über Jahrzehnte umgesetzten ‚Bildungs‘-Richtlinien eines unserer Ziele ist, um das Fortschreiten der Fabrik für politische Aktivisten zu stoppen und statt dessen Staatsbürger heranzuziehen“.

Die Strategie, die öffentliche Bildung zu disqualifizieren, zeigt das finstere Gesicht der Bolsonaro-Regierung und lässt sich nur durch die Absicht erklären, den Abbau dieses Sektors zu beschleunigen, um ihn dem Finanzsystem zu übergeben. Seine Diskurse mit niedrigen moralischen Inhalten und seine Aktionen erscheinen uns als Teil eines großen Projekts zur Plünderung des nationalen Erbes, um so den Interessen kleiner Gruppen zu dienen. Die Bildung ist dabei das Hauptziel,

und ihr Minister wurde für diese Aufgabe sorgfältig ausgewählt. Zu den Problemen durch die Haushaltskürzungen im Dienste der Bildungsverschrottung kommt noch die Befürchtung hinzu, dass die Erziehenden unter Verfolgung und Repressalien leiden werden. Und das ist keine unbegründete Sorge. Der am 11. April veröffentlichte Erlass Nr. 9.759 beseitigt und beschränkt Kollegialorgane in der nationalen öffentlichen Verwaltung. Das ist ein harter Angriff auf die Autonomie der Institutionen und bedeutet die Abschaffung von Räten, Foren, Arbeitsgruppen und dergleichen, also der Partizipationskanäle der akademischen Gemeinschaft, durch die Entscheidungsprozesse zu wichtigen Fragen der Bildungseinrichtungen laufen.

Die Agenda der wirtschaftlichen, sozialen, nachhaltigen und integrativen Entwicklung im Hinblick auf die Überwindung von Ungleichheiten und der Ausbau der Demokratie mit seinem Grundpfeiler der wachsenden Verbesserung der öffentlichen Bildung und anderer öffentlicher Politiken für die Emanzipation des brasilianischen Volkes werden nicht in Betracht gezogen.

Brasilien lebt heute, mitten im 21. Jahrhundert, im Zeitalter der Finsternis. ■

## Wie haben sich die zivil-militärischen Beziehungen in Brasilien seit der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti 2004 verändert?

Zunächst einmal muss gesagt werden, dass europäische oder nordamerikanische Konzepte von apolitischen Streitkräften nicht weiterhelfen, wenn wir die zivil-militärischen Beziehungen in Brasilien verstehen wollen. Zugespitzt gesagt wird in Europa und Nordamerika zumeist davon ausgegangen, dass ein ziviler Einfluss auf das Militär vorteilhaft ist, so zum Beispiel bei der Verbesserung der militärischen Ausbildung. In Brasilien aber gehen große Teile der Bevölkerung davon aus, dass die Zivilgesellschaft und auch die Politik viel vom Militär lernen könnte. Viele sehen die Streitkräfte als eine Art Heilsbringer, die beispielsweise weniger von Korruption betroffen seien als die Politik. Das Militär hat in der Geschichte Brasiliens immer eine wichtige Rolle gespielt. Zahlreiche Interventionen in politische Angelegenheiten verdeutlichen das Selbstverständnis des Militärs, eine Art Retter der Nation in Notsituationen zu sein.

## Militarisierung der Regierung?

Interview mit Christoph Harig\*

### Literatur

- PASSARELI, Hugo. 'Ideia de universidade para todos não existe', diz ministro da Educação. In: Valor Econômico. Online unter: <[www.valor.com.br/brasil/6088217/ideia-de-universidade-para-todos-nao-existe-diz-ministro-da-educacao](http://www.valor.com.br/brasil/6088217/ideia-de-universidade-para-todos-nao-existe-diz-ministro-da-educacao)>, aufgerufen am 18.5.2019.
- SAIBA Mais – Agência de Reportagem. Bolsonaro coloca executivo do mercado financeiro na Educação. Online unter: <[www.saibamais.jor.br/bolsonaro-coloca-executivo-do-mercado-financeiro-na-educacao](http://www.saibamais.jor.br/bolsonaro-coloca-executivo-do-mercado-financeiro-na-educacao)>, aufgerufen am 18.5.2019.
- BBC News Brasil. Quem é Abraham Weintraub, o novo ministro da Educação do governo Bolsonaro. Online unter: <[www.bbc.com/portuguese/brasil-47859934](http://www.bbc.com/portuguese/brasil-47859934)>, aufgerufen am 18.5.2019.

\* Maria Aparecida da Silva Fernandes ist Professorin am Instituto Federal de Educação, Ciência e Tecnologia do Rio Grande do Norte (IFRN, Bundesinstitut für Erziehung, Wissenschaft und Technologie von Rio Grande do Norte), Campus Parnamirim.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Monika Ottermann.

Präsident Lula hat es bei der Mission in Haiti verstanden, das Militär als ein Werkzeug der Außenpolitik zu nutzen. Die Militärs wiederum haben sich unter anderem über den internationalen Prestigegewinn gefreut. Unterschiedliche Auffassungen führten jedoch auch zu Spannungen: im Gegensatz zu vielen Diplomaten, die traditionelle Prinzipien der brasilianischen Außenpolitik mit ihrem Fokus auf humanitäre Hilfe und gewaltfreier Konfliktlösung betonten, übernahm das Militär gerne eine Führungsrolle bei zunehmend „robust“ mandatierten UN-Friedensmissionen. Die Regierung des damaligen Präsidenten Temer sagte eine weitere bereits versprochene Beteiligung an der „Stabilisierungsmission“ in der Zentralafrikanischen Republik aus finanziellen Gründen ab. Es ist jedoch zu bezweifeln, dass dies tatsächlich der alleinige entscheidende Grund für die Absage war. Klar ist aber, dass die Spannungen zwischen Diplomaten und dem Militär wiederauftauchen werden, sobald Brasilien wieder entscheiden muss ob es sich an einer UN-Stabilisierungsmission beteiligen soll.

Im Bereich der Rolle des Militärs im Innern ist es unverkennbar, dass die Streitkräfte in den vergangenen Jahren immer mehr für politische Zwecke benutzt wurden. Es ist aber wichtig, dies klar von den früheren Interventionen wie etwa dem letzten Militärregime abzugrenzen: Brasilien erlebt momen-

1 Anm. der Ü.: „petralhas“ ist ein Schimpfwort für Linke oder Leute, die dafür gehalten werden. Die Wortschöpfung verschmilzt „PT“ (Abkürzung der Arbeiterpartei) und „metralhas“ (eigentlich: Metallstückchen, z. B. wie in einer „metralhadora“, einem Maschinengewehr), dem brasilianischen Namen der Beagle Boys – den stupiden und immer erfolglosen „Panzerknackern“ aus Entenhausen (Walt Disney).

2 Anm. der Ü.: „Lava-Jato“, eigentlich die „Schnellwäsche“ für Autos, ist die Bezeichnung für die Operation zur Aufdeckung von Korruptionsskandalen, die seit 2014 brasilienweit läuft, und in deren Zusammenhang z. B. Lula seit mehr als einem Jahr im Gefängnis sitzt.

tan eine demokratisch kontrollierte (Re-)Militarisierung ziviler Bereiche, die letztlich den politischen Einfluss des Militärs erweitert. Die fragwürdigste Entwicklung der letzten Jahre ist die zunehmende Rolle der Streitkräfte in der öffentlichen Sicherheit. Zeitlich befristete Einsätze zur „Gewährleistung von Recht und Ordnung“ gab es schon seit den frühen 1990er Jahren. Die Lula Regierung hat allerdings die Büchse der Pandora geöffnet, als sie das Militär mit langfristigen Missionen im Vorfeld der Fussball Weltmeisterschaft und der Olympischen Spiele in Rio de Janeiro betraute. In Folge dessen wurden die politischen Forderungen nach solchen Militäreinsätzen immer lauter. Dies gipfelte 2018 in der Intervention der brasilianischen Bundesregierung in Rio de Janeiros Sicherheitsapparat, bei der Präsident Temer einem eher widerwilligen General die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit in Rio übertrug. Viele Offiziere sehen diese zunehmende Rolle innerhalb der öffentlichen Sicherheit, sowie die Einmischung in politische Belange im Zuge der Intervention in Rio, durchaus kritisch. Die Spannungen zwischen dem ehemaligen Heeresoberbefehlshaber Villas Bôas und dem aktuellen Vizepräsidenten General Mourão versinnbildlichen die Spannungen innerhalb des Militärs. Villas Bôas hat mehrfach die zunehmende Rolle in Fragen der öffentlichen Sicherheit kritisiert und davor gewarnt, das Militär in die politische Polarisierung des Landes hineinzuziehen.

Er trat trotz einer schweren Krankheit nicht von seinem Posten zurück, weil er offensichtlich Angst hatte, dass sein etwaiger Nachfolger diesen Kurs gefährden könnte. Obwohl er stets die angebliche Neutralität des Militärs betonte, kommentierte er bis zum Ende seiner Amtszeit im Januar 2019 immer öfter politische Angelegenheiten und wurde so zunehmend selbst als politischer Akteur wahrgenommen.

General Mourão heizte den Konflikt an, als er 2017 öffentlich über die Möglichkeit einer militärischen Intervention spekulierte falls das politische System nicht in der Lage sei, sich von korrupten Politiker\*innen zu befreien. Der damalige Verteidigungsminister Jungmann wollte einem Konflikt mit dem Militär aus dem Weg zu gehen und äußerte sich nicht öffentlich zu der Angelegenheit. Er überließ es dem Oberbefehlshaber Villas Bôas über eine Entlassung von General Mourão zu entscheiden. Villas Bôas wollte aber General Mourão nicht zu einem Helden für die Interventionisten machen und verzichtete auf eine Bestrafung. Stattdessen verkündete Villas Bôas, dass General Mourão sich in Zukunft nicht mehr politisch äußern würde. Vizepräsident Mourão, der heute als moderierender Einfluß in der Regierung Bolsonaros beschrieben wird, missachtete jedoch die Autorität seines Vorgesetzten und kritisierte Temer öffentlich.

Bei der Zeremonie zur Verabschiedung aus dem aktiven Militärdienst forderte Mourão, dass korrupte Politiker\*innen wie Präsident Temer aus dem öffentlichen Leben verschwinden müssten. Dies steigerte seine Popularität unter den Interventionisten. Um jene radikale Stimmen außerhalb und in den Reihen des Militärs zum Schweigen zu bringen, tweetete Villas Bôas kurz vor einer Gerichtsentscheidung zur eventuellen Freilassung Lulas im April 2018, dass das Militär Strafflosigkeit prinzipiell ablehnen würde. Seine vage Formulierung ließ sich durchaus als Androhung einer militärischen Intervention interpretieren. Villas Bôas hat seinen Verantwortungsbereich mit seinem Kommentar zu einer richterlichen Entscheidung klar überschritten, aber er vollführte einen schwierigen Balanceakt. Später gab er zu, dass er ohne diesen Kommentar die angespannte Stimmung innerhalb des Militärs womöglich nicht länger hätte kontrollieren können. Obwohl Villas Bôas die von ihm propagierte Neutralität der Streitkräfte der Lächerlichkeit preisgab, muss anerkannt werden, dass es ihm gelang, interne Konflikte im Heer zu befrieden. Die Beziehung zwischen Villas Bôas und General Mourão verdeutlicht jedoch die Abhängigkeit der brasilianischen Demokratie vom Verhalten der Streitkräfte. Man muss keine europäischen oder nordamerikanischen Standards von zivil-militärischen Beziehungen anlegen um dies als ein großes Problem einzuordnen.

#### **Wie schätzen Sie den Umgang der Regierung Bolsonaro mit Militäreinsätzen im Rahmen der öffentlichen Sicherheit ein?**

Bolsonaro hat im Wahlkampf gefordert, dass Sicherheitskräfte nicht für im Dienst begangene Verbrechen angeklagt werden können. Deshalb wird er sehr zurückhaltend damit sein, weitere interne Militäreinsätze anzuordnen, solange der Kongress diese Forderung nicht umgesetzt hat. Die aktuellen Gesetzesentwürfe des Justizministers Moro könnten dieses Hindernis allerdings bald aus dem Weg räumen.

Die Forderung nach strafrechtlicher Immunität ist auch unter den Soldaten und Offizieren sehr populär. Einsatzregeln bei der UN-Mission erlaubten den Einsatz tödlicher Gewalt gegen Verdächtige, was viele Offiziere als unabdingbar im Kampf gegen bewaffnete Gruppen betrachteten. Zudem drohte Truppen in Haiti keine Strafverfolgung bei eventuellen Vergehen, wenn sie die jeweils geltenden Einsatzregeln befolgten. Wenn es darum geht, zwischen dem Schutz Unschuldiger und dem Sieg über den Gegner abzuwägen, akzeptieren viele Angehörige der Armee im Zweifel das Risiko, möglicherweise Unschuldige zu töten. Politiker\*innen sowie Generäle mit Einsatzerfahrung in Haiti, die mittlerweile Teil der Regierung sind, befürworteten ein der UN-Mission in Haiti ähnelndes Mandat

**Ato Ditadura Nunca Mais Belo Horizonte (MG) 31/03/2019**

Foto: Mídia NINJA (CC BY-NC-SA 2.0)



für die Streitkräfte bei Militäreinsätzen in Rio de Janeiro.

Die Armee ist sich allerdings auch der Gefahren interner Einsätze bewusst. So wurden an nur einem Tag im August 2018 drei Soldaten während des Einsatzes tödlich verletzt. Es ist naheliegend, dass Generäle weitere Verluste vermeiden wollen. Ebenso befürchten sie, dass etwaiger „Kollateralschaden“ unter der Zivilbevölkerung in einem public-relations Desaster enden könnte. Das jüngste Beispiel der Tötung zweier Unschuldiger durch eine Armee-Patrouille, die über 200 Schuss auf ein Auto in der Nähe einer Kaserne in Rio abfeuerte, wäre hier nur ein Beispiel. Es ist also durchaus denkbar, dass sie sich gegen weitere Beteiligungen des Militärs an internen Missionen aussprechen. Angesichts der guten Verbindungen von aktiven Militärs und Reserveoffizieren in der Regierung ist es nicht unwahrscheinlich, dass sie einen großen Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung in diesem Bereich haben – vielleicht sogar einen größeren Einfluss als in vorherigen Regierungen. Wir können mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass Bolsonaro mögliche Bedenken seitens der Militärs nicht so einfach beiseite wischen kann wie sein Vorgänger Temer. Die starke Präsenz von Militärs in der Regierung könnte also paradoxerweise dazu führen, dass es zu weniger Einsätzen des Militärs im Bereich der öffentlichen Sicherheit kommt. Das würde die These der Literatur im Bereich zivil-militärischer Beziehungen stützen, dass Generäle manchmal zurückhaltender gegenüber dem Einsatz militärischer Gewalt sind als zivile Regierungen. Begründet wird die These damit, dass Politiker\*innen oftmals das Verständnis für die Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Mission fehlt – ein Problem das im aktuellen Kabinett sicherlich nicht besteht.

Ob das Militär in öffentlicher Sicherheit involviert sein wird oder nicht – ich gehe davon aus, dass der Kurs in Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit brutaler wird. Die in der UN-Mission erprobten Methoden, wie zum Beispiel Scharfschützen aus der Distanz Verdächtige erschießen zu lassen, müssen nicht notwendigerweise vom Militär angewendet werden. Das können auch die bundesstaatlichen Polizeieinheiten umsetzen, was deren Einsatz noch tödlicher macht als er ohnehin schon ist. Der neue Gouverneur Rio de Janeiros, Wilson Witzel, propagiert beispielsweise eine Sicherheitspolitik der harten Hand und hat bereits den Einsatz von Scharfschützen durch die Polizei zugegeben.

**Eine Umfrage vom Juni 2018 von Datafolha zeigt, dass Brasilianer\*innen politischen Parteien (32 %), dem Nationalkongress (33%) oder dem Präsidenten (36 %) kaum vertrauen. Den Streitkräften wird mit 78% sehr viel mehr Vertrauen entgegengebracht. Hat dieses feh-**

**lende Vertrauen eine Rolle gespielt bei den Wahlen 2018?**

Matias Spektor hat richtigerweise festgestellt, dass Bolsonaro die allgemeine Unzufriedenheit mit Institutionen genutzt hat, indem er sich dem noch bestehenden Vertrauen in die Streitkräfte bedient hat. Während meiner Feldforschung kritisierten nicht wenige aktive Militärs dieses Verhalten des damaligen Abgeordneten und bezeichneten Bolsonaro zudem als einen schlechten Offizier. Sie beklagten den Missbrauch des Militärs für seine politischen Zwecke und das noch lange bevor er seine Kandidatur als Präsident verkündete.

Das Militär genießt in den meisten Ländern der Welt eine hohe Anerkennung, was nicht grundsätzlich etwas Schlechtes ist. Das Problem in Brasilien ist das erodierende Vertrauen in viele andere Institutionen. Angesichts der Verbindungen der Bolsonaro Familie zu Milizen sowie Ermittlungen gegen seinen Sohn wegen Geldwäsche gehe ich davon aus, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen nicht wachsen wird. Weil es den linken Parteien bisher nicht gelungen ist, eine kohärente Opposition zu bilden, hoffen viele Gegner der Regierung auf das Militär. Für viele gilt das Militär als Bollwerk gegen den Einfluss von Bolsonaros Söhnen und diejenigen Regierungsmitglieder, die dem Verschwörungstheoretiker und YouTube-Philosoph Olavo de Carvalho folgen. Berichte, dass die Generäle kontroverse außenpolitische Entscheidungen wie die Verlegung der Botschaft in Israel nach Jerusalem blockierten oder eine etwaige Beteiligung Brasiliens an einer Militärintervention in Venezuela vehement ablehnten, werden von Teilen der Öffentlichkeit wohlwollend aufgenommen.

Jedoch sind die Standards so tief gesunken, dass sich Vizepräsident Mourão sehr erfolgreich als vernünftiger Staatsmann präsentieren kann, obwohl er noch vor Kurzem Militärinterventionen in der Politik befürwortete, sich über Anweisungen seines Vorgesetzten hinweggesetzt hat und einen Folterer öffentlich als Vorbild pries.

Es wäre allerdings naiv, die Risiken dieser Entwicklung zu ignorieren. Wie bereits oben beschrieben existiert bereits das Bild des Militärs als Retter der Nation in der Krise. Diese historisch gewachsene paternalistische Beziehung, nach der vermeintlich kompetente Militärs das Land vor inkompetenten und korrupten Politiker\*innen retten, verfestigt sich momentan immer mehr. Dies könnte den politischen Einfluss des Militärs weiter vergrößern.

**Mindestens acht Militärangehörige bekleiden hochrangige Posten in der Bolsonaro Regierung – so viele wie noch nie seit dem Ende des Militärregimes. Erwarten Sie eine aktivere Rolle der Streitkräfte in der brasilianischen Politik?**

Trotz der großen Anzahl von Reservegenerälen in der Regierung halte ich die Unterscheidung zwischen der Institution des Militärs und den Einzelpersonen für sehr wichtig. Ich sehe kein gesteigertes Interesse seitens der Institution, sich tiefer in die Politik einzumischen und damit stärker im Fokus des öffentlichen Interesses zu stehen. Bisher konnten die Militärs beispielweise erfolgreich gegen eine Veränderung im Rentensystem der Streitkräfte vorgehen. Mit ihrer aktiven Beteiligung in der Bolsonaro Regierung werden diese Privilegien stärker hinterfragt. Öffentliche Kritik an einer etwaigen Vorzugsbehandlung der Streitkräfte könnte also schärfer werden, als wenn das Militär sich etwas mehr von der Regierung distanziert hätte.

Ob die aktiven Soldaten das mögen oder nicht – die hohe Anzahl von Reservegenerälen in der Regierung verbindet die Streitkräfte unweigerlich mit der Regierung Bolsonaros. Die Nominierung eines aktiven Generals als Regierungssprecher ist besonders problematisch, weil es die Verschmelzung zwischen der Regierung und dem Militär illustriert. Manche Reserveoffiziere beteiligen sich aus Loyalität an der Regierung. Manche mögen das als ihre Pflicht verstanden haben. Wieder andere sind nur in die Politik gegangen, um Schlimmeres zu verhindern. Viele aktive Soldaten sind aber auch offene Unterstützer des Präsidenten, weil sie ihm ideologisch nahestehen. Alle Aktivitäten der Regierung werden zumindest in Teilen auf das Militär zurückfallen. Diese engen Verbindungen bringen Möglichkeiten aber auch Risiken. Einerseits können durch den direkten Draht die Interessen und Privilegien des Militärs besser durchgesetzt werden. Andererseits wird das Prestige des Militärs mit jedem Skandal oder Fehler der Regierung leiden. Ich gehe nicht davon aus, dass die Reservegeneräle notwendigerweise eine kohärente politische Agenda verfolgen. Sie teilen gemeinsame Werte, stimmen aber nicht in allem überein. So ist der Vizepräsident zum Beispiel bereit, den traditionellen militärischen Protektionismus aufzugeben und eine marktliberalere Wirtschaftspolitik zu unterstützen. ■

\* Christoph Harig forscht an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg. Er hat am King's College London im Fach Security Studies promoviert. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich internationaler Beziehungen und Sicherheit. Insbesondere konzentriert er sich auf Regionalmächte, zivil-militärische Beziehungen und Militärsoziologie. Das Interview erschien zuerst bei E-International Relations.

> Gekürzt und übersetzt aus dem Englischen von Fabian Kern.  
Original: <https://www.e-ir.info/2019/03/14/interview-christoph-harig/>

**Inzwischen** wurden tausende von Nachrichten über die dubiosen Finanztransaktionen von Flavio Bolsonaro, Senator und Sohn des Präsidenten Jair Bolsonaro veröffentlicht. Der Präsidentensohn wird auch in Verbindung mit der Tötung von Marielle Franco und Anderson Gomes gebracht. Vielleicht sollten wir aber zuerst über die Miliz aufklären, die regelmäßig erwähnt wird und vom Bolsonaro-Clan vereidigt wurde.

## **Das Rätsel um die Bolsonaro-Familie Und ihre Verstrickung mit Milizionären und die Ermordung von Marielle Franco**

von Fabiana Kuriki\*

### **Die Miliz**

Die Miliz ist der Staat. Diese Aussage stammt von José Claudio Souza Alvez, Soziologe und früherer Konrektor der Staatlichen Ländlichen Universität von Rio de Janeiro (UFRRJ), der seit 26 Jahren zu Milizen recherchiert. Im Interview mit Agência Pública<sup>1</sup> erläutert Alvez den Einsatz von Familienmitgliedern der Milizionäre in den Stadtrats- und Abgeordnetenbüros: Dadurch bildet sich eine Macht-und-Geld-Verbindung.

Eine Aktivistin von Manguinhos, deren Neffe von der Miliz umgebracht wurde, kennt die Struktur dieser paramilitärischen Gruppen gut. Die Milizen kontrollieren gegen Bezahlung öffentliche Dienstleistungen wie Trinkwasser, Müllentsorgung, Grundstücke und auch Sicherheit, weil sie gleichzeitig Staatsbedienstete sind. „Mein Neffe wollte die Milizgebühr nicht mehr bezahlen, deshalb wurde er umgebracht“. Die Miliz kauft auch die Stimmen ganzer Gemeinden, und sie sind in der Lage festzustellen, wer nicht den Milizkandidat wählte.

Eine von der Website G1<sup>2</sup> veröffentlichte Datenerhebung mit Informationen von der Staatsanwaltschaft, Zivilpolizei, dem Staatssekretariat für Sicherheit und IBGE (Brasilianisches Institut für Geografie und Statistik) zeigt, dass 37 Stadtteile und 165 Favelas in Rio de Janeiro im Jahr 2018 von den Milizen besetzt wurden. Das bedeutet, dass zwei Millionen Einwohner unter ihrer Kontrolle sind.

### **Hatte die Miliz mit der Ermordung der Stadträtin Marielle Franco zu tun?**

Im seinem Interview mit El País<sup>3</sup> hat José Claudio Souza Alves eine Vermutung über die Verbindung der Miliz mit dem Mordfall von Marielle Franco geäußert. Die Umstände des Verbrechens sowie der Ablauf ähneln dem Miliz-Verhalten. Die Stadträtin war eine Bedrohung für die Miliz, weil sie eine Un-



tersuchung des Amtsmissbrauchs von Polizist\*innen beantragte und damit Aufmerksamkeit auf das Problem lenkte.

Der Soziologe erwähnt noch zwei Beispiele, die das Verhalten der Miliz illustriert. Die Staatsanwältin Tânia Maria Sales Moreira wurde aufgrund einer Verurteilung von 27 Mördern in Baixada Fluminense mit Gewalt bedroht. Im Jahr 2011 wurde die Richterin Patricia Acioli, die 60 Milizionäre für schuldig erklärte, mit 21 Schüssen umgebracht.

Die entscheidenden Indizien für die Verbindung der Bolsonaro-Familie mit dem Mordfall Marielle Franco sind folgende:

### **1. Vater und Sohn sprachen Unterstützung und Sympathie für die Miliz aus**

Im Jahr 2007 stimmte Flávio Bolsonaro gegen den Miliz-Untersuchungsausschuss. Ein Jahr später behauptete er in einer öffentlichen Sitzung, dass die Einwohner\*innen in von Milizen dominierten Stadtteilen glücklich seien, weil sie mit Sicherheit rechnen könnten. Die Aussage wird im Protokoll der Tagesordnung zum Beschluss des Projektes 626/2008<sup>4</sup> dokumentiert.

In seiner Erwiderung auf den Schlussbericht<sup>5</sup> über den Miliz-Untersuchungsausschuss äußerte Präsident Jair Bolsonaro, 2008 noch Abgeordneter, dass „man die Miliz nicht generalisieren kann“. Diese Aussage fiel im Zusammenhang mit einer Anklage von 266 verdächtigen Personen - darunter auch Politiker\*innen - aufgrund ihrer Verbindungen mit paramilitärischen Gruppen in Rio de Janeiro, die die Parlamentarische Untersuchungskommission beantragte.

### **2. Von Flávio Bolsonaro ausgezeichnete Köpfe der Miliz**

Im Januar 2019 verhafteten die Zivilpolizei und die Staatsanwaltschaft von Rio de Janeiro die verdächtigen Köpfe der Miliz, die das Gebiet Rio das Pedras und Muzema dominieren.

Roland Paulo Alves Pereira<sup>6</sup> wurde von Flávio Bolsonaro mit einem Ehrenzeichen ausgezeichnet. Der Major der Militärpolizei, gegen den als Täter eines Massakers von fünf Menschen im Jahr 2003 ermittelt wird, ist als Chef der Miliz von Muzema angeklagt.

Der andere mutmaßliche Kopf der Miliz ist Adriano Magalhães da Nóbrega. Der Ex-BOPE-Chef (Bataillon für spezielle Polizeioperationen) wurde von der Militärpolizei aufgrund seiner Beziehung zu Verbrechergruppen in Rio de Janeiro entlassen. Er steht im Verdacht, zu den Köpfen des Todesschwadrons «Escritório da Morte» (Büro des Todes) zu gehören. Laut The Intercept<sup>7</sup> wurde der Ex-Polizist von sechs Zeugen in der Mordsache Marielle Franco erwähnt. Nóbrega wurde von Flávio Bolsonaro die Tiradentes-Medaille, die höchste Auszeichnung des Landesparlaments<sup>8</sup> von Rio de Janeiro, verliehen.

Das «Büro des Todes» ist eine Einsatzgruppe, die mit der Miliz zusammenarbeitet. Die Polizei untersucht die Beteiligung dieser Gruppe am Attentat von Marielle, und ob es ein Auftrags-

mord der Miliz in Rio das Pedras war.

### **3. Flávio Bolsonaro und die Familie von Ariano Magalhães da Nóbrega**

Bis November 2018 beschäftigte Flávio Bolsonaro die Mutter und die Ehefrau<sup>9</sup> von Adriano Magalhães da Nóbrega in seinem Abgeordnetenbüro. Raimunda Veras Magalhães, die Mutter, und Danielle Mendonça da Costa da Nóbrega, die Ehefrau, waren als Beraterinnen angestellt.

Neben dem Beschäftigungsverhältnis zu den Verwandten von Nóbrega gibt es weitere Verbindungen, die von der staatlichen Behörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (COAF) festgestellt wurden.

### **4. Die Verbindungen zwischen Fabrício Queiroz, Jair Bolsonaro, Flávio Bolsonaro und der Mutter von Adriano Magalhães da Nóbrega**

Fabrício Queiroz ist ein pensionierter Militärpolizist, seit 30 Jahren ein Freund von Präsident Jair Bolsonaro, ehemaliger Chauffeur und Assistent seines Sohnes Flávio. Laut eines Berichts von COAF (Behörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität) verzeichnete das Bankkonto von Queiroz einige untypische Transaktionen in Höhe von R\$ 7 Millionen innerhalb von 3 Jahren. Eine Summe die nicht im Verhältnis zu seiner Tätigkeit als Chauffeur steht.

Raimunda, die Mutter des flüchtigen Ex-BOPE-Chefs Adriano Magalhães da Nóbrega, überwies ungewöhnlich viel Geld an Fabrício Queiroz. Zusätzlich ist sie Geschäftspartnerin eines Restaurants neben einer Bankfiliale, über die zwischen 2016 und 2017 achtzehn Bargeldeinzahlungen auf Queiroz's Konto gemacht wurden.

Unter den Banktransaktionen auf Queiroz Konto gibt es einen Scheck in Höhe von R\$ 24.000 an Michelle Bolsonaro, die brasilianische First Lady. Der brasilianische Präsident begründete den Betrag als geliehenes Geld für den Freund, obwohl die Schuld nie in seiner Steuererklärung angemeldet wurde.<sup>10</sup>

### **5. Der Nachbar von Jair Bolsonaro wurde aufgrund der Ermordung von Marielle Franco verhaftet**

Am 12. März 2019 wurden Ronnie Lessa und Élcio Queiroz festgenommen.<sup>11</sup> Ronnie Lessa, pensionierter Polizist und mutmaßliches Mitglied der Miliz in Rio de Janeiro, ist wegen Mordverdachts verhaftet worden. Er soll die Stadträtin Marielle Franco mit vier Kopfschüssen in ihrem Auto exekutiert haben. Lessa, der eine lange Liste von Beteiligungen an Verbrechen hat, war auch Nachbar des Präsidenten. Er wohnt in dem gleichen wohlhabenden Hochhaus-Komplex, in dem Jair und Flávio Bolsonaro ihre Wohnungen haben. Bei den Verbindungsmännern von Lessa stellte die Polizei 117 Sturmgewehre M16 sicher. Das war der größte Waffenfund bei einer Privatperson in Rio de Janeiro.



und traditionelle Völker und Gemeinschaften. Ich war unter den Tausenden von Menschen, die 2007 in Sobradinho mit Dom Luís fasteten und beteten. Damals wie heute berührt mich die Wirkung dieses Protestes: aus der ganzen Welt erreichten uns in diesem Hinterland Bahias die Solidarbriefe, auch von Gemeinden, Vereinen, Netzwerken etc. im deutschsprachigen Raum.

Hungerstreiks wie diese, initiiert und mitgetragen von brasilianischen Katholikinnen und Katholiken, zeigen mir, ungeachtet von der Zunahme der Evangelikalen Kirchen und der schrumpfenden Zahlen in katholischen Reihen, dass in Brasilien der katholische Glaube ein Glaube an der Seite der Armen ist. Es stimmt: laut offiziellen Angaben des IGBE (Brasilianisches Institut für Geographie und Statistik) waren im Jahr 1970 noch 91,8 % katholischen Glaubens, 1991 noch 83 %, im Jahr 2000 lag der Anteil nur noch bei 73 %, 2010 wohl nur noch 64,6 %<sup>1</sup> und heute gibt es ca. 125 Millionen Brasilianer\*innen, sprich kaum 60 %, die sich „katholisch“ nennen - in ca. 275 Bistümern und Prälaturen mit über 478 Kardinälen, Erzbischöfen (10), Bischöfen und Weihbischöfen (68) neben weiteren emeritierten Bischöfen. Doch die Statistik ist eine Sache, die Analyse derselben eine andere. Roberto Saraiva, der Koordinator der Katholischen Fachstelle für Migrant\*innen (Serviço Pastoral dos Migrantes – SPM) meint dazu: „In den letzten 20 Jahren wurde in den Medien betont, dass die katholische Kirche etwa 18 % Gläubige verloren hat. Welche Relevanz hat dies? Die Zahlen gehen zurück und eine Reihe von Erklärungsmodellen können erstellt werden, bis hin zu der Theorie, dass die katholische Kirche in sich zusammenbricht. Konzentrieren wir uns auf Zahlen, folgen wir der Logik des Marktes. Wir beurteilen die Bedeutung von Kirche anhand von Menschenmassen, ähnlich wie es der mediale Pentekostalismus handhabt, diesem geht es um individuelles Heilen, aber nicht um eine kollektive, politisch motivierte Veränderung, die sich am Leben Jesu inspiriert und die derzeitigen Zusammenhänge kritisch hinterfragt.“ Saraiva, zusammen mit seiner SPM, organisiert am jährlichen Unabhängigkeitstag, dem 7. September, den sogenannten „Schrei der Ausgegrenzten“ (Grito dos Excluídos), der bereits im Jahr 1995 durch die Brasilianische Bischofskonferenz (CNBB) ins Leben gerufen wurde. Die Organisator\*innen machen landesweit im Rahmen von Protestmärschen auf die Missstände in der brasilianischen Gesellschaft aufmerksam. Vielleicht gilt es gerade in Zeiten wie diesen, solche mittlerweile etablierte Aktionen auch auf internationaler Ebene mehr zu stärken und zu nutzen.

Wie vital nach wie vor das Aktivistenherz dieses Teils der katholischen Kirche schlägt, wurde zuletzt im Juli/August 2018 deutlich: der Franziskanerbruder Sérgio Górgen und sechs

Mitstreiter\*innen setzten mit ihrem 26-tägigen Hungerstreik ein Zeichen für die Demokratie und gegen eine Justiz, die die öffentliche Meinung ignoriert und die brasilianische Verfassung willkürlich auslegt. Die zunehmende Ungleichheit in Brasilien, der Verlust an sozialen und demokratischen Rechten und die offensichtlich politisch motivierte Inhaftierung des Ex-Präsidenten Lula da Silva waren nur einige Triebfedern für diesen Hungerstreik.

Darüber hinaus sind es Begegnungen, wie beispielsweise die mit Dom Luciano Mendes (+2006), Dom Paulo Evaristo Arns (+2016) sowie seiner im Erdbeben in Haiti verstorbenen Schwester, Frau Dr. Zilda Arns Neumann (+2010) und Dom Pedro Casaldaliga in São Felix do Araguaia, die mir zeigen, dass die aktive Rezeption der christlichen Botschaft und das Handeln im Hier und Jetzt durchaus möglich sind. Aber auch weniger renommierte Persönlichkeiten wie all die Partner, die in KoBra-Kreisen längst bekannt sind, zeugen von einem Katholizismus, der Brasilien in diesen Krisenzeiten nicht nur überleben wird, sondern auch mitzugestalten sucht. Dom Erwin Kräutler, der in seinen Büchern immer wieder betont hat, wie wichtig der CIMI in der Konstruktion der Verfassung von 1988 war, engagiert sich unermüdlich für die Gestaltung eines neuen Brasiliens, trotz und gerade wegen der derzeitigen Herausforderungen. Die konstanten Bespitzelungen und Ermahnungen, wenn nicht sogar Bedrohungen seitens der Behörden halten ihn nicht davon ab, im Rahmen der Vorbereitung und schließlich Durchführung und Umsetzung der Synode für Amazonien (Rom, 06.-25.10.2019) immer wieder eine Stimme der Indigenen und Ausgegrenzten zu sein. Er weist nicht nur auf deren Rechte hin, hier insbesondere die Artikel 231 und 232 der brasilianischen Verfassung, sondern plädiert auch für den Erhalt der indigene Kulturen. Der Xingu-Bischof, wie Kräutler auch gerne genannt wird, betont immer wieder die Wichtigkeit, von den indigenen Völkern zu lernen und ihre jahrtausendealten Kenntnisse zu achten. Als Träger des Alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award, 2010) und profunder Kenner der brasilianischen Kirche setzt er sich für eine Erneuerung der katholischen Strukturen, die Aufhebung des Zölibats, die Stärkung der indigenen Ortskirchen und -theologien sowie den Kampf gegen Großprojekte wie Belo Monte ein.

Unter den Akademiker\*innen wächst eine Generation heran, die nicht nur in Brasilien, sondern in ganz Lateinamerika und auch in Europa die Ökotheologie und die feministische Theologie vorantreiben. Allen voran der Salesianer Prof. Dr. Afonso Murad, der mich bereits 2010 über den Dialog zwischen Glaube und Ökologie lehrte. Sein Engagement für die Bewahrung der Schöpfung und nicht nur in Wort, sondern auch Tat,



CPT Nordeste - Romaria da Terra e dos/as mártires  
Foto: CPT

zeigen sich in seiner Präsenz in sozialen Medien, bei Veranstaltungen wie „50 Jahre Medellín 1968-2018“ (Medellín verstanden als die Vollversammlung lateinamerikanischer Bischöfe nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil, 1962-1965) sowie seine besonders kreative Art und Weise, in der er unterrichtet. Regelmäßige Exkursionen sind Standardprogramm, so fand sein Kurs in São Paulo im Botanischen Garten und im Ipiranga-Park statt und nicht im Fakultätsgebäude von ITESP. Von einer nachhaltigen Lebensweise, basierend auf der Philosophie von Fritjof Capra mit seiner „ökologischen Alphabetsierung“, betont Murad die Wichtigkeit, sich als Teil der Schöpfung zu betrachten und uns als solche auch zu erfahren. Während meiner letzten Dienstreise im April 2019 wurde mir die Sehnsucht nach dem Aufleben eines engagierten brasilianischen Katholizismus bestätigt. Im Dialog mit der oben genannten Migrantenpastoral meinte Roberval Freire, theologischer Berater der SPM und Projektkoordinator: „Wir blicken auf viele Märtyrer und Märtyrerinnen, hatten an unserer Seite viele Kämpfer und Kämpferinnen. Das *vida inserida*, die kirchlichen Basisgemeinden (Comunidades eclesiais de Base – CEBs) und die Menschenrechtsarbeit neben Protestbewegungen und einer Bibelauslegung im jeweiligen Lebenskontext prägte uns. Nicht selten war die CNBB prophetisch. Theolog\*innen und Exeget\*innen reflektierten über diese Glaubenspraxis und waren Lehrbeauftragte in den Universitäten. Ein großer Teil der Sozialbewegungen war Folge dieses Engagements in Brasilien als auch in Lateinamerika.“ Roberval zählt schließlich die Faktoren auf, die zum Wandel in der katholischen Kirche führten: „Der konservative Wind brach die Wirbelsäule dieser volksnahen Struktur und unseres Dienstes an den Armen. Die Vertreibung progressiver Bischöfe, die Teilung und Spaltung der Diözesen wie z. B. der Erzdiözese von São Paulo, die Nominierungen konservativer

Bischöfe, die Förderung der charismatischen Bewegungen, die konservative Neuausrichtung der Ausbildung von Seminaristen und nicht zuletzt die massiven Angriffe auf die Befreiungstheologie, vor allem seit der Veröffentlichung der ‚Instruktion über einige Aspekte der Befreiungstheologie‘ seitens der Kongregation für die Glaubenslehre, damals unter der Leitung von Josef Ratzinger, mit der Reduktion dieser Theologie auf die marxistische Lehre (1984).“

Laut Roberval war das Ergebnis weitaus schlimmer als erwartet: die katholische Kirche wandte sich von den Armen und Ausgegrenzten, von den diskriminierten und marginalisierten Menschen ab. Sie richtete ihren Blick nach innen und befasste sich nunmehr mit liturgischen Vorschriften, mit Fernsehschows und belehrenden Radioprogrammen, mit Sängerpriestern und Großevents: „Die heißen Themen kehrt diese Kirche jedoch bis heute unter den Teppich: Zölibat, Frauen und Laien in der Kirche, klerikale Macht, Homosexualität, Abtreibung, Pädophilie, usw.“

Mit großem Aufwand kämpft Roberval zusammen mit einem „winzigen sozialen Sektor der katholischen Kirche um die Rechte der Entrechteten und für eine katholische Kirche, die sich engagiert“, einem – wie wir es nennen können – „heiligen Rest“ (s. Jesaja 4,3). Roberval sieht in der Struktur der gegenwärtigen Kirche das Hauptproblem: „die Kollegialität der Bischöfe und die Bischofskonferenzen haben weniger Einfluss auf und somit weniger Macht über die Lokalkirche als der Vatikan, an dessen Spitze zwar ein durchaus offener, den Armen und der Umwelt zugewandter Papst sitzt, der jedoch einen starken Widerstand aus den eigenen Reihen erfährt.“

Zwei gute Beispiele aufrechter Menschen, die diesen Gegenwind zwar zu spüren bekamen, sich aber nicht haben einschüchtern lassen, sind Leonardo Boff und Ivone Gebara. Für ihre Veröffentlichungen wurde ihnen seitens der Glaubens-

kongregation bzw. unter Druck derselben auf die Ordenskongregation von Sr. Ivone ein sogenanntes Bußschweigen auferlegt. Doch bis heute schweigen sie nicht, sondern publizieren ihre befreiungstheologischen Studien weiter. Ihre Kalender füllen sich mit Inputs auf Kongressen, Teilnahme an Podiumsdiskussionen und Lehrveranstaltungen an Universitäten. Dank sozialer Medien sind ihre Artikel mit ihrem ganzheitlichen Ansatz weit verbreitet. Boffs Menschenrechtszentrum in Petrópolis, Misereor-Partner seit vielen Jahren, ist ihm bei der Erstellung von Videobotschaften behilflich. So entlarvte er die Fake-News des Wahlkampfs 2018 und kämpft unerlässlich für ein Christentum im Sinne der Erd-Charta und der Enzyklika *Laudato Si'*.

Und somit definiert sich das „katholisch Sein“ über viele Kategorien hinweg. Die Fans des Sängerpriesters Marcelo Rossi, dessen Stil eher dem evangelikalem ähnelt, sind weit entfernt vom Kreis der SPM, dessen Resilienz, Tiefe und Wissen beeindrucken. Roberto Saraiva berichtet vom kritischen Lesen und Auslegen der Bibel in Gemeinschaft, vom kollektiven Feiern der Eucharistie im jeweiligen Lebenskontext der Migration und Flucht und von einer - wie er es nennt - „inkarnierten Spiritualität“, die eine direkte Beziehung zwischen gelebtem Glauben und der jeweiligen Lebenssituation der Menschen herstellt. Dies steht im krassen Gegensatz zu z. B. dem Glauben, der sich innerhalb der Wände von Bonzen-Bauten wie dem Salomo-Tempel der evangelikalen „Universalkirche vom Reich Gottes“ (Igreja Universal do Reino de Deus - IURD) abspielt. Der Ex-Katholik und ehemalige Lotterieverkäufer Edir Macedo wurde schnell zum selbsternannten Bischof in der oben genannten Kirche und mit seinem Medienunternehmen Rede Record zum Milliardär. Trotz der zahlreichen Anklagen wegen Spendenveruntreuung und illegaler Adoption sowie Entführung von Kindern<sup>2</sup> übt er einen großen Einfluss auf brasilianische Politiker\*innen aus. Seine Kirche hat heute nach eigenen Angaben neun Millionen Anhänger\*innen in über 182 Ländern mit 320 Bischöfen. Der Bürgermeister von Rio de Janeiro, Marcelo Crivella, gehört neben vielen Abgeordneten der Partido Republicano Brasileiro (PRB) seiner Kirche an. Laut des IBGE macht Macedos Kirche zusammen mit anderen Evangelikalen Konfessionen insgesamt 22 % der Gläubigen in Brasilien aus, Tendenz steigend<sup>3</sup>.

Ich persönlich gebe meine Frustration im Dialog mit evangelikalen Kirchen wie auch mit der IURD zu. In meinen zwölf Jahren in Brasilien, insbesondere im Kontext der Gewalt gegen Jugendliche und Frauen, deren Söhne und Töchter ermordet wurden, vermochte ich es nicht, eine konstruktive Arbeit mit der lokalen IURD aufzubauen, während es mir z. B. gelang, die regelmäßigen ökumenischen Fastenaktionen auf lokaler

Ebene erfolgreich umzusetzen. Mit den lutherischen Kirchen Brasiliens, den Baptist\*innen, Anglikaner\*innen, Methodist\*innen etc. gab es stets gemeinsame Liturgien und auch soziopolitische Kampagnen und Aktionen. Die Konstruktion einer gemeinsamen Sozialarbeit und Kommunikationsstrategie mit den Evangelikalen, wie der IURD, gestaltet sich aufgrund ihrer reaktionären theologischen Gesinnung sowie rechtskonservativen Ausrichtung schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Wenn wir auch eine gemeinsame Sprache sprechen, nämlich Portugiesisch, so scheint es doch keine gemeinsame Basis zu geben.

Im Gegensatz zu diesen stark polarisierenden und ausgrenzenden religiösen Strömungen gibt es eine katholische Kirche, zu der Roberto und Roberval gehören: diese schließt inhaftierte Arbeiter\*innen und straffällig gewordene Jugendliche in ihrer extremen Verletzlichkeit ein. In ihrem Kreis sitzen Indigene und Transmenschen, Menschen aller Rassen und geschlechtlicher Orientierung. Sie eint der Kampf gegen Ungerechtigkeit, und wie Roberto sagt: „uns nährt die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben für alle, auf eine organisierte Mehrheitsgesellschaft, in der Menschenrechtler\*innen und Aktivist\*innen zusammen mit staatlichen Behörden sich für das „Recht auf Stadt“ einsetzen. Unsere Kirche investiert in die Ausbildung der Laienpädagog\*innen, die am politischen Leben teilnehmen und sich auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene engagieren. Inspiriert durch die Bibelerzählungen gehen wir auf Migrant\*innen zu, fördern die Inklusion von Vertriebenen und suchen selbstkritisch, die katholische Kirche zu erneuern. Es ist eine Kirche, die gerade heute ihre innersten Widersprüche debattiert und Brüche bewusst provoziert.“ . ■

\* Regina Reinart, Länderreferentin Brasilien/Misereor (MA-Theologie).

- 1 [https://censo2010.ibge.gov.br/noticias-censo.html?view=noticia&id=3&id\\_noticia=2170&busca=1&t=censo-2010-numero-catolicos-cai-aumenta-evangelicos-espiritas-sem-religiao](https://censo2010.ibge.gov.br/noticias-censo.html?view=noticia&id=3&id_noticia=2170&busca=1&t=censo-2010-numero-catolicos-cai-aumenta-evangelicos-espiritas-sem-religiao) (zuletzt geprüft 26.04.2019) – damit gab es 2010 erstmalig keinen Anstieg der absoluten Zahl der KatholikInnen!
- 2 S. Weltspiegelbeitrag vom 05.08.2018: <http://mediathek.daserste.de/Weltspiegel/Portugal-Illegale-Adoption-durch-Evange/Video?bcastId=329478&documentId=54839694> (zuletzt geprüft am 22.04.2019)
- 3 <https://veja.abril.com.br/blog/reinaldo/o-ibge-e-a-religiao-cristaos-sao-86-8-do-brasil-catolicos-caem-para-64-6-evangelicos-ja-sao-22-2/> (zuletzt geprüft am 22.04.2019).

**Die** indigenen Völker im semiariden Nordosten Brasiliens hatten als erste Kontakt mit Europäern und litten historisch besonders unter der Kolonisation. Ihre Geschichte verlief dramatisch und ist mit sozialen Brüchen und Verlusten verbunden. Viele der präkolonialen Völker des Nordostens wurden Opfer eines Genozids und werden für immer verschwunden bleiben. Andere lebten zum Teil im Verborgenen und bekannten sich erst in den letzten Jahren wieder offen zu ihrer Indigenität. Die meisten haben keine gesicherten Territorien und die wenigen ausgewiesene Gebiete sind vergleichsweise klein.

## Indigene in Alagoas

von Dieter Gawora\*

Im März hatte ich die Gelegenheit mit den beiden Mitarbeitern des CIMI (Indianermissionsrat) Daniela Oliveira da Silva und José Hélio Pereira da Silva in Alagoas über die Situation der Indigenen in diesem Bundesstaat zu sprechen.

**Vor etwa 20 Jahren fanden sich nur wenige Völker von Alagoas auf einer Karte der indigenen Völker Brasiliens. Können Sie erklären, wie diese scheinbar lange unsichtbaren Völker wieder auf der ethnischen Landkarte erscheinen konnten?**

DOS: Hier in Alagoas gibt es derzeit zwölf Völker. Etwa vor 25 Jahren begannen einige von ihnen wieder aufzutauchen. Allerdings sagen sie nicht, dass sie wieder erschienen sind, sondern dass sie Widerstand geleistet haben. Es sind Völker, die immer existiert haben. Nur präsentierten sie sich nicht offen als indigenes Volk. Dieser Prozess wurde erst durch die Verfassung von 1988 ausgelöst. Diese garantiert die Rechte indigener Völker und löste auf nationaler Ebene einen Kampf der Indigenen aus, diese Rechte zu realisieren. CIMI und andere sind dabei Unterstützungsorganisationen. In Alagoas bekannten sich in diesem Prozess wieder einige Völker offen zu ihren indigenen Identitäten. Die Zeit der Angst, allein auf Grund der Tatsache, indigen zu sein, massakriert zu werden, schien vorbei. In der Geschichte Brasiliens haben diese Völker viel Gewalt erlitten. Aus diesem Grund lebten sie ihre Indigenität nicht offen sondern eben im Verborgenen. Sie haben aber niemals aufgehört Indigene zu sein. Besonders deutlich zeigt sich dies bei ihren rituellen Zeremonien, die sie stets – wenn auch klandestin – weiter praktiziert haben.

**Die rituellen Zeremonien sind für alle zwölf Völker**

**in Alagoas wichtige Identifikationsmomente?**

JHPS: Ja. Sie waren aber schon früh gezwungen, diese heimlich zu praktizieren. Mit der Kolonisierung kam die christliche Missionierung, die in der hiesigen Region vor allem vom Kapuzinerorden organisiert war. Dieser konzentrierte die Völker der Caatinga, des São Francisco Tals und der Agreste-Zone in Brejão, in einer zentralen Ansiedlung (Reduktion) in Pernambuco, um die Missionierung zu erleichtern. Dort wurden die Rituale verboten und der Prozess des Unsichtbarwerdens begann. Erst die Verfassung von 1988 brachte eine Wende.

**Haben die Indigenen in Alagoas eigene Sprachen?**

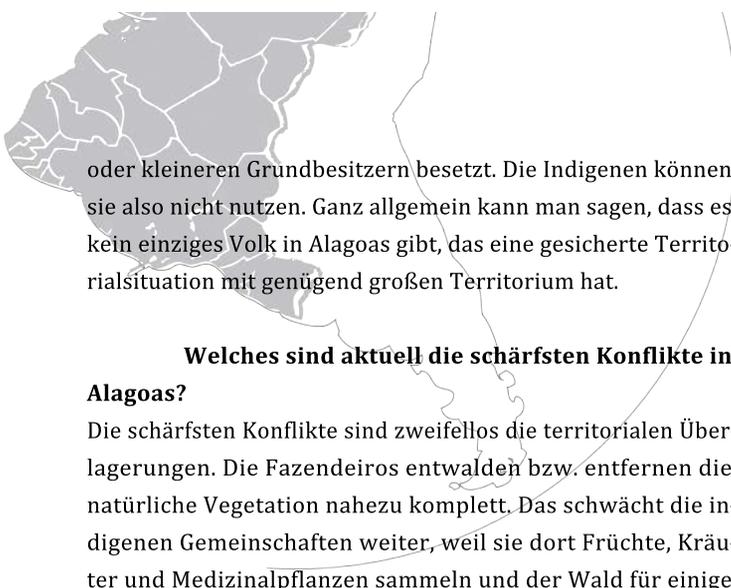
DOS: Nein, alle Völker in Alagoas verloren im Prozess der Kolonisierung ihre Sprachen. Nur Versatzstücke sind während der Rituale zu hören, wo einzelne Worte gesungen oder gesprochen werden, so wurden einige Sprachfragmente bewahrt.

**Für alle Indigenen in Brasilien ist die Territorialfrage zentral. Wie ist die Situation in Alagoas?**

DOS: Die historische Erfahrung der Indigenen im Nordosten ist der Verlust ihres Lebensraumes bzw. ihres Territoriums. Sie wurden aus ihren angestammten Räumen vertrieben. In Alagoas sind heute drei sehr kleine Gebiete der Aconã, Tingui-Botó und Karapotó im São Francisco Tal demarkiert. Die Gebiete der Xukuru-Kariri, Kariri-Xoko und Wassu-Cocal befinden sich im Demarkationsprozess. Die anderen haben unklare Territorialsituationen. Vor allem im Sertão (der Caatinga) sind die Völker auf Grund der großen Dürre Ende des 19. Jahrhunderts in den Westen von Alagoas migriert. Dort siedelten sie zwischen riesigen Fazendas. Einige winzige Flächen wurden angekauft. Von staatlicher Seite wird die dringliche Territorialfrage derzeit auf die lange Bank geschoben, obwohl eine Reihe von ethnologischen Gutachten vorliegen, die auch die notwendigen Territorien verzeichnen. Die Überlagerung der indigenen Territorien mit Fazendas ist das zentrale Problem. Die Fazendeiros sind oftmals gleichzeitig Politiker, die wenig Interesse daran haben ihre Ländereien – trotz Entschädigungszahlungen – Indigenen zu überlassen. Es ist also sehr kompliziert. Es ist das klassische Coronel-System des Nordostens, das leider auch noch im 21. Jahrhundert existiert.

**Wie ist die Situation der Territorien, die sich im Demarkationsprozess befinden?**

JHPS: Die Gebiete der Xukuru-Kariri und Kariri-Xoko sind zwar abgegrenzt, aber noch nicht homologisiert. Das heißt, trotz Abgrenzung sind große Teile ihrer Territorien von Fazendeiros



oder kleineren Grundbesitzern besetzt. Die Indigenen können sie also nicht nutzen. Ganz allgemein kann man sagen, dass es kein einziges Volk in Alagoas gibt, das eine gesicherte Territorialsituation mit genügend großen Territorium hat.

### **Welches sind aktuell die schärfsten Konflikte in Alagoas?**

Die schärfsten Konflikte sind zweifellos die territorialen Überlagerungen. Die Fazendeiros entwalden bzw. entfernen die natürliche Vegetation nahezu komplett. Das schwächt die indigenen Gemeinschaften weiter, weil sie dort Früchte, Kräuter und Medizinalpflanzen sammeln und der Wald für einige der Ort ihrer zum Teil geheimen Rituale ist. Selbst die notwendigen Fasern für die Körpermasken ihrer Ritualzeremonien können sie dann nicht mehr finden und müssen Fasern kaufen. Dieses Umweltvergehen trifft direkt die Indigenen, mit dem Ziel ihre Rituale zu erschweren und zu destabilisieren. Es gibt eine Gemeinschaft, die fand bis vor wenigen Jahren diese Fasern im Wald, heute müssen sie dafür fast 1000 Reais aufbringen. Dies ist eine deutliche Belastung für Menschen, die finanziell kaum Möglichkeiten haben.

### **Welche Strategie haben die Völker in Alagoas, um gegen diese Bedrohungen zu agieren?**

DOS: Neben der Organisation der eigenen Gruppe besetzen einige aktiv Teile der ihnen zustehenden Territorien, obwohl sie formal noch im Besitz des Fazendeiro sind. Dies ist dann eine offene Widerstandsaktion zur Rückeroberung. Es ist dabei sehr schön zu beobachten, wie die indigenen Gemeinschaften die zurückeroberten Gebiete verändern. Dort, wo nur ungenutzte Weide war, ohne jegliche andere Produktion, pflanzen sie Bäume, Sträucher und alles was sie für ihre Selbstversorgung benötigen ohne jegliche Agrargifte, was deren Qualität zusätzlich erhöht. Indigenen Familien, die zuvor an der Peripherie lebten, gelingt es so recht schnell aus der Misere zu entkommen und die Arbeitsmigration zu den Zuckerrohrplantagen zu reduzieren. Es ist deutlich sichtbar, dass die von den Indigenen genutzten Gebiete sehr viel produktiver als die Weiden der Fazendeiros sind.

Andere Indigene überlegen Land zu kaufen, um der Misere zu entkommen. Vor allem im Sertão. Einige haben das schon gemacht und nutzen dieses Land nun kollektiv, faktisch als einziges indigenes Territorium.

### **Hat sich nach über zwei Monaten Bolsonaro als Präsident die Situation der Indigenen in Alagoas schon verändert?**

DOS: Natürlich werden auch die Indigenen in Alagoas von der

Beschneidung indigener Rechte direkt tangiert werden. Rechte die seit 1988 garantiert waren. Die vorgelegten Gesetzesvorhaben zielen darauf ab, die Unterscheidung zwischen Indigenen und anderen Gruppen aufzulösen. Das alles beunruhigt uns natürlich sehr. Zum Beispiel, dass die FUNAI nicht wieder dem Justiz- sondern dem Agrarministerium zugeordnet wurde. Wenn es schon nicht möglich war, dass die FUNAI die Rechte der Indigenen im Justizministerium durchsetzen konnte, wie sollte dies im Agrarministerium funktionieren, dass von den Fazendeiros kontrolliert wird? Es gibt Vorlagen, die verhindern wollen, dass der Demarkierungsprozess für noch nicht homologisierte Territorien, also Territorien, die in einem noch nicht abgeschlossenen Formalisierungsprozess sind, weiter verfolgt wird. Das heißt, dass es für Territorien kaum noch Rechtssicherheit gäbe.

JHPS: Unmittelbar in der Region haben die verantwortlichen Politiker\*innen ihre antiindigenen Positionen nicht verändert, unabhängig von der Präsidentschaft in Brasilia. Sie waren immer eng verbunden mit dem Großgrundbesitz und sie bestimmen die lokale Politik und beherrschen die örtlichen Medien, die schon in der Vergangenheit z.B. zur Kriminalisierung der Xukuru-Kariri und ihrer Unterstützungsorganisationen eingesetzt wurden. Der CIMI wurde unter anderem beschuldigt die Indigenen zu Landbesetzung zu animieren. In der Vergangenheit hatten wir aber zumindest Unterstützung von Abgeordneten und Senator\*innen der Arbeiterpartei (PT), die bei der FUNAI auf die Weiterführung der Prozesse insistierten. Diese Möglichkeiten sind nun deutlich eingeschränkter.

### **Welche anderen Bedrohungen gibt es für die Indigenen unter Bolsonaro?**

DOS: Die Gesundheitspolitik. Die Indigenen kämpften für eine Gesundheitsversorgung, die ihre Besonderheiten und Traditionen respektiert. Diese wird bisher für Indigene national organisiert. Trotz vieler Mängel gab es Fortschritte. Viele der Gesundheitsposten in den indigenen Gebieten sind inzwischen mit ausgebildeten Indigenen besetzt. Jetzt soll dieses System abgeschafft werden. Letzte Woche wurde bekannt, dass das Sekretariat für indigene Gesundheit in Brasilia geschlossen und auf die kommunale Ebene verlegt werden soll. Wie sollen aber die Kommunen, die mit der Gesundheitsversorgung der Mehrheitsbevölkerung vielfach schon überfordert sind, spezielle indigene Gesundheitsversorgung organisieren? Das kann nicht funktionieren. Es wird also sehr konfliktiv. ■

\* Dieter Gawora ist Mitglied des KoBra-Vorstandes und Professor an der Uni Kassel.

**Dieser** Beitrag möchte auf die Cigano-Realität und kulturelle Praktiken der Calon in Rio Grande do Norte aufmerksam machen sowie auf das Versagen von Schulen und anderer Bildungseinrichtungen, nomadisch lebende Schüler\*innen zu unterrichten. Die bisherige Schulpraxis führt in den meisten Fällen zu Schulabbruch oder Schulversagen von Cigano-Kinder. (A.d.Ü.: Ciganos werden meist als Sinti und Roma übersetzt. In Brasilien gibt es eine größere Differenzierung, u.a. Roma, Calon, Kalderash, Roraronó, Matchuaiya, Lovara. Der Begriff Cigano kann daher nicht übersetzt werden.)

## Schulische Bildung für Ciganos in Rio Grande do Norte

von Flávio José de Oliveira Silva\*

### Die Welt, der Ort wo alles beginnt

Trotz zahlreicher historischer Studien ist die Herkunft der Ciganos nicht geklärt. Sie zeichnen sich bis heute weltweit durch eine hohe Mobilität aus und es gibt viele Theorien, die das Phänomen des weltumspannenden Auftauchens dieses Volkes zu erklären versuchen. Dessen ungeachtet ist unbestreitbar, dass Ciganos spezifische soziale Gruppen in vielen Ländern sind. Für den Nordosten Brasiliens wird davon ausgegangen, dass Ciganos im 17. Jahrhundert zur Übersiedlung von der iberischen Halbinsel gezwungen wurden oder auch freiwillig migrierten. Heute gibt es im Nordosten eine Vielzahl von Cigano-Gruppen mit eigenen Sprachen und kulturellen Ausdrucksweisen sowie eigener Herkunftsgeschichte.

*Die Rons oder Roma, die Romani sprechen, die Sinti oder Manouch der Sintó-Sprache und die Calon oder Kalé, die die Kaló-Sprache sprechen. Jede dieser Gruppen besteht aus mehreren Untergruppen. Jede Untergruppe ist in Familiengemeinschaften unterteilt, zu denen Familien als wichtigste soziale Einheit der Cigano-Organisation gehören. Die Roma waren mehrheitlich in Mitteleuropa verbreitet, die Sinti in Westeuropa und die Calon auf der iberischen Halbinsel. (MOONEM, 1994, S.14)*

In der alten Welt waren die Ciganos starken kulturellen Einflüsse ihrer jeweiligen Regionen ausgesetzt und eigneten sich deren materielle und immaterielle Kenntnisse an, die sich dann in ihren unterschiedlichen Lebensweisen spiegelten. Vertrieben aus dem sozialen Kontext Europas kamen sie als

Entwurzelte und Unerwünschte nach Brasilien und wurden in die am wenigsten von Kolonisatoren besetzten Gebiete von Maranhão, Ceara und Rio Grande (später do Norte) gebracht, wo sie auf die dort beheimateten Indigenen trafen.

Heute sind sie durch Bräuche, Traditionen und andere kulturelle Ausdrucksweisen identifizierbar und zählen zu den sozial am deutlichsten benachteiligten Gruppen, mit niedrigem Bildungsniveau, fehlenden Ausweispapieren und ohne Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen. Meistens leben sie in Armutsbezirken als Ausgeschlossene der Gesellschaft.

In der gesamten Geschichte Brasilien waren Ciganos allerdings in allen Landesteilen anzutreffen. Für das Verständnis brasilianischer Kultur ist es daher unabdingbar, sich auch mit den Beiträge der Ciganos für das heutige Leben in Brasilien auseinanderzusetzen.

### Schule, der Ort an dem gebildet wird

Bis zum zwanzigsten Jahrhundert fehlte das Thema kulturelle Vielfalt in den Schulen. Erst seit 2003 finden Thematiken wie Diskriminierung und Rassismus Eingang in die Lehrpläne. Studien zeigen, dass Schule ethnische und andere Ungleichheiten reproduziert und zur Bestätigung und Verstärkung von Vorurteilen und Diskriminierung beiträgt. Nationale Bildungsrichtlinien wollen dem entgegenwirken. Allerdings ist der Abstand zwischen formuliertem Bildungsziel und schulischer Realität beachtlich. Daher muss weiter über eine Demokratisierung von Schule nachgedacht werden, die in der Lage ist, eine Ausbildung zu garantieren, die Schüler\*innen befähigt als Handelnde zu wirken bei der Respektierung der Freiheit anderer, der Rechte der Einzelnen, der Verteidigung kollektiver Rechte und der sozialen Werte. Zu denken ist an eine Schule, die die Teilnahme aus allen Gruppen der sozialen Vielfalt ermöglicht, insbesondere auch der nomadisch oder semi-nomadisch lebenden Gruppen wie Ciganos oder Schausteller. Zu denken ist an eine Schule, die offen ist für flexible und differenzierte Zugangsmöglichkeiten, Unterbringungsmöglichkeiten und Erfolgsbewertungen.

Die Schule ist alltäglich mit Schüler\*innen konfrontiert, die aus der sozialen Vielfalt und aus unterschiedlichem sozialen Kontexten unseres Landes und der Welt kommen. Ciganos sind in ihrer Mehrheit Nachkommen gebildeter Menschen, die allerdings keinen Zugang zur Schule hatten, sondern deren gesamter Lernprozess durch orale Vermittlung erfolgte. Es ist nachgewiesen das Männer und Frauen einer hauptsächlich oralen Kultur sehr viel besser wissen, wie zu hören und zu erzählen ist, Geschichten wiederzugeben sind und wie zu berichten ist. Ciganos machen dies in einer sehr lebendigen



Schulbesetzung Recht auf Bildung

Quelle: [blogdopensar.wordpress.com/2016/10/31/minorias-e-territorios-ocupacoes/](http://blogdopensar.wordpress.com/2016/10/31/minorias-e-territorios-ocupacoes/)

Form mit großer Präzision, Klarheit und Ausdrucksstärke ihrer Stimme. Sie sind Meister des Erzählens, der Pausen, der Späße, der Gespräche und des Zuhörens. Sie lieben es Geschichten zu erzählen und zu hören, und Teil von ihnen zu werden.

Aus dem hier sehr knapp dargestellten Kontext ist schon zu erkennen, dass die Calon-Ciganos in Rio Grande do Norte, die über Jahrhunderte am kollektiven Leben des Bundesstaates teilgenommen haben, von der Mehrheit stets nur als wandernde Vagabunden und Fremdlinge wahrgenommen wurden, die vor allem in den Statistiken der Gescheiterten und Schulversager\*innen auftauchten. Obwohl sie immer nach Möglichkeiten der sozialen Teilhabe an der modernen Wirtschaftsgesellschaft suchten, auch durch den Erwerb von Lese- und Schreibkompetenz, benötigen sie diese heute umso mehr, um an grundlegender Techniken des modernen Lebens teilhaben zu können, wie neben vielen anderen Dingen, der Bedienung von Bankautomaten und Mobiltelefonen oder für den Erwerb des Führerscheins .

Schule kann zur sozialen Integration im Stadtteil beitragen und zum Erwerb von Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen. Sie trägt aber auch dazu bei, eine unsichtbare Kultur zu erwerben, die Körper und Seele beherrscht, die Schüler\*innen gelehriger und disziplinierter macht und vermittelt, man solle sich den Interessen der Stärkeren unterwerfen. Noch fehlen korrigierende Stimmen für die Unterrichtsgestaltung. Ciganos haben hierbei keinerlei Verhandlungsmacht, damit ihre Realität, ihre Herkunft und ihre Alltagskultur dort berücksichtigt wird. Sie leben nicht nur in der Schule in einem Konflikt- und Spannungsfeld mit der Gadjê-Welt (etwa: Welt der Weißen), für das sie täglich neue Überlebenskodizes hinzulernen. Sie bewegen sich in unsichtbaren Informationsnetzwerken auf den Straßen und Plätze unseres Landes und

kommunizieren in geheimen Zeichen mit ihresgleichen: ein Lächeln, ein Falten der Stirn, ein Handzeichen, ein Nicken und anderes mehr. Sie sind sich ihres kollektiven gesellschaftlichen Ausschlusses bewusst und haben begonnen sich zu organisieren, um Ausgrenzung und Vorurteilen entgegenzuwirken.

Während der Forschung zur Bildungssituation der Ciganos wurden alternative Ansätze für sie erkannt. Zum einen die Schule der *Alternâncias* (A.d.Ü. Wechselnd 14 Tage Unterricht in einer Internatsschule und 14 Tage

bei den Eltern), die ausgehend von Espirito Santo in ländlichen Gebieten Brasiliens eine gute schulische Alternative ist. Eine weitere Alternative ist die Pädagogik der *Itinerância* (A.d.Ü. Etwa, eine Pädagogik, die mit den Schüler\*innen reist.), die für sehr geeignet gehalten wird. Diese erlaubt es, mit spezifischen Methodiken, die Wanderungen der Ciganos im Schulalltag zu berücksichtigen.

Wir stellen fest, dass die Ciganos derzeit in einer bürokratischen Gesellschaft mit auf Schrift basierenden Bildungseinrichtungen und Institutionen leben, deren Regeln sie nicht beherrschen. Sie haben dort keine Einfluss- und Entscheidungsbefugnisse, um diese Welt auch mehr zu ihrer Welt zu machen. Wir stellen zudem fest, dass in diesem Staat der sozialen Apartheid, Ciganos Lücken der sozialen Ausgeschlossenheit entdeckt haben und nutzen, um ihren Alltag zu gestalten. Sie leben bei ihren zeitlich und räumlich ausgedehnten kreisförmigen Wanderungen, die sie stets wieder an die selben Orte zurückführt, ihre eigenen kulturellen und sozialen Praktiken. ■

### Literatur

FAZITO, Dimitri de Almeida Resende. Transnacionalismo e etnicidade. A construção simbólica do Romanesthân (Nação Cigana). Dissertação de Mestrado. Faculdade de Filosofia e Ciências Humanas da UFMG. BH, 2000.

MOONEM, Frans. Ciganos Calon no sertão da Paraíba. João Pessoa: UFPB, 1994.

SILVA, Flávio J. O. Das tendas às telhas: A educação escolar das crianças ciganas da Praça Calon-Florânia/RN. Dissertação. Universidade Federal do Rio Grande do Norte, Natal, 2012.

\* Flávio José de Oliveira Silva promovierte über Ciganos in Rio Grande do Norte.

> Übersetzung aus dem Portugieschen von Dieter Gawora.

**Tarcísio** Gomes de Freitas ist sicherlich nicht einer der bekanntesten Minister der Regierung Bolsonaro, aber vielleicht einer der wichtigsten. Und seine Ernennung sollte eine Warnung sein, sich zu sehr auf die Kuriositäten und Absurditäten von Bolsonaro und seinem Kabinett zu konzentrieren. Freitas präsentiert die ernsthaften Absichten der Regierung und die sind mindestens genauso bedrohlich wie die ideologischen Abenteuer etwa im Bereich Erziehung.

Tarcísio Freitas ist Minister für Infrastruktur und er ist ein Profi. Er kennt sein Ressort aus dem FF und ist seit langem im Geschäft. Bereits in der Regierung Dilma Rousseff hatte er das wichtige Amt des Chefs der nationalen Behörde für Infrastruktur und Transport (Departamento Nacional de Infraestrutura de Transportes DNIT) inne. Unter der Regierung Temer wurde er Koordinator des PPI (Programa de Parcerias de Investimentos), eine Initiative, die berühmten private public partnerships voranzubringen und Mittel des Privatsektors für Investitionen in Infrastruktur zu mobilisieren. Die Karriere Freitas erinnert auch daran, nicht die Kontinuitäten zu übersehen, die sich in der Regierung Bolsonaro widerspiegeln.

Denn ein Konsens reicht von der Arbeiterpartei über den IWF bis hin zu Bolsonaro: Brasilien muss massiv in Infrastruktur investieren. Zum einen soll Infrastruktur insbesondere für das expandierende Agrobusiness ausgebaut werden, zum anderen muss aber auch die bestehende Infrastruktur modernisiert oder zumindest vor dem Verfall bewahrt werden. Infrastruktur umfasst viele Bereiche (etwa die Versorgung mit Wasser und Abwasser), aber im Mittelpunkt der Debatte steht in der Regel die Infrastruktur des Verkehrs: Straßen, Häfen, Flughäfen und das in Brasilien unterentwickelte Eisenbahnnetz.

## Große Pläne – Wenig Geld Wie die Regierung Bolsonaro Amazonien „entwickeln“ will

von Thomas Fatheuer\*

Der Anteil der Investitionen am BIP ist drastisch gesunken. Dies zeigt aber auch, dass unter den Regierungen Lula und Dilma die Investitionen systematisch hochgefahren wurden. Lula hatte für die zweite Amtszeit wachstumsfördernde Investitionen im Rahmen des Programms zur Beschleunigung des Wachstums (PAC) in den Mittelpunkt gestellt. Dilma war die Koordinatorin des Programms, was eine zentrale Rolle bei ihrer Wahl zur Präsidentin spielte. Aber mit der Wirtschaftskrise nach 2014 ändert sich die Situation brutal, die Investitionen sanken auf ein Niveau, das alle politischen und ökonomischen

Akteure als unhaltbar ansehen. Mindestens ein Prozent soll angestrebt werden (das ist die Größenordnung der EU), China investiert 4% seines BIP in Infrastruktur – Brasilien lag 2018 bei 0,4.



Regierungsbilanz, Datenquelle: Banco Central

Seit 2014 summiert sich ein immenses jährliches Haushaltsdefizit. Auch 2018 konnte dieser Trend nicht abgewendet werden, mit 120 Milliarden R\$ liegt der Wert in derselben Größenordnung wie 2015.

Damit sind die Eckpunkte für eine Diagnose deutlich erkennbar: Die Investitionen in Infrastruktur müssen sich drastisch erhöhen und die öffentlichen Kassen sind nicht leer, sondern schlimmer, sie sind defizitär. Die Schlussfolgerungen, die die Regierung daraus zieht, sind:

- Privatisierungen sind fundamental.
- Private Investitionen sind der Schlüssel.
- Der Staat muss zum Partner und Motivator privater Investitionen werden.
- Die Regierung muss die Behinderungen („entraves“) für Investitionen beseitigen.

Letzter Punkt rückt wieder einmal die Frage der Umweltlizenzen in den Vordergrund. Ein seit 2004 (!) zirkulierender Gesetzesvorschlag wird mit aktuellen Ergänzungen derzeit im Nationalkongress verhandelt. Er würde einen weitgehenden Abbau der Regeln in den Lizenzverfahren vorsehen und sogar die Selbstlizenzierung durch den Antragsteller\*innen ermöglichen.

Um die Auswirkungen dieses Szenarios auf Amazonien einzuschätzen, ist ein Blick auf einen zweiten zentralen Akteur notwendig: General Meynard Santa Rosa ist einer der Militärs im Ministerrang und federführend bei der Formulierung eines Entwicklungsplans für Amazonien. Santa Rosa ist ein Veteran in Amazonienfragen und verkörpert die Ambitionen der Militärs. Die wichtige SAE – Secretaria de Assuntos Estratégicos – ist ihm unterstellt. Er präsentiert alte, aber in Brasilien durchaus nach wie vor einflussreiche Sichtweisen, die auf die Integration Amazoniens durch Entwicklung setzten. Damit soll

## Die COIAB Erklärung

O Programa Barão do Rio Branco poderá ter impactos ainda maiores sobre os povos e territórios atingidos, o que constitui flagrante violação dos direitos indígenas garantidos pela Constituição Federal de 1988. Trata-se da vida de mais de 40 povos ou yanás diferentes, no território brasileiro, distribuídos em mais de 208 aldeias, com uma população de mais de 8.700 pessoas. A área a ser impactada, reúne povos indígenas Karib, 7 Terras Indígenas e diversas Unidades de Conservação Estaduais e Federais. No sul do Suriname poderão ser impactados 10 povos indígenas, com uma população de mais de 4 mil pessoas. Destacamos ainda a grave ameaça aos 13 povos indígenas em isolamento voluntário presentes nos territórios que serão impactados.

Nós, povos indígenas e nossas instituições, estamos organizados e mobilizados, e reafirmamos a nossa luta e resistência diante destas tentativas de extermínio, não aceitamos tamanha atrocidade vindo daqueles que têm o dever de preservar e respeitar a nossa Constituição Brasileira.

nach seinen Worten der Arm der internationalen NGOs gebrochen werden, die auf eine Internationalisierung Amazoniens setzten.

Santa Rosa hat die Vorlage eines Projeto Barão do Rio Branco angekündigt, das folgende Großprojekte beinhalten soll:

- Errichtung eines Wasserkraftwerks am Trombetas;
- eine Brücke über den Amazonas in der Region von Obidos;
- die Verlängerung der BR 163 von Santarém bis Surinam.

Der Dachverband der indigenen Organisationen Amazoniens (COIAB) hat gegen die Pläne bereits protestiert. Das Vorhaben würde 40 indigene Völker und Gruppen betreffen mit einer Bevölkerung von mehr als 8.700 Personen. Die COIAB bezeichnen das Projeto Barão do Rio Branco als eine Bedrohung für deren Existenz. ([coiab.org.br](http://coiab.org.br)).

Aber bisher ist dieser Plan nicht offiziell von der Regierung lanciert worden. Auch den Ankündigungen ist es bisher nicht besser ergangen. Santa Rosa hatte ein großes Investitionspaket für Ende März angekündigt, dies ist bis heute (Ende Mai) nicht umgesetzt. Dafür dürfte die aktuelle Haushaltslage verantwortlich sein. Dabei dient die Dringlichkeit, Haushaltsmittel für Investitionen bereitzustellen auch als Druckmittel, die Rentenreform voranzubringen. Das Rentensystem ist für das Regierungslager und „die Märkte“ die wichtigste Ursache für das unhaltbare Haushaltsdefizit. Die Reform des Rentensystems ist damit zur Schlüsselfrage für die Regierung Bolsonaro erklärt worden. Erst wenn die Rentenreform durch ist, könnten die anderen Agenden seriös angegangen werden – so lautet die zentrale Botschaft.

Aber selbst mit einer Rentenreform, die tatsächlich Geld einsparen würde, werden Finanzmittel für Investitionen knapp bleiben. Das ist die reale Grundlage für die Strategie von Minister Freitas, auf PPP zu setzen. Das Geld für Investitionen soll vorwiegend vom privaten Sektor kommen, und das bedeutet natürlich Privatisierung von Straße und Schiene. Und

es heißt auch, dass eher die Pläne eine Chance haben, umgesetzt zu werden, die vom Privatsektor finanziert werden.

Und damit zeichnet sich eine klare Priorität für ein Großprojekt in Amazonien ab: der Bau der Eisenbahnlinie von der Sojaregion in Mato Grosso bis zum Tapajós-Fluss. Diese Ferrogrão genannte Eisenbahnlinie ist zentral für den Transport des Sojas von Mato Grosso, der wichtigsten Sojaregion Brasiliens. Das Soja muss entweder auf weiten Wegen in Häfen von São Paulo und Paraná transportiert werden oder aber auf der prekären BR 163 bis zum Tapajós. Im Miritituba wird das Soja dann auf Fähren bis zum Amazonas verschifft, wo in Santarém größere Schiffe

die Fracht übernehmen können. Auch wenn Bolsonaro die vollständige Asphaltierung der BR 163 bis zum Ende dieses Jahres angekündigt hat, bleibt insbesondere in der Regenzeit die Straße ein Nadelöhr für den Sojatransport. Die fast 1.000 km lange Eisenbahnlinie ist teuer, die Kosten sind mit etwa vier Milliarden US-\$ angesetzt, und anscheinend fällt es dem Privatsektor nicht so leicht, diese Summe zusammenzubekommen, obwohl sich die Großen des internationalen Sojabusiness hier zusammengeschlossen haben: Archer Daniels Midland Co (ADM), Bunge Ltd, Cargill Inc, Louis Dreyfus Co (LDC) und die brasilianische Amaggi arbeiten zusammen, um die Ferrogrão zu verwirklichen. Die Eröffnung des Verfahrens zur Vergabe der Lizenz ist mehrmals angekündigt, aber bisher nicht umgesetzt worden. Jetzt soll es 2020 so weit sein.

Auffallend ist, dass die Ferrogrão nicht auf der Prioritätenliste der Militärs auftaucht. Die von ihnen priorisierte Region am Trombetas ist einerseits eine Grenzregion, andererseits liegen hier die größten Bauxitvorkommen Brasiliens.

Die Ferrogrão wird die führende Rolle des Sojakomplexes in der Entwicklung eines Teils Amazoniens bekräftigen. Sie wird die Korridorlogik in einem Teil Amazoniens ausbauen, der durch illegalen Goldbergbau, Landkonflikte und die Invasion in indigene Territorien und Schutzgebieten geprägt ist. Ohne Berücksichtigung der Interessen der lokalen Bevölkerung wird der Sojaanbau damit zum strukturierenden Element der Entwicklung einer Region. Die Eisenbahnlinie wird in einer Region voller Schutzgebiete und indigener Territorien gebaut werden. Für deren Schutz und Stärkung fehlen Gelder und politischer Wille. Die Tapajósregion wird ein wichtiger Fokus der ökosozialen Kämpfe in Amazonien sein. ■

\* Thomas Fatheuer schreibt als freier Autor zu Brasilien bezogenen Themen wie Green Economy, Buen Vivir, Tropenwaldfragen u.v.m. Er ist Mitglied des KoBra Vorstands.

**Der** globale Markt ist heute so dereguliert wie nie zuvor. Wirtschaftliche Aktivitäten genießen angesichts der neoliberalen Tendenz, die Staaten so wenig wie möglich in globale Geschäfte eingreifen zu lassen, seit den siebziger Jahren eine sich stetig zuspitzende Narrenfreiheit, welche zu spürbaren Folgen für die Umwelt geführt hat, ohne dass die dafür verantwortlichen Unternehmen wirklich dafür zur Verantwortung gezogen wurden. Am stärksten von den direkten Konsequenzen betroffen sind zweifellos die traditionell lebenden indigenen Gemeinschaften.

## Die Krenak, die Anacé und was die Welt mit ihnen zu tun hat

von Fernando Sousa\*

In Brasilien leben laut dem brasilianischen Amt für Statistik 305 unterschiedliche indigene Völker (Stand 2010) und nur wenige sind nicht von den dramatischen Folgen für Mensch und Umwelt durch die Aktivität von Agrarunternehmen betroffen, welche ihre Schutzterritorien für eigene wirtschaftliche Zwecke ausbeuten. Das Leben der Krenak (im Bundesstaat Minas Gerais) und das der Anacé (im Bundesstaat Ceará) hat sich aufgrund der Umweltsünden solcher Konzerne für immer verändert, während diese weiterhin straffrei auf dem Weltmarkt agieren.

Das Swiss Indigenous Network (siehe Box) hat mit den Häuptlingen Ailton Krenak und Paulo Anacé gesprochen, um ihre Situation und Perspektiven besser nachvollziehen zu können.

### „Wir wollen Regulierung“

Der Rio Doce, der den Krenak heilig ist, ist Mittelpunkt ihrer Welt und Lebensform zugleich. Früher lebten die Krenak an und von diesem Fluss, fischten und schwammen darin. Seit dem 5. November 2015 ist dies nicht mehr möglich. An diesem Tag brach der Damm eines Rückhaltebeckens für Ablagerungen von Schwermetallen des Bergbauunternehmens Samarco im Fundão-Tal, einem Tochterunternehmen der joint venture (dt. „gemeinsames Wagnis“) des englisch-australischen Großkonzerns BHP Billiton und des brasilianischen Unternehmens Vale und führte zur größten Umweltkatastrophe in der Geschichte Brasiliens. 65 Millionen Kubikmeter toxischen Schlamms ergossen sich daraufhin in den Rio Doce und vergifteten den „Süßen Fluss“.

Der „Unfall“ hat auch als „Brasilianisches Fukushima“ trauri-

ge Bekanntheit erlangt. Seit dem Dambruch kämpfen Indigene und Umweltaktivist\*innen für Gerechtigkeit. „Sie werfen uns vor, dass wir ihnen an den Kragen wollen, - das Bergbauunternehmen Vale, die Banken und alle, die es unterstützen. Aber das ist nicht, was wir wollen! Wir fordern Regulierung“, so Ailton Krenak.

Die Tragödie hatte nicht nur Auswirkungen auf das Volk der Krenak. 680 Kilometer des Flusslaufs und seiner Ufer wurden vergiftet, bevor die hochgiftigen Ablagerungen den Atlantik erreichten. Der Schaden an Fauna und Flora ist noch nicht abschließend einzuschätzen. Die Indigenen, die den Fluss Watu nennen, sprechen von der „brutalen Ermordung“ des Rio Doce.

Für Ailton liegt die Wurzel des Übels an einem anderen Ort, genährt von der globalisierten Dynamik der rücksichtslosen Ressourcenförderung durch Konzerne, welche die fehlende wirtschaftliche und staatliche Regulierung ausnutzen. „Es ist nicht richtig, so unterschiedliche Umweltstandards in Import- und Exportnationen von Rohstoffen beizubehalten. Die reichen Länder lassen uns ausbluten und werden dadurch noch mächtiger“, sagt Ailton zur blinden Konsumwut der Industrienationen und deren urbanen Zentren. Diese führe die globale Dynamik der Weltwirtschaft ad absurdum.

„Wenn man durch die Straßen von Paris oder London geht, merkt man von den Missständen auf der Welt nichts“, erklärt er. „Alles dort ist künstlich, und die Leute haben das Gefühl, alles sei in bester Ordnung.“ Obwohl der indigene Widerstand in den letzten Jahren an Kraft und Sichtbarkeit zugenommen hat, bleiben die rechtliche Lage und das Verhalten der Großkonzerne unverändert. Die Appelle der indigenen Völker verhallen auf internationaler Ebene, werden nicht gehört oder ignoriert. „Man will immer den Eindruck vermitteln, bei den indigenen Völkern dieses Planeten handle es sich um unbedeutende, vernachlässigbare Minderheiten, dass sie nur die internationalen Geschäfte stören wollen, aber wir sind keine unbedeutende Minderheit. Sehr viele Menschen sind Opfer dieser fehlenden Regulierung.“

Ailton glaubt daran, dass sich der Rio Doce regenerieren könnte, allerdings nur sehr langsam und auch nur, wenn jegliche umweltschädliche menschliche Aktivität für immer eingestellt würde. In der Zwischenzeit leben die 126 Krenak-Familien nun von Lebensmittelhilfen, eine Situation die Ailton mit der von Flüchtlingen in anderen Ländern vergleicht. „An unserem Schicksal sieht man im Kleinen, was in der Welt mit den Flüchtlingen passiert. Wir sind Vertriebene im eigenen Land und der Dynamik der Globalisierung ausgeliefert.“

Das Swiss Indigenous Network (SIN) entstand 2018 aus dem Wunsch einer Gruppe von in der Schweiz lebenden Personen, den Kampf der Indigenen aus dem Ausland zu unterstützen. Es entstand zu einer Zeit, in der die indigenen Gemeinschaften Brasiliens große Not erlitten, weil die neue Regierung zahlreiche Maßnahmen zur Vernichtung der Urvölker angekündigt hatte. Ihre Rhetorik des Hasses hat das Land und seine sozialen Errungenschaften um Jahrzehnte zurückgeworfen. Das Swiss Indigenous Network versucht, Anliegen und Bewegungen der Indigenen in ihrem Kampf um Recht und Gehör zu unterstützen, die indigene Selbstbestimmung zu fördern und für den Schutz der Ökosysteme, von denen sie und wir alle abhängen, einzustehen. Obwohl das Netzwerk noch jung ist, hat es bereits einige Kampagnen mit dem Fokus Brasilien durchführen und internationale Bande knüpfen können.

### **Fortschritt bedeutet Zerstörung**

Am 5. September 1995 hat die Regierung des brasilianischen Bundesstaates Ceará den Bau eines Industriekomplexes auf indigenem Territorium der Anacé zugelassen, was die Vertreibung und Umsiedlung der dort lebenden Indigenen zur Folge hatte. Die Anacé blieben jedoch auf ihrem Land in der Nähe der Anlage und waren so fortan der Verschmutzung ihres Lebensraums durch die Kraftwerke der Stahlindustrie ausgesetzt. „In unserer Region hatten wir nicht viele Krankheiten“, berichtet Paulo Anacé, der lokale Häuptling. „Heute sterben viele Menschen an Atemwegserkrankungen, unsere Pflanzen sind ganz schwarz wegen des industriellen Kohlestaubes.“ Einer der zentralen Streitpunkte mit den Indigenen ist seit jeher das Wasser. Früher war es üblich, dass die Indigenen die Gewässer auf ihren Schutzterritorien als Ressource nutzen durften, auch im Falle einer Zwangsumsiedlung. Nach und nach wurde diese Nutzung aber kriminalisiert: „Der Staat will verhindern, dass wir das Wasser aus unseren Umweltschutzgebieten nutzen, um sie den Industrieanlagen zur Verfügung zu stellen“. Unter den davon profitierenden Unternehmen befindet sich einmal mehr der Bergbaukonzern Vale. „Der sogenannte Fortschritt bedeutet hier Zerstörung für uns Menschen, die Natur und die Wildtiere, die hier mit uns leiden“, sagt Paulo.

Früher waren die europäischen Eroberer unsere Feinde, die portugiesischen und holländischen Kolonialmächte. Heute ist es der brasilianische Staat selbst, der mithilfe von ausländischen Invasoren den indigenen Völkern das Land raubt, es an die Interessen der internationalen Großkonzerne verkauft und diesen Raubbau „nationales Interesse“ nennt. Er tut es mit einer solchen Brutalität, dass viele Indigene Angst haben, die eigene Identität preiszugeben, wie Paulo berichtet: „Viele Menschen haben wegen der ständigen Drohungen und Verfolgungen Angst, zu sagen, dass sie Indigene sind. Sie haben Angst,

um ihr Leben [...] Auch die Begräbnisstätte unserer Vorfahren wollten sie zerstören. Es gibt überhaupt keinen Respekt für die Kultur der Urvölker.“ Ohne kulturelle Identität würde auch der indigene Kampfgeist gebrochen. „Wir wollen, dass sowohl die Natur wie auch unsere kulturelle Identität erhalten bleiben. Ohne das bleibt uns nichts. Dafür kämpfen wir!“

Aktivist\*innen und Indigene klagen den Staat an, die Urvölker zum Vorteil der Wirtschaftsunternehmen zu opfern: „Für die Großkonzerne gibt es viele finanzielle Anreize, während wir, welche die Natur schützen, für das Wasser aus unseren eigenen Schutzgebieten bezahlen müssen, wenn wir überhaupt Zugang dazu haben“, sgt Paulo.

Die Geschichten dieser beiden Häuptlinge und ihrer Gemeinschaften sind keine Einzelfälle. Sie stehen sinnbildlich für den Sog, in deren Strudel sich die globale Finanz- und Wirtschaftswelt dreht, und der ganze Völker und Landschaften mit in den Abgrund reißt. In seinem Zentrum giert die Konsumgesellschaft, wie Ailton uns erinnert, die nimmersatte Komplizin dieser Kolonialisierung des modernen Zeitalters, die sich weder Brasilien noch der Welt erbarmt.

Es ist deshalb wichtig, die Zusammenhänge dieses Konsumverhaltens aufzuzeigen zwischen den Unternehmen, ihren Schandtaten und den hübsch verpackten Endprodukten, welche auf unseren Ladentischen, Tellern, in unseren Häusern, Handys und Autos landen. Es ist zum Beispiel wichtig zu wissen, dass der Rohstoffgigant Vale, der für die Umweltverbrechen an diesen beiden indigenen Gemeinschaften verantwortlich ist, auch von der Schweiz aus Geschäfte macht. Es ist auch wichtig zu wissen, dass der Kampf der Indigenen an unsere Türen klopft, und das nicht nur, weil viele dieser Großkonzerne einen Sitz in Europa haben, sondern auch weil ihr Kampf um eine gesunde Natur und Gesellschaft auch unser Kampf ist. ■

\* Fernando Souza arbeitet beim Swiss Indigenous Network

> Übersetzung aus dem Portugiesischen von Sara Cura.m



Ausrufung der „Frente Parlamentar em Defesa dos Povos Indígenas“ in Brasília am 04/04/2019.

Foto: Mídia NINJA [CC-BY-NC])



**Hunderte** Menschen versammeln sich vor einer Bühne, lachen, fallen sich in die Arme. Schirme schützen gegen die Sonne, rote Fahnen wehen und ein langes Banner an einem Hochhaus verkündet, dass nur gewinnen kann, wer kämpft. Was sich anhört wie aus den besseren Tagen des real existierenden Sozialismus, fand Mitte März im Stadtteil Santo André im Südosten von São Paulo statt. Die Menschen feiern, weil ihnen die Schlüssel zu insgesamt 910 Wohnungen übergeben werden, die sie selbst erkämpft haben – vielleicht einer der letzten großen Erfolge der „Bewegung der Arbeitenden ohne Dach“, im brasilianischen Kürzel: MTST. Vor sieben

## **Bedroht, aber optimistisch Die brasilianische „Bewegung der Arbeitenden ohne Dach“ (MTST) setzt im Widerstand gegen Bolsonaro auf eine Doppelstrategie**

von Moritz Krawinkel\*

Jahren hatten MTST-Aktivistinnen und -Aktivisten zusammen mit verarmten Menschen aus der Peripherie das Gelände besetzt, auf dem sie jetzt feiern. Sie erreichten, dass die Stadt das Bauland vom insolventen Eigentümer kaufte und das staatliche Wohnungsbauprogramm Minha Casa, Minha Vida den Bau der Wohnungen finanzierte.

Die Bewegung MTST, die in den urbanen Zentren Brasiliens aktiv ist, wurde vor zwanzig Jahren gegründet. Mitte der Nullerjahre löste sie sich als eigenständige Bewegung von ihrer großen Schwester, der Landlosenbewegung MST. Startpunkt war São Paulo. Heute ist die MTST in fast allen Bundesstaaten aktiv. Viele bezeichnen sie als derzeitig wichtigste soziale Bewegung Brasiliens – sie ist auch eine der am stärksten bedrohten. Denn seit einem guten halben Jahr ist in Brasilien ein rechtsextremer Präsident im Amt, dessen Drohungen gegen Frauen, LGBTIQ-Aktivist\*innen, Schwarze, Indigene, Linke, Landlose und gegen die Natur allesamt ernst zu nehmen sind. Schon während des Wahlkampfes und unmittelbar nach der Wahl des Folterbefürworters Bolsonaro nahm die Gewalt zu, spontan zwar und mit zufälligen Opfern, aber es ist keine Panikmache, wenn man davon ausgehen muss, dass sich die Gewalt gegen die richtet, die sich aufmachten, sie zu bekämpfen. Eine im kolonialen Denken verhaftete Oberschicht, die es für ein Naturgesetz hält, dass ihr das Land und die Leute darauf gehören, erhält sich durch Gewalt. Genauso die ökonomischen und sozialen Parallelwelten in den Elendsvierteln. Dagegen setzten die sozialen Bewegungen in Brasilien auf eine soziale Praxis des gegenseitigen Respekts und der solidarischen Be-

ziehungen. Dass sie durch das vereinzelnde Aufstiegs- und Konsumversprechen der linken Regierungen unter Lula und Rousseff erheblich geschwächt wurden, erweist sich nun als ein politischer Bumerang.

Nun aber ist die rechtsextreme Regierung für die sozialen Bewegungen eine existentielle Bedrohung. Die MTST und die Landlosenbewegung MST wurden von Bolsonaro als „Terroristen“ gebrandmarkt, ein Angriff auf alle sozialen Bewegungen und die gesamte Opposition Brasiliens. Besonders gefährdet ist Guilherme Boulos, nationaler Koordinator des MTST und bei der Präsidentschaftswahl Spitzenkandidat der linken PSOL, der auch die 2018 in Rio de Janeiro ermordete lesbische schwarze Politikerin Marielle Franco angehörte. Schon in seinem ersten Interview nach der Wahl hatte Bolsonaro nur eine Person namentlich als Terroristen diffamiert: Guilherme Boulos.

Aber wie konnte es überhaupt zur Wahl eines Rechtsextremisten zum Präsidenten kommen? Für Vitor Guimarães vom MTST in Rio de Janeiro liegt das Hauptmotiv für die Wahl Bolsonaros auf der Ebene der Emotionen, Fakten waren zweitrangig: „Bolsonaro erschien als ehrlicher Antipolitiker, ist aber seit 29 Jahren in der Politik. Er bezeichnet sich als Militär, wurde aber aus dem Heer entlassen, weil er mit Bombenanschlägen gedroht hatte. Und in den fast 30 Jahren seiner Politikerkarriere hat er mehr Häuser gekauft, als politische Projekte angestoßen, heißt es in einem Witz über ihn.“ Dass er dennoch so viele Menschen hinter sich vereinen konnte, hat auch mit den sozialen Medien zu tun. Neben der Verbindung von Faschismus und Feudalismus hat die Kampagne von Bolsonaro auch moderne Technologien eingesetzt und 140 Millionen WhatsApp-Nutzerinnen und -Nutzer mit seinen auf sie persönlich zugeschnittenen Botschaften eingedeckt. Presseberichten zufolge haben Bolsonaro nahestehende Unternehmer 12 Millionen Reais an eine Firma gezahlt, damit diese Wahlkampfinhalte für WhatsApp produziert und verbreitet. Ein klarer Verstoß gegen die erlaubte Wahlkampffinanzierung, aber auch ein radikaler Schnitt mit klassischen Wahlkampfnarrativen. Denn die Zielpersonen haben individualisierte Botschaften erhalten, die auf ihre Interessen zugeschnitten waren. Ein Schwarzer, der etwas gegen Schwule hat, bekam die Nachricht, dass Bolsonaro nichts gegen Schwarze habe, aber Homosexualität ablehne. Für jeden und jede das passende Angebot.

Dennoch ist klar, dass nicht 55 Prozent der brasilianischen Bevölkerung eine faschistische Gesinnung haben und aus einer solchen Überzeugung heraus Bolsonaro gewählt hätten.

Viele haben sich von einem Hass auf die Linke und die Arbeiterpartei PT treiben lassen. Die Ermittlungskampagne gegen die grassierende Korruption im Land, die sich zuletzt stark auf PT-Politiker\*innen konzentrierte, hat Früchte getragen. Nicht alle Anti-PT-Wähler\*innen sind also Faschist\*innen, aber es gibt durchaus einen faschistischen Teil der Bevölkerung, Leute, die gewalttätig sind und die mit der Wahl Bolsonaros ihre Zurückhaltung aufgeben und die Gewalt auf die Straßen tragen. Sie stellen jetzt die Mehrheit im brasilianischen Nationalkongress, aber auch in den Polizei- und Sicherheitsapparaten, sind stark im Justizwesen und über die evangelikalen Kirchen auch in den Armenvierteln. Auch in den großen Medienhäusern haben sie Einfluss und besitzen einige der größten Fernsehkanäle. Globo, der größte Medienkonzern des Landes, hat zwar Distanz zu Bolsonaro gehalten, aber Record und SBT, der zweit- und drittgrößte Kanal, haben zur Wahl von Bolsonaro aufgerufen.

Als die PT an die Macht kam, hatte sie zwei wichtige Stützen bei der Arbeit an der Basis, auf den Straßen und in den Vierteln: zum einen die kirchlichen, vor allem die katholischen Basisgruppen, zum zweiten die Gewerkschaften. Beide sind heute nicht mehr so einflussreich wie damals. Bolsonaro hat heute die evangelikalen Kirchen auf seiner Seite. Und die sind überall, auf den Straßen, in allen Gemeinden. Vitor sagt: „Die Linke hat unterschätzt, wie wichtig es ist, auf Augenhöhe mit den Menschen zu reden. Das wurde erst in der letzten Woche vor dem zweiten Wahlgang gemacht, aber eigentlich müsste es ein permanenter Prozess sein.“ Wie das aussehen kann, zeigt die Basisarbeit der MTST, die die Bewegung nach der Wahl intensiviert.

Zurück in Santo André erklärt Guilherme Boulos, dass die begünstigten Familien an der Planung der Wohnungen von Anfang an beteiligt waren, was den Bau und die Ausstattung deutlich verbessert habe. Doch der MTST gehe es nicht nur um Wohnqualität, sondern darum, so Koordinatorin Érika Fontanas, Orte für Debatten, Weiterbildung und Aufklärungsarbeit zu schaffen, zum Beispiel über die geplanten Sozialkürzungen. Dabei entsteht ein Vertrauensverhältnis, in dem sich ein konstruktives, kollektives und langanhaltendes Bewusstsein entwickelt. Ein Weg, sich gegen die simplen und aggressiven



MTST • São Paulo • Juni 2014  
Foto: Midia NINJA (CC BY-NC-SA 2.0)

siven Botschaften Bolsonaros zu immunisieren.

Der Ansatz scheint zu funktionieren: Bei einer Demonstration von annähernd 70.000 Menschen auf der zentralen Avenida Paulista gegen die Kürzungspläne ist der MTST stark vertreten. „Hier ist das Volk ohne Angst, ohne Angst zu kämpfen“ rufen die Menschen. Die Demonstration, getragen von Gewerkschaften und den großen Bündnissen der sozialen Bewegungen, galt als erster Gradmesser des Widerstandspotentials gegen die neue Regierung – und als Signal zur Überwindung der lähmenden Beklemmung, die das progressive Brasilien seit Bolsonaros Wahl gezeichnet hat. Breite Bündnisse, große Proteste – eine breite gesellschaftliche Front des demokratischen Widerstands. Das ist der andere Teil der Strategie der sozialen Bewegungen gegen die aggressive rechte Regierung Bolsonaro. Den Kopf in den Sand steckt niemand. Érika zitiert den Befreiungstheologen Frei Betto: „Sparen wir uns den Pessimismus für bessere Tage auf.“ ■

\* Moritz Krawinkel ist Lateinamerikareferent bei medico international. Im März besuchte er die medico-Partnerorganisationen in São Paulo und machte sich ein Bild von der aktuellen Situation.

**Am** 18. April 2019 hat die Organisation Reporter ohne Grenzen ihr aktuelles Ranking über den weltweiten Stand der Pressefreiheit veröffentlicht. Brasilien liegt auf Platz 105 und fiel damit im Vergleich zum Vorjahr um drei Plätze. Die Organisation begründet den Fall mit der gestiegenen Gewalt gegenüber Medienschaffenden während des Wahlkampfes im vergangenen Jahr.

## „Das Neue besteht darin, dass Hass und Drohungen jetzt von offizieller Seite kommen“

### Interview mit Andrea Dip vom Nachrichtendienst Agencia Pública

von Wendy König\*

#### Wie hast Du die letzten Monate hinsichtlich der Meinungs- und Pressefreiheit in Brasilien erlebt? Was hat sich seit dem Amtsantritt Bolsonaros verändert?

Brasilien ist eines der gefährlichsten Länder für Journalist\*innen überhaupt. Das ist nichts Neues. Aber seit Bolsonaro zum Präsidenten gewählt wurde, hat sich die Lage sehr verschlechtert. Vor allem denjenigen, die zum Beispiel zu Menschenrechten, Geschlechterfragen arbeiten oder Enthüllungen über die Regierung veröffentlichen – also alle, die sich so genannten Tabuthemen widmen, wurde schon immer mit Drohungen und Hassreden begegnet. In einer ersten Analyse würde ich sagen, das Neue besteht darin, dass Hass und Drohungen jetzt von offizieller Seite kommen - von Seite der Regierung, vom Präsidenten selbst, von Minister\*innen usw.

Eine weitere Neuheit ist, dass alles über die sozialen Netzwerke läuft. Das ist ein Charakteristikum der Regierung Bolsonaro. Er gibt seine Statements über die sozialen Netze ab. Sein Wahlkampf wurde in erster Linie über Whatsapp Konten und soziale Medien geführt, stark getragen von gezielten Falschmeldungen. Sein Wahlkampf hat den Hass befeuert, ein virtuelles Lynchen.

#### Wie äußert sich dieser Hass? Kannst Du Beispiele nennen?

Bolsonaro hat Journalist\*innen auf Twitter blockiert, er bezeichnet jegliche kritische Reportage als „linksgerichtet“, er veröffentlicht Fotos von Journalist\*innen, er schließt die Presse von den Veranstaltungen aus, an denen er teilnimmt. Und wenn ein Präsident Journalist\*innen persönlich attackiert, findet das Nachahmer\*innen. Bolsonaro hat sehr fana-

tische Wähler\*innen. Das sind Personen, die gerne Reporter\*innen bedrohen und so die Hassreden und Gewalt befeuern. Der Verband investigativer Journalist\*innen Abraji (Associação Brasileira de Jornalismo Investigativo) hat aufgezeigt, dass es allein während des Wahlkampfes 85 Angriffe gegen Reporter\*innen gab. Aber das begann bereits vor den Wahlen, als die Macht der extremen Rechten zunahm. Zu

dieser Zeit gab es bereits rechte Gruppierungen, die Dossiers über Journalist\*innen anlegten. Unsere Agentur Agência Pública taucht darin auf. Ich selbst werde darin auch genannt. Sie haben unsere Fotos genommen, unsere Profile in den sozialen Medien, unsere Namen, Bilder von unseren Beiträgen und haben uns eingeteilt: Wer sind die Feinde, wer gehört zur extremen Linken und so weiter und so fort. Das hasserfüllte Klima entwickelte sich schon kurz vor dem Wahlkampf.

#### Das heißt während und nach den Wahlen verschlimmerte sich die Situation weiter?

Ja. Es gab drei einschneidende Momente. Der erste Moment ereignete sich noch während des Wahlkampfes als Bolsonaro die Reporterin Patricia Campos Melo von der Tageszeitung Folha de São Paulo angriff. Sie deckte in einer Reportage den Mechanismus der massenhaften Versendung von Whatsapp-Nachrichten auf, in denen die PT (Partido dos Trabalhadores) diffamiert wurde und die von Unternehmern finanziert wurde - was in Brasilien aus verschiedenen Gründen illegal ist. Sofort tauchten lauter Falschmeldungen über sie auf, alle mit der gleichen Machart. Bolsonaro führt nun einen Prozess gegen die Folha und gegen die Journalistin. Sie erhielt danach viele Drohungen und musste sogar eine Zeitlang von Sicherheitsleuten geschützt werden.

Ein weiterer Angriff erfolgte im März gegen die Reporterin Constança Rezende von der Zeitung Estado de São Paulo. Im Januar gab sie jemandem ein Interview, der sich als ausländischer Student ausgab. Das Interview wurde in verzerrter Form in einem französischen Medium veröffentlicht und daraus machte wiederum der rechte Nachrichtensender Terça Livre eine noch bösartigere Version mit dem Titel „Estadão Redakteurin beabsichtigt Flávio Bolsonaro und die Regierung zu ruinieren“, obwohl sie dies zu keinem Zeitpunkt gesagt hatte. Daraufhin nahm der Präsident diese Reportage und twitterte, die Journalistin würde Flávio Bolsonaro ruinieren, ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten erwirken und die Regierung vernichten wollen. Diese Desinformation verbreitete er zusammen mit Audiomitschnitten des Interviews und einem Foto der Journalistin. Kannst Du dir

vorstellen, was das für die Journalistin bedeutete? Ihr Leben wurde zum Alptraum.

Außerdem gab es den Fall des Journalisten Philipp Lichterbeck von der Deutsche Welle Brasilien. Nachdem er die Regierung Bolsonaro kritisierte, unter anderem wegen der Umweltzerstörung, attackierte ihn der Umweltminister Ricardo Salles mit den Worten: „Bedauerlich, dass ein öffentlicher deutscher Sender so etwas über Brasilien sagt. Ihre Beschreibung klingt eher so wie das, was Deutschland selbst mit den jüdischen Kindern gemacht hat und so vielen anderen Millionen Misshandelten und Toten in seinen Konzentrationslagern...“.

Abgesehen von all diesen Drohungen war die Arbeit der Presse während der Amtsübernahme Bolsonaros sehr stark eingeschränkt. Journalist\*innen durften sich innerhalb des Kongresses nicht bewegen. Während der Amtseinführung geschah auch etwas Fürchterliches, worüber die Reporterin Mônica Bergamo berichtete. Der Beraterstab des Präsidenten riet den Kameraleuten, dass sie ihre Kameras nicht zu hoch halten sollten, weil dies für eine verdächtige Bewegung gehalten werden und Scharfschützen auf den Plan rufen könnte.

### **Wie geht ihr mit all dem um - mit diesen „offiziellen“ Drohungen seitens der neuen Regierung? Hat sich eure Arbeitsweise verändert?**

Wir sind sehr vorsichtig. Bei Agência Pública überprüfen wir schon immer sehr sorgfältig die Fakten vor der Veröffentlichung einer Reportage. Alles was wir veröffentlichen geht durch unsere Rechtsabteilung. Wir haben immer alle rechtlichen und ethischen Regeln beachtet. Das hat sich also nicht verändert. Aber nun geht es um die Frage der Sicherheit der Medienschaffenden. Wir haben über Sicherheitstrainings für Journalist\*innen nachgedacht, sowohl für die Sicherheit im Netz als auch in der realen Welt. Denn es ist klar, dass die Gewalt da draußen zunimmt. Bolsonaro hat bereits den Besitz bestimmter Waffen im Haus erlaubt. Wir hatten schon Fälle, wo Berichterstatter bedroht wurden nach dem Motto „jetzt seid ihr dran“, denn jetzt ist Bolsonaro Präsident. Wir haben auch unsere digitale Sicherheit verstärkt sowohl auf unserer Internetseite als auch in den sozialen Medien und in unserer internen Kommunikation.

### **Du hast schon auf die große Rolle der Fake News im Wahlkampf hingewiesen. Wie gehst Du persönlich mit den zunehmenden Falschmeldungen und diesem von Hass erfüllten Diskurs um?**

Ich persönlich empfinde so eine Mischung aus Angst und Frustration. Wenn ich mich psychisch zur Auseinanderset-

zung in der Lage sehe, dann rede ich mit den Leuten und frage „Warum sagst Du so etwas?“ „Schau, hier gibt es Fakten“... und manchmal entsteht daraus ein produktives Gespräch. Grundsätzlich zeigen eine direkte Ansprache und eine Einladung zum Gespräch Wirkung und die Leute sind ein bisschen weniger rabiat.

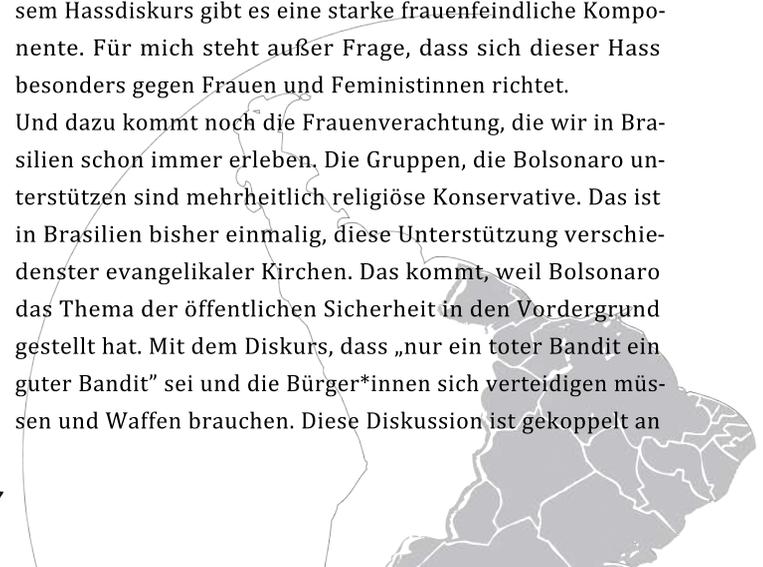
Aber es reicht leider nicht immer aus, zu sagen, dass die Meldungen falsch sind. Die Leute suchen sich ihre Wahrheit aus. Manchmal wissen die Menschen, dass es sich um eine Falschmeldung handelt, aber sie entspricht ihrer Weltsicht und es interessiert sie nicht, dass die Quellen nicht vertrauenswürdig sind. Der Journalismus muss einen Umgang damit finden. Wenn ich zum Beispiel eine Reportage mache, arbeite ich daran oft monatelang. Ich führe Interviews, stelle gesetzlich gesicherte Infoanfragen etc. und wenn ich dann den Bericht veröffentliche, werde ich als Linksextreme, linke Gaunerin und Lügnerin diffamiert und meine Arbeit wird entwertet. Auch damit müssen wir heute klarkommen.

Aber ich glaube, dass wir Journalist\*innen gerade noch dabei sind, zu verstehen, wie wir uns bewegen und äußern können und welche Rolle wir in diesem Moment und bei dieser Regierung spielen. Und wie wir unseren Job machen können und uns dabei selbst schützen und, wie wir die Demokratie verteidigen können. Es ist ein Prozess und wir stehen noch am Anfang.

### **Du recherchierst viel zu feministischen Themen wie Geschlechtergerechtigkeit oder sexualisierter Gewalt. Neben Deinem Beruf als unabhängige Journalistin bist Du auch als Frau von einer Einschränkung Deiner Rechte betroffen. Welchen Einfluss hat das Geschlecht auf die Ausübung der Meinungs- bzw. Pressefreiheit in Brasilien? Gibt es eine Überschneidung zwischen beiden Diskriminierungsformen?**

Ja, mehrere. Beispielsweise die beiden ersten Angriffe, die ich zu Beginn genannt habe, waren Angriffe auf Frauen. In diesem Hassdiskurs gibt es eine starke frauenfeindliche Komponente. Für mich steht außer Frage, dass sich dieser Hass besonders gegen Frauen und Feministinnen richtet.

Und dazu kommt noch die Frauenverachtung, die wir in Brasilien schon immer erleben. Die Gruppen, die Bolsonaro unterstützen sind mehrheitlich religiöse Konservative. Das ist in Brasilien bisher einmalig, diese Unterstützung verschiedenster evangelikaler Kirchen. Das kommt, weil Bolsonaro das Thema der öffentlichen Sicherheit in den Vordergrund gestellt hat. Mit dem Diskurs, dass „nur ein toter Bandit ein guter Bandit“ sei und die Bürger\*innen sich verteidigen müssen und Waffen brauchen. Diese Diskussion ist gekoppelt an



eine moralische Agenda, dem Hass auf LGBT und auf Frauen. Bolsonaro wurde selbst verklagt und verurteilt, weil er zu einer Abgeordneten sagte, dass er sie nicht vergewaltigen würde, weil sie es nicht verdiene. Er tönte auch, ein toter Sohn sei ihm lieber als einer, der „schwul wird“. Das sagt eigentlich schon alles über diesen Mann. Ich glaube, diese Haltungen gehören eng zusammen: Der Hass, der Hass auf Frauen und der Hass auf Lesben, Schwule und andere sexuelle Minderheiten. Frauenverachtung und Homophobie durchziehen alle seine Statements.

**Haben diese misogynen, homophoben und menschenverachtenden Diskurse bereits praktische Auswirkungen?**

Ja, das habe sie. Unsere Ministerin für Menschenrechte ist eine evangelikale Pastorin, die beispielsweise als Maßnahme gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorschlägt, im gerichtsmedizinischen Institut einen „rosafarbenen Raum“ für Frauen einzurichten, die Opfer sexualisierter Gewalt wurden.

Es gibt auch Gesetzesvorschläge, die sehr gefährlich sind. Beispielsweise gibt es Gesetzesvorlagen im Kongress, die darauf abzielen, Embryonen den Status des Bürgers zu verleihen. Das würde bedeuten, dass jegliche Form der Abtreibung verboten wäre, sogar bei Vergewaltigung, Anzephalie und, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist. Das sind bisher die einzigen Fälle in denen eine Abtreibung erlaubt ist. Jegliche Abtreibung wäre also verboten und strafbar und die Frau würde kriminalisiert und müsste Jahre ins Gefängnis, was an sich schon völlig absurd ist. In einer dieser Gesetzesvorlagen gibt es auch einen Passus über Apologie, den die meisten Leute überlesen. Wenn dieses Gesetz durchkäme, wäre es beispielsweise ein Leichtes Journalist\*innen zu kriminalisieren, weil sie einen kritischen Bericht zum Thema Abtreibung veröffentlichen. Und das gilt nicht nur für Journalist\*innen sondern auch für Menschenrechtsverteidiger\*innen und für Frauen, die in Organisationen arbeiten, die Aufklärung und Beratung zum Thema anbieten. Wir erleben gerade eine schwierige Zeit. Und ja, ich denke, dass die Themen sich verschränken: Wenn es hart ist, in Brasilien unabhängigen und kritischen Journalismus auszuüben, und ebenfalls hart ist, in diesem Land eine Frau zu sein, ist es zweifellos hart Journalistin zu sein.

**Obwohl die Lage in Brasilien vor allem für Frauen und Minderheiten gerade sehr schwierig ist, waren sie doch diejenigen, die im Wahlkampf die größten Proteste organisierten. Hat die wachsende Frauenverachtung die Frauen politisiert?**

Ich weiß nicht, ob sie die Mehrheit der Frauen politisiert hat, aber das Ganze hat in jedem Fall Öl ins Feuer gegossen. Die feministische Bewegung ist viel stärker geworden. Und man kann sagen, dass die Frauen nicht zurückweichen. Wir gehen auf die Straße, wir haben im Wahlkampf große Demonstrationen unter dem Motto „Ele Não“ („Der nicht“) organisiert. Wir machen weiter. So leicht geben wir nicht auf! Aber wir haben im Grunde auch keine Wahl. Wie sagte Audre Lorde: „Ich bin nicht frei, solange noch eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich.“

**Im Februar hat Dich die Rosa Luxemburg Stiftung nach Deutschland eingeladen, um zu hören, was Du über die aktuellen Geschehnisse in Brasilien zu sagen hast. Was hat dein Besuch für einen Eindruck hinterlassen?**

Es hat mich sehr glücklich gemacht, überall so freundlich empfangen zu werden, von den Leuten, die ich kennen gelernt habe.

Ich habe gemerkt, dass es in Deutschland sehr viel Aufmerksamkeit gibt, für das, was in Brasilien passiert. Das ist vielleicht nicht so offensichtlich, aber für uns macht das sehr viel aus. Als ich nach Brasilien zurückkehrte, habe ich allen erzählt, dass ihr hier alles genau verfolgt und wie gut ich aufgenommen wurde. Der internationale Druck ist essentiell für uns bei dem, was wir zurzeit erleben. Diese Regierung ist schon einige Male wegen des internationalen Drucks zurückgewichen und hat sogar Minister\*innen entlassen. Aber die Aufmerksamkeit aus dem Ausland ist nicht nur extrem wichtig, weil sie die Wirtschaft und die Regierung unter Druck setzt, sondern auch, weil wir uns dadurch nicht ganz so allein gelassen fühlen. Es ist gut zu wissen, dass ihr das Geschehen kritisch verfolgt. Uns gibt das ein Gefühl von Gemeinschaft.

■

\* Wendy König ist Bildungsreferentin des August Bebel Instituts. Ihre Schwerpunkte sind Feminismus und Postkolonialismus.

> Übersetzung von Tina Kleiber, Beraterin für Geschlechtergerechtigkeit bei Brot für die Welt.

**Weltweit** zeichnet sich eine Welle des Populismus ab, die ohne Nachrichtendienste wie WhatsApp oder andere Social-Media-Kanäle in dieser Breite wohl nur schwer möglich gewesen wäre. Auch in Brasilien wird vermutet, dass Jair Bolsonaro die Wahl nicht zuletzt durch die gezielte Verbreitung von (Fehl-)Informationen über WhatsApp gewinnen konnte. Mit den etablierten Medienhäusern will der neue Präsident nichts zu tun haben, seine Ideen verbreitet er lieber über Twitter und attackiert dort offen Journalist\*innen, die in den Augen der Präsidenten „zu kritisch“ berichten. Der kritische Journalismus steht dabei zunehmend unter Druck.

## Die unbequeme Wahrheit – Journalismus unter Druck

von Viktoria Wölfel\*

Insbesondere der investigative Journalismus steht nicht nur vor strukturellen und finanziellen Problemen, sondern ist immer wieder auch realen und lebensbedrohlichen Gefahren ausgesetzt. 2002 gründete sich so die ABRAJI als Vereinigung für investigativen Journalismus in Folge des Mordes an Tim Lopes, der während seiner Recherchen für Rede Globo den Drogen-Gangs Rio de Janeiro zu nahekam und auf brutale Art und Weise hingerichtet wurde. Seine Geschichte bleibt kein Einzelfall, 2018 sollen laut Rede Globo insgesamt vier Journalist\*innen getötet worden sein, die Verstrickungen zu den Fällen reichen bis in die hohen Ämter der Politik.

Doch abgesehen von der Tatsache, dass der Beruf Journalist\*in in Brasilien bis zum heutigen Tag gefährlich bleibt, insbesondere, wenn kritisch oder investigativ recherchiert wird, sorgen vor allem moderne Medienstrategien à la Trump auch im größten Land Südamerikas für Unmut. Beispielhaft dazu sagte der neue Präsident Jair Bolsonaro eine geplante Pressekonferenz am Weltwirtschaftsforum in Davos ab, um stattdessen mit einem kleinen Sender eines evangelischen Pfarrers zu sprechen. Diese Entscheidung steht symbolisch für die neue Kommunikationsstrategie Bolsonaros. Während die einflussreichsten Sender Brasiliens gemieden werden, bekommen konservativer Sender exklusive Interviews die sich über soziale Medien verbreitet und so Millionen Menschen erreichen.

### Ein ‚frischer‘ Wind zieht durchs Land: Strukturelle und institutionelle Veränderungen der Medienlandschaft

Nicht nur der neue Präsident, sondern immer mehr Mitglieder

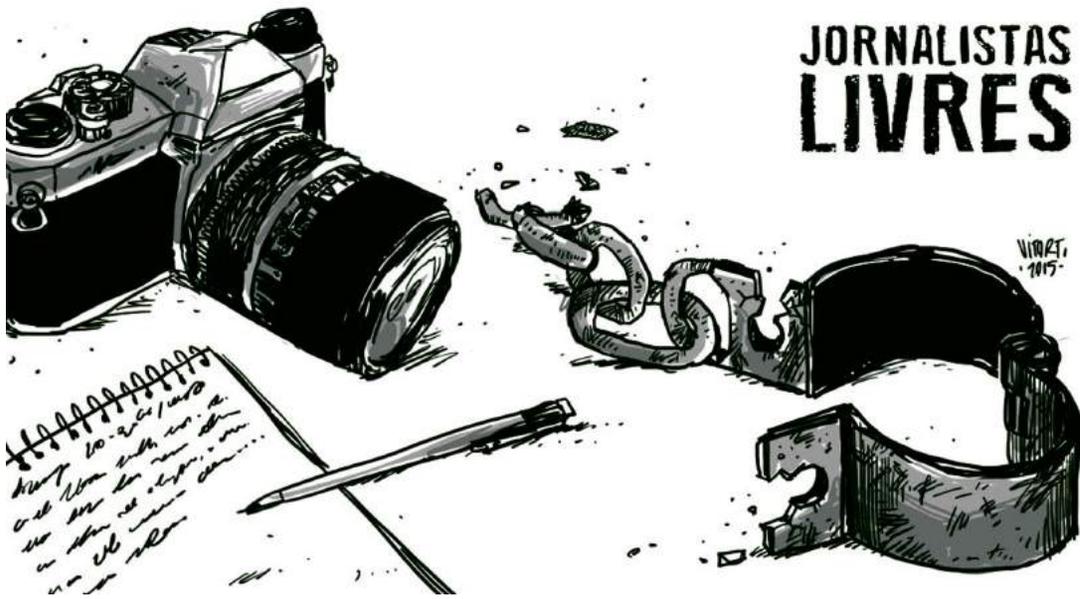
des Kongresses wählen eine ähnliche Strategie: die Presse wird dämonisiert und einzelne Journalist\*innen auf Twitter und Co. angegriffen. Sogar auf institutioneller Ebene wird versucht das brasilianische Gesetz über den Zugang zu Informationen zu neutralisieren, indem die Anzahl der Mitarbeiter\*innen, die Dokumente als geheim oder streng vertraulich erklären können, drastisch erhöht wird. Nur wenige Dutzend hochrangige Regierungsbeamt\*innen, das Militär und das diplomatische Korps verfügen derzeit über die Befugnis, Dokumente bis zu 25 Jahre geheim zu halten. Die Bolsonaro-Regierung wollte diese Zahl auf über 1.000 erhöhen. Der Antrag wurde abgelehnt, der Versuch dazu zeigt dennoch in welche Richtung die neue Regierung will: weniger Transparenz und erschwerte Bedingungen für einen investigativen Journalismus.

Und auch bei den staatlichen Nachrichtensendern des Landes kommt es in den letzten Jahren zu radikalen Umstrukturierungen: Der Nachrichtensender EBC, der 2006 aus staatlichen Mitteln gegründet wurde, wehrt sich seit dem Amtsantritt von Temer gegen die drängenden Aufforderungen zu einer vorgegebenen ‚regierungsfreundlichen‘ Berichtserstattung. Durch große Kürzungsprogramme versuchte die Temer-Regierung so nicht nur Geld einzusparen, sondern auch mehr Kontrolle über den Nachrichtensender zu erlangen. Auch die neue Regierung unter Bolsonaro verfolgt eine ähnliche Strategie: so wurde die EBC nun mit dem staatlichen Fernsehsender TV Nacional do Brasil (NBR) zusammengelegt und 45 Mitarbeiter\*innen entlassen. Offiziell geht es dabei darum, die Ausgaben für Nachhaltigkeit bis 2022 zu optimieren. Zusätzlich wurde ein neuer Generaldirektor für den Sender ernannt: der Militäroffizier Roni Baksys Pinto wird künftig an der Spitze des Unternehmens für Ordnung sorgen.

Der Umgang mit dem Fernsehsender EBC ist die erste Umsetzung einer Bolsonaro Drohung aus dem Wahlkampf. Damals hatte er angekündigt, dass Medien die „schamlos lügen“ keine Unterstützung der Regierung erhalten werden. Die FAZ schreibt hierzu: „Das Budget für staatliche Werbung in den Medien, das künftig von ihm kontrolliert wird, liegt bei etwa einer halben Milliarde Dollar. Für viele brasilianische Medien könnte es daher in den nächsten Jahren finanziell eng werden.“

### Vom Überwachungsstaat und Fake-News: A Brave New World

Auch in der Bevölkerung erwachsen neue Ideen, die die Meinungsfreiheit stark einschränken könnten. Die 27-jährige Ana Caroline Campagnolo rief schon im Jahr 2016 dazu auf, Leh-



Logo der Organisation Journalistas Livres

Quelle: <https://jornalistaslivres.org/wp-content/uploads/2015/09/1yarHBYoG0hB5ZGypgzslg1.jpeg>

rer\*innen im Unterricht dabei zu filmen, wenn diese ‚ideologisch gefärbte Thesen‘ von sich geben. Sie selbst ging mit einem Fall vor Gericht, in welchem sie ihre Professorin Marlene de Faveri der Uni Florianopolis der ideologischen und religiösen Verfolgung bezichtigte. Den Fall verlor Campagnolo zwar, dennoch wurde sie im Oktober 2018 für die PSL ins Landesparlament von Santa Catarina gewählt und wirbt seitdem mit dem Programm ‚Escola sem partido‘, also ‚Schule ohne Partei‘ dafür, Videos von Lehrer\*innen inklusive Namen in den sozialen Netzwerken zu verbreiten, sollten diese durch ‚ideologische Aussagen‘ den Unterricht beeinflussen. Dass nun der neue Präsident diese Strategie offen fördert, unterstreicht den bedenklichen Umgang mit der Meinungsfreiheit: festhalten, was subjektiv für falsch empfunden wird und öffentlich an den Pranger stellen. Mit einer kritischen Diskussion im öffentlichen Rahmen hat das wenig zu tun, doch das war wohl auch nie das Ziel dieser populistischen Strategien.

In Zeiten von ‚Fake-News‘ und Nachrichten, die auf die Emotionen der Leser\*innen abzielen und die komplexere Wahrheit gerne aussparen, wird investigativer Journalismus immer weiter an den Rand gedrängt. Dennoch sind sich viele Journalist\*innen einig: es braucht nicht nur ein kritisch denkendes Publikum, sondern auch strukturelle Veränderungen. In den letzten Monaten wurden so mehrere hundert Seiten auf der Plattform Facebook gesperrt, die gezielt eine Spaltung der Gesellschaft fördern und Falschinformationen verbreiten. Ein wichtiger Schritt, der schlussendlich aber zu spät kommt und immer noch zu langsam umgesetzt wird. Gerade im Hinblick auf WhatsApp bleibt die Kontrolle von Fake-News schwierig: die Ende-zu-Ende Verschlüsselung der gesendeten Daten erschwert die Überprüfung der Inhalte und erleichtert somit die Verbreitung von Falschmeldungen. Immerhin will der Nach-

richtendienst WhatsApp die Weiterleitung von Nachrichten nun erschweren, indem Nachrichten ab sofort nur noch an fünf weitere Personen weitergeleitet werden können. Ein wichtiger Schritt, um die weltweite Ausbreitung von Fake-News Kampagnen einzuschränken. Zusätzlich schickt der Nachrichtendienst nun Forscher\*innen in Länder, die stark von Fake-News Kampagnen betroffen sind, darunter auch Brasilien, um neue Strategien zu ermitteln. Inwiefern

diese Forschungen nun dabei helfen werden, das Problem tatsächlich zu lösen, steht dabei noch in den Sternen. Währenddessen steht Brasiliens Nachrichtenstruktur weiter in einer tiefen Krise. Auch wenn in den Social-Media-Kanälen neue Strategien im Umgang mit Falschmeldungen gefunden werden, wird das Problem sich dadurch wohl nie gänzlich lösen. Denn: ‚Wo ein Wille, da ein Weg‘ und das gilt wohl leider auch für Fake-News Kampagnen.

### **Der kritische Journalismus braucht neue Wege**

Doch während klassische Nachrichtenformate es in Brasilien immer schwerer zu haben scheinen, gibt es auch spannende Alternativen, die Hoffnung geben. So gibt es in Brasilien einige etablierte Blogger\*innen, die sich dem kritischen Journalismus verschrieben haben, aber nicht mehr über die großen Medienhäuser beschäftigt sind und dadurch auch nicht von staatlicher Finanzierung abhängig sind, sondern über Spenden und Werbung finanziert werden. Der Blog Viomundo von Luis Nassif gilt hier als Vorreiter: dieser wurde schon vor 15 Jahren gegründet und ermöglicht seitdem eine unabhängige Berichterstattung, abseits der großen Medienmonopole des Landes und erreicht ein immer größer werdendes Publikum. Diese Unabhängigkeit bringt neue Möglichkeiten mit sich, die von investigativem Journalismus bis hin zu partizipativer Einbeziehung der Leser\*innen reichen und neue Formen der ‚Wahrheits-Suche‘ erforschen. Und eines bleibt dabei jedenfalls sicher: die Geschichten hierzu werden in der Amtsperiode von Jair Bolsonaro wohl nicht ausgehen.

Während sich die Einen also ganz neue Wege bahnen, gibt es aber auch noch Journalist\*innen, die weiter für einen unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk kämpfen. Die Initia-

tive ‚Frente em Defesa da EBC e da Comunicação Pública‘ bezieht öffentlich Stellung zu den neuesten Umstrukturierungen des Fernsehsenders. Sie sehen die Meinungsfreiheit in Gefahr und warnen vor Manipulationsversuchen durch die Regierung. Diverse Plattformen, Assoziationen und einzelne Journalist\*innen unterschrieben die Stellungnahme und setzen damit ein deutliches Zeichen für den freien Journalismus. Dieser Widerstand gibt Hoffnung: die autoritären Umwälzungen und Einschränkungen der Pressefreiheit werden nicht wortlos hingenommen. Und auch wenn es ein schwerer, mühsamer und manchmal sogar lebensbedrohlicher Kampf ist, ist er wichtiger denn je zuvor: „Não nos calaremos“ – Wir lassen uns nicht den Mund verbieten!. ■

#### Quellen:

<https://meedia.de/2018/11/13/fake-news-ueber-whatsapp-bbc-studie-enthuehlt-dass-das-problem-viel-groesser-ist-als-bislang-angenommen/>

<https://menafn.com/1098362242/How-real-journalism-can-thrive-in-the-fakenews-era-Lessons-from-Brazil>

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/brasilien-jair-bolsonaro-greift-kritische-medien-an-15874504.html>

<https://www.redebrasilatual.com.br/eleicoes-2018/professores-e-jornalistas-sao-avlos-da-repressao-de-apoiadores-de-bolsonaro>

[https://www.deutschlandfunk.de/bolsonaros-medienschelte-journalisten-in-brasilien-unter.2907.de.html?dram:article\\_id=444006](https://www.deutschlandfunk.de/bolsonaros-medienschelte-journalisten-in-brasilien-unter.2907.de.html?dram:article_id=444006)

<https://oglobo.globo.com/economia/bolsonaro-diz-que-cancelou-entrevista-em-davos-porque-nao-tinha-novidade-para-apresentar-23396763>

<https://www.redebrasilatual.com.br/politica/2019/01/o-que-o-governo-bolsonaro-quer-esconder-com-mudancas-na-lei-de-acesso-a-informacao>

<http://www.risetopeace.org/2018/10/01/profile-brazilian-journalist-tim-lobes/>

<https://www.diariodocentrodomundo.com.br/jair-bolsonaro-aparelha-comunicacao-publica-e-viola-a-constituicao-unindo-tv-brasil-e-nbr/>

<https://amerika21.de/2016/06/155056/tv-brasil-schliessung>

<http://fndc.org.br/noticias/ebc-unifica-canais-publico-e-estatal-e-viola-constituicao-924894/?fbclid=IwAR0P92r3cHt0ge8N8EF-6c5ylhgIOHACXz7Je7RmHQoDcLQZhuE3QuNg7lo>

\* Viktoria Wöfl studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien und war von Februar bis April 2019 als Praktikantin in der KoBra Geschäftsstelle.

**Jean** Wyllys ist wegen Morddrohungen gegen seine Person im Januar nicht nach Brasilien zurückgekehrt, sondern im Exil in Europa geblieben.

Jean Wyllys war 2015 von der Zeitschrift Congresso em Foco zum „besten Abgeordneten“ Brasiliens gekürt worden, er wurde drei Mal in Folge für die linke Partei PSOL in die brasilianische Abgeordnetenkammer gewählt, erklärte aber im Ja-

## "Wir leben in einer Post-Demokratie"

von Christian Russau\*

nuar dieses Jahres, aus den Parlamentsferien nicht in seine Heimat zurückzukehren, sondern in Europa im Exil zu bleiben. Der brasilianische Staat sei weder willens, noch in der Lage, sein Leben gegen Morddrohungen der extremen Rechten zu schützen. Seither reist er durch Europa und in die USA, um dort den demokratischen Widerstand gegen die Bolsonaro-Regierung und den in Brasilien grassierenden Hassdiskurs zu vernetzen.

"Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, und meine Entscheidung, ins Exil zu gehen, reifen ließ, das war im März vergangenen Jahres, als die linke, lesbische Stadträtin Marielle Franco in Rio de Janeiro erschossen wurde. Mit dieser Exekution wurde mir klar, dass es nicht nur darum geht, Leute einzuschüchtern und ruhig zu stellen - sondern dass es eine reale Gefahr für mein Leben gibt. Sie lachen nicht mehr nur über uns, lassen ihrem Hassdiskurs freien Lauf, sondern wir sollen ausgelöscht werden." Dies sagt Jean Wyllys im März 2019 bei mehreren Journalist\*inneninterviews in Berlin. Geduldig beantwortet er die in verschiedenen Emanationen immer wieder gleichen Fragen der Journalist\*innen, nur unterbrochen von den kurzen Momenten, in denen ihm die Zeit bleibt, zum Glass Wasser zu greifen.

Jean Wyllys ist in einer armen Familie im Bundesstaat Bahia aufgewachsen. Im Alter von zehn Jahren begann er zu arbeiten, als fliegender Kleinhändler auf der Straße und den Märkten, um das Einkommen der Familie aufzubessern. Nach dem Studium arbeitete er als Hochschullehrer und Journalist. Landesweit bekannt wurde er im Jahr 2005, als er die brasilianische Version der Reality Show Big Brother gewann. Im Jahr 2010 zog Wyllys als erster offen schwuler Abgeordneter für die Linkspartei PSOL in das Parlament ein. Mit seinem Engagement für LGBTI\*, Schwarze und Menschenrechte erhielt er viel Lob, etliche Gesetzesvorhaben sind auf seine Initiative hin entstanden und haben es trotz aller Widerstände durch den

Kongress geschafft. Dieser Einsatz und Erfolg verschafft ihm aber auch viele Feinde. In der Rechten sowieso, aber auch in der Linken. Für seine harsche Kritik der Maduro-Regierung in Venezuela und die Thematisierung von linkem Antisemitismus wurde er auch innerhalb der Linken kritisiert und harsch angegriffen. Es ist aber die extreme Rechte, die mit anhaltenden Mordaufrufen gegen ihn hetzt, so dass er die letzten Jahre in Brasilien unter 24-stündigem Polizeischutz leben musste.

"Ich habe ständig unter Polizeischutz gelebt. Eine Polizeieskorte hat mich auf den Weg zur Arbeit begleitet, mich dort bewacht, hat mich auf dem Weg zurückbegleitet und ist dann bei mir zuhause geblieben. Mit diesem Sicherheitsschutz fühlte ich mich, als ob ich in einem Privatgefängnis eingesperrt bin. Dieser Zustand hat dann letztlich auch meine Gesundheit stark beeinträchtigt", berichtet Wyllys in die Mikrophone der anwesenden Journalist\*innen. "Hier in Europa, in Berlin beispielsweise, kann ich frei auf der Straße umhergehen, in einer Bar ein Getränk zu mir nehmen und muss nicht dauernd die Leute inspizieren und einzuschätzen versuchen, ob die mich gleich verbal oder physisch angreifen." Er sitzt dennoch nie mit dem Rücken zur Tür einer Bar oder eines Restaurants.

Brasilien erlebt seit Jahren einen Anstieg der Gewalt und des Hassdiskurses gegen Personen, die für Menschenrechte und insbesondere für LGBTI\*-Rechte eintreten. Die Morddrohungen gegen die Universitätsprofessorin Debora Diniz sind neben den Morddrohungen gegen Jean Wyllys ein weiteres Beispiel dafür. Diniz ist Universitätsprofessorin für Anthropologie in Brasília, sieht sich seit Jahren rechter Hetze bis hin zu Morddrohungen in den sozialen Medien ausgesetzt, da sie sich für das Recht auf Abtreibung einsetzt. Kurz nach der Wahl

Bolsonaros erklärte sie, angesichts der Unfähigkeit des brasilianischen Staates, sie zu schützen, werde sie das Land verlassen. Sie lebt und arbeitet jetzt in den USA.

„Die extreme Rechte ist rassistisch, frauenfeindlich und homophob. Sie wird immer dazu tendieren, uns ausradieren zu wollen.“ Das sagt Jean Wyllys, wenn er auf die Fälle des Hassdiskurses in Brasilien und dessen Folgen angesprochen wird. Für Jean Wyllys war die Entscheidung, ins Exil zu gehen, eine Entscheidung, den Widerstand fortzusetzen. „Ich will kein Märtyrer sein, ich will leben. Aber nur lebend kann ich Widerstand gegen diese antidemokratische Regierung leisten.“

Im Gespräch mit einem Vertreter des Deutschen Außenministeriums bestand Wyllys darauf, der Einschätzung des Amtes, die Institutionen in Brasilien seien stark genug, vehement zu widersprechen. "Mit der Wahl Bolsonaro haben sich Abgründe aufgetan, und wir sind jetzt ganz unten angelangt. Bolsonaro ist eine Regierung ohne eigentliches Regierungsprogramm. Das Thema der Regierung ist Chaos und Hass. Die Freiheitsrechte werden beschnitten, die Opposition angegriffen. Der Präsident hat indirekte Beziehungen zu Milizen, lobt ehemalige Diktatoren wie Pinochet. Ich würde nicht sagen, dass wir derzeit in Brasilien in einer Demokratie leben – aber auch nicht in einer Diktatur. Wir leben vielmehr in einer Post-Demokratie. Das muss das Ausland schnellstmöglich begreifen". ■

\* Christian Russau ist Autor und Journalist und schreibt unter anderem für die Lateinamerika Nachrichten in Berlin.

Ato Mulheres Unidas em Defesa da Previdência - Aktion von Frauen zur Verteidigung des Rentensystems  
 Quelle: [www.flickr.com/photos/midianinja/47632369071/in/album-72157707950049935/](https://www.flickr.com/photos/midianinja/47632369071/in/album-72157707950049935/) (CC BY-NC-SA 2.0)



# Bestandsanalyse der ersten Regierungsmonate der Regierung Bolsonaro

Die politische Entwicklung Brasiliens hat sich mit den Wahlen in 2018 dramatisch beschleunigt. Durch die Verhaftung des ex-Präsidenten Lula da Silvas wurde der aussichtsreichste Kandidat für die Präsidentschaft von der Justiz aus dem Rennen genommen. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl befördert eine Politik, die Menschenrechte, die Verfassung sowie die Bedeutung der Zivilgesellschaft in Frage stellt.

Diese Entwicklung war in dieser Radikalität nicht vorherzusehen und trifft die brasilianische Zivilgesellschaft ebenso wie die internationale Kooperation und Soli-Szene mit voller Härte. Es haben sich in verschiedenen europäischen Städten Gruppen zusammengefunden, die sich um die demokratischen Institutionen in Brasilien sorgen und durch Recherche, Aufklärung und Austausch eine Eskalation verhindern wollen. Insbesondere in der aktuellen Situation ist eine differenzierte Analyse und Berichterstattung über die Entwicklungen in Brasilien von großer Bedeutung, um die Veränderungen einschätzen und entsprechend handeln zu können.



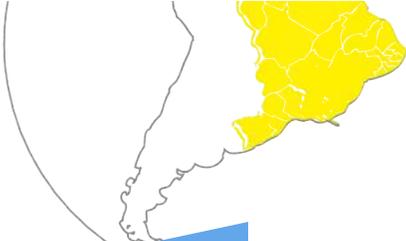
**Brot**  
für die Welt

Brot für die Welt –  
Evangelischer  
Entwicklungsdienst

Dank der finanziellen Unterstützung durch *Brot für die Welt* können wir diese Ausgabe des Brasilicum direkt und kostenlos als online PDF zur Verfügung stellen. Damit wollen wir einen Beitrag leisten zur differenzierten Auseinandersetzung im deutschsprachigen Raum mit den aktuellen politischen Entwicklungen in Brasilien.

Wir werden aber auch nach der Veröffentlichung dieser Brasilicum-Ausgabe alle zwei Monate ein Brasilien-Dossier auf unserer Website veröffentlichen. Die Dossiers sind unter dem Menüpunkt "Publikationen" zu finden und können als PDF frei heruntergeladen werden.

Ein weitere Möglichkeit zur Auseinandersetzung zu Brasilien wird der Runde Tisch bieten der in diesem Jahr zwischen dem 08.11. - 10.11.2019 in Weimar stattfinden wird.



## II Encontro Internacional da FIBRA vom 16.08. bis 18.08. in Berlin

A FIBRA - Frente Internacional de Brasileiros pela Democracia e contra o golpe realizará em agosto de 2019 o seu II Encontro Internacional com o tema: "Fomos, somos e seremos resistência!"

No primeiro encontro realizado em Amsterdã, em Janeiro de 2017, participaram 107 pessoas representando 22 coletivos de brasileiros no mundo. Nossa avaliação é que a FIBRA apresenta-se como um forte elo de ligação entre os coletivos e grupos, convergindo os ideais dxs brasileiros da diáspora que não se abateram frente aos ataques proferidos contra a ainda frágil democracia brasileira.



**Frente Internacional  
Brasileiros Contra o Golpe**

A FIBRA é composta atualmente por mais de 50 coletivos/grupos e espera reunir 200 pessoas durante os três dias do Encontro. O nosso objetivo é avaliar os três anos de atuação da Frente Internacional e estabelecer estratégias, a partir do exterior, para a resistência aos retrocessos no Brasil.

Esse evento organizado pela FIBRA tem como propósito ajudar a militância internacional a entender o cenário político atual e a construir um cronograma de atuação e resistência.

Em breve maiores informações sobre a inscrição e programação.

II Encontro internacional da FIBRA "Fomos, somos e seremos resistência"

Evento no Facebook:

<https://www.facebook.com/events/647521125653404/>



# TERRA LIVRE 2019